Zeitschrift: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde
Herausgeber: Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel
Band: 51 (1952)

Artikel: Der Friede von Basel : II. Teil
Autor: Real, Willy
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-116558

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Friede von Basel

von

Willy Real

II. Teil (und Schluß) *

Viertes Kapitel

Von der Beauftragung des Barons von der Goltz bis zur Vorlage des französischen Vertragsentwurfes

Wie sehr er es auch wünschte, niemals war Friedrich Wilhelm II. so wenig sein eigener Außenminister wie in der politischen Krise des Winters 1794/95. Gerade damals fehlte es ihm an Beharrlichkeit und Mut, um seinen Neigungen zu folgen, die ihn immer noch mit dem Kaiser verbanden. Hinter der Drohung, die Feindseligkeiten wiederaufzunehmen, stand kein entschiedener Wille. So gelang es denn auch den Ministern, in erster Linie dem Grafen Haugwitz, den König für die definitive Ernennung des Generalmajors von der Goltz zum Verhandlungsbevollmächtigten zu gewinnen. Als ihnen und dem Prinzen Heinrich unterm 1. Dezember eine diesbezügliche Mitteilung ihres Herrn zuging, atmeten sie geradezu erleichtert auf, wußten sie doch, wie sehr die im Osten eingetretene Entlastung den König zu beeindrucken vermocht hätte [1]. Friedrich Wilhelm hatte damit als König von Preußen und nicht so sehr als Mitglied des Reiches gesprochen. In ihrem politischen Gewissen fühlten sich die Minister dadurch in keiner Weise belastet. Keiner von ihnen wußte sich noch an die Maximen

---

* Vgl. Basler Zeitschrift, Bd. 50 (1951), S. 27–112.

[1] Haugwitz informierte Reuß über Goltz' Entsendung mit dem Bemerken, daß er lediglich zu erkunden habe, unter welchen Bedingungen ein Friede mit Frankreich möglich sei. Er fügte hinzu, daß der König dabei keineswegs an einen Separatfrieden denke, sondern, wenn sich günstige Verhandlungsmöglichkeiten abzeichneten, im Einvernehmen mit dem Kaiser vorgehen werde (Krauel, a. a. O., 90). (Vgl. auch Reuß an Thugut, 10. 1. 1795, Vivenot, Quellen, V, 81–84.)

gebunden, die 1792 die Mächte noch leidlich zusammengehalten hatten. Wer hatte überhaupt, angesichts der Politik der Zarin, so fragten sie sich, und der skrupellosen Ambitionen Thuguts, die sich gegen Bayern, Polen, vielleicht sogar Venedig und Serbien richteten, noch ein Recht, Preußen Treulosigkeit und Macchiavellismus vorzuwerfen? Toskana verhandelte mit Frankreich; Spanien schien ein Gleiches zu tun. Haugwitz glaubte sogar an die Möglichkeit geheimer österreichisch-französischer Gespräche [2]. Nichts war ihm und seinen Freunden willkommener als eine solche Nachricht, durch die sie ihr eigenes Vorgehen gerechtfertigt sahen.

Unsicher in allen Kombinationen blieb bis zuletzt die Haltung des Königs. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre brauchte mit der Beauftragung des Generalmajors von der Goltz noch längst nicht das letzte Wort gesprochen zu sein. So lag es bei den Ministern, die Zeit zu nützen, bevor der König sich wieder anders entschied. Die Gesamtheit der politischen Verhältnisse des Staates kam ihnen dabei gut zustatten. Die zweite Teilung Polens hatte den Gegensatz zu Österreich krasser denn je hervortreten lassen. Der Bund mit England war so gut wie gelöst, und niemand glaubte, daß Preußen auch nur die geringste Verpflichtung gegenüber dem Inselstaat noch haben könnte. Auch gegen holländische Vorwürfe war man gefeit. Es waren Nachrichten eingetroffen, denen zufolge zwei Unterhändler insgeheim mit Pichegru über die Anbahnung eines Sonderfriedens verhandelten. Daß sich diese Gerüchte noch nicht bestätigt hatten, war den Ministern nur eine zweitrangige Sorge.

Schwierig hatte sich das Verhältnis zu Rußland gestaltet. Alles deutete hier darauf hin, daß Katharina unter Zurücksetzung der preußischen Interessen die österreichischen Absichten begünstigte, so daß eine Verlagerung des diplomatischen Schwergewichts Preußens nach dem Osten den Ministern um so notwendiger erschien. Die Berichte des Grafen Tauentzien, des preußischen Gesandten an der Newa, waren immer ungünstiger geworden. Immer deutlicher stellte sich heraus, daß man mit einer Unterstützung seiner Forderungen durch die Zarin nicht rechnen durfte. Am 7. Dezember 1794 überreichte der russische Sondergesandte Baron Alopeus in Berlin eine Denkschrift, in der nicht nur die Erhaltung eines Restpolens abgelehnt, sondern auch die preußischen Ansprüche auf Krakau, Sendomir und Szamaiten kompromißlos abgewiesen wurden [3]. Die Minister, von einer geheimen

---

[2] Haugwitz an Prinz Heinrich, November 1794 (Krauel, 84).
[3] Krauel, Prinz Heinrich, 91.

Abmachung der Zarin mit Thugut überzeugt und bereits einen Krieg mit Rußland befürchtend, hielten sich jetzt erst recht für verpflichtet, durch den kühnen Schachzug eines Friedens mit Frankreich mit einem Schlage das sich verdichtende Netz zu zerreißen, um der neuen Lage im Osten gewachsen zu sein. Mit Hilfe der eventuell im Westen freiwerdenden Kräfte durfte man hoffen, sich im Osten gegen Rußland und Österreich behaupten zu können. Faßte man nun kühn eine Verständigung mit Frankreich ins Auge, so bestand bei dem ausgeprägten Friedensbedürfnis der meisten Stände zudem die Aussicht, durch die Vermittlung eines Friedens auch für diese die Führung im Reiche zu übernehmen. Dafür war jedoch nach Haugwitz' Ansicht vor allem erforderlich, in dem Mainzer Friedensantrag Preußen an die Stelle der skandinavischen Mächte treten zu lassen und Görtz sofort mit entsprechenden Weisungen zu versehen. Das geschah. Görtz wurde über die Basler Verhandlungen informiert und sein Verhalten bei der Behandlung des Mainzer Antrages ihm vorgezeichnet [4].

An die Entsendung des Generals von der Goltz knüpften sich Erwartungen und Befürchtungen zugleich. Als Freund und Kenner der französischen Verhältnisse brachte der Bevollmächtigte zweifellos recht günstige Voraussetzungen für den Auftrag mit, den er jetzt zu übernehmen im Begriffe war. Noch sollte die ganze Aktion streng geheim bleiben. Das Ministerium verständigte ihn von der beabsichtigten Fortsetzung der bereits begonnenen Gespräche, die gegebenenfalls als formelle Friedensverhandlungen von ihm fortzuführen seien, und ersuchte ihn, sich sogleich unerkannt auf den Weg zu machen, in Rheinsberg dem Prinzen Heinrich einen Besuch abzustatten, hierbei auch dessen Ansicht über seine Mission zu erforschen, sich alsdann aber, ohne Berlin zu berühren, nach Potsdam zu begeben, wo man ihn spätestens in der Nacht zum 10. Dezember erwarte [5]. Für den 11. Dezember war eine Audienz beim König vorgesehen, in deren Verlauf ihm seine Instruktionen ausgehändigt werden sollten. Soweit die Pläne der Minister.

Am 4. Dezember war Goltz im Besitz dieser Depesche. Sie erreichte einen kranken, von Gicht und Ischias geplagten, einarmigen General, der indes keinen Augenblick zögerte, wenn sein König ihn rief [6]. Es entsprach wohl der im Oktober eingetretenen Bes-

---

[4] Das Kabinettsministerium an den König, 14. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

[5] Das Kabinettsministerium an Goltz, 2. 12. 1794 (Pr. G. St. A.).

[6] Das Kabinettsministerium an den König, 2. 12. 1794 (Pr. G. St. A.). Vgl. auch Goltz' Briefe an das Departement der auswärtigen Angelegenheiten und an Haugwitz, beide vom 5. 12. 1794 (Pr. G. St. A.). Am 9. 12. bewilligte

serung der beiderseitigen Beziehungen, wenn Friedrich Wilhelm ihn ausdrücklich ersuchen ließ, dem Prinzen Heinrich seine Aufwartung zu machen. Unterm 1. Dezember wurde Haugwitz sogar angewiesen, bei der Ausarbeitung der Instruktionen sich auch der Vorschläge des Prinzen zu bedienen [7]. Man wird diese Anordnung freilich wohl nicht ganz als bare Münze zu nehmen brauchen, sondern man tut wohl besser, in dem anbefohlenen Besuch in Rheinsberg in erster Linie einen Akt der Höflichkeit zu sehen, wobei jedoch die Möglichkeit offen blieb, diesen oder jenen Gedanken des Prinzen mitzuberücksichtigen. Der Prinz, von Haugwitz über den bevorstehenden Besuch des Generals verständigt, hat sich später viel darauf zugute gehalten, bei der Anbahnung des Friedens entscheidend mitgewirkt zu haben. Er sah in dem Besuch des Herrn von der Goltz zweifellos mehr als eine Formalität. Man ließ ihm diese Überzeugung.

Über die Rheinsberger Besprechungen sind uns leider keine Aufzeichnungen überliefert. Es darf jedoch als sicher angenommen werden, daß weder die schriftlichen Auslassungen des Prinzen, die er dem General für seinen königlichen Neffen mitgab, noch sein am gleichen Tage unmittelbar an den Monarchen gerichteter Brief, noch die dem General mündlich unterbreiteten Gedankengänge für die Instruktion des Unterhändlers eine erhebliche Bedeutung gehabt haben [8]. Als Goltz in Potsdam eintraf, war seine Weisung schon fertiggestellt. In einem Schreiben an den Prinzen vom 12. Dezember bekundet Bischoffwerder zwar, daß Goltz mit Richtlinien abgereist sei, die ganz den Vorschlägen Heinrichs entsprächen; und Struensee, sich seinerseits auf Bischoffwerder berufend, ließ den Prinzen am folgenden Tage ein Gleiches wissen [9]. In Wahrheit sind jedoch des Prinzen Denkschriften vom 29. Oktober sowie die vom 2. und 6. November nicht benutzt worden. Wenn auch das Mémoire vom 21. November bei der letzten Abfassung der Instruktion eine gewisse Rolle gespielt haben mag, so darf man nicht vergessen, daß gewisse Gedanken des Prinzen, auch wenn er sie nicht zuvor schriftlich niedergelegt

---

der König für Goltz 1500 Thaler Reisekosten in Gold und pro Monat 1500 Thaler in Courant. Da im Extraordinarienfonds der Legationskasse nicht so viel Gold vorhanden war (!), wurde sie autorisiert, bei einer Bank 2500 Thaler Gold gegen Courant auszuwechseln.

[7] Der König an Haugwitz, 1. 12. 1794 (Pr. G. St. A.), Krauel, a. a. O., 83.

[8] Heinrich an den König, 9. 12. 1794; ferner «Observations ultérieures du Prince Henri sur la négociation d'une paix avec la France» (Pr. G. St. A. und Krauel, a. a. O., 84 ff.).

[9] Krauel, a. a. O., 87. Krauel fügt hinzu, daß auch im Ausland die Entsendung Goltz' der Initiative des Prinzen zugeschrieben wurde.

hätte, bei der Festlegung der Weisungen berücksichtigt worden wären. Denn sie lagen sozusagen in der Luft.

Das Wort hatten jetzt die Minister. Finckenstein frohlockte, daß es jetzt, wie der König am 1. Dezember befohlen, an die Abfassung der Instruktion ging und «endlich die Waffen ins Feuer geworfen werden konnten» [10]. Alvensleben war pessimistischer. Er hielt es für unmöglich, das Vorhaben längere Zeit geheimzuhalten, und sah die Faktoren voraus, die die heilloseste Verwirrung stiften konnten: die Ratschläge Möllendorffs, die Machenschaften des Prinzen, die Immediatbefehle des Königs, die Privatbriefe Bischoffwerders, die Anregungen Hardenbergs, die nach seiner Meinung als vom König gebilligt gelten konnten, und dann die Schwierigkeiten des Verhandlungsgegenstandes selbst [11]. Haugwitz hielt es für unmöglich, schon jetzt etwas über die territorialen Absichten der Franzosen auszusagen [12]. Er rechnete mit einer Unsicherheit im französischen Lager selbst, in welchem der einen Gruppe, die jede Eroberung ablehnte, eine andere gegenüberstand, die kompromißlos die Rheingrenze verlangte. Er hielt es für völlig undenkbar, mit dieser letzteren, sofern sie sich durchsetzen sollte, zu einem Abschluß zu kommen. Ob er damit seine eigene Ansicht ausdrückte oder die ihm wohlbekannte Gesinnung des Königs, den er nicht von vornherein kopfscheu machen durfte, schonen wollte, mag dahingestellt bleiben. Er plädierte jedenfalls vorerst für den Abschluß eines Waffenstillstandes, um das Ausmaß der Opfer beurteilen zu können, die gebracht werden mußten. Eine Gebietsabtretung, so beteuerte er eingedenk der Empfindungen seines Herrn, werde das Reich jedoch niemals hinnehmen.

Alvensleben dachte nüchterner. In verschiedenen Ministerialkonferenzen hatte er sich innerlich schon fast mit der französischen Rheinlandforderung abgefunden. Zum Widerstand nicht mehr entschlossen, kam es ihm jetzt vornehmlich darauf an, an dieser Forderung die einmal eingeleiteten Verhandlungen nicht scheitern zu lassen, sondern einen Weg zu finden, der diesen Verlust tragbar machte: Frankreich sollte die in Polen erworbenen und noch zu erwerbenden Gebiete garantieren, ohne eine engere Bindung Preußens an Frankreich zu verlangen, und Österreich sich verpflichten, sich Preußen hier nicht zu widersetzen. Die Reichsfürsten sollten

---

[10] Weisung des Königs vom 1. 12. und Brief Finckensteins vom 1. 12. (Pr. G. St. A.).

[11] Brief Alvenslebens vom 1. 12. 1794 (Pr. G. St. A.).

[12] Vgl. hierzu und zum folgenden die Gutachten von Haugwitz (8. 12.), Alvensleben (9. 12.) und Finckenstein (ohne Datum, vermutlich vom 9. 12. 1794), sämtlich im Pr. G. St. A., sowie Ranke, Hardenberg, I, 266 f.

Säkularisationen zugunsten Preußens zugestehen, wenn sie ernsthaft einen von Preußen vermittelten Frieden wünschten.

Auch Finckenstein rechnete mit diesen territorialen Forderungen Frankreichs. Er hielt es jedoch für zweckmäßig, erst einmal die Franzosen aus ihrer Reserve hervortreten zu lassen und erst dann, wenn eine Friedensbereitschaft wirklich zu erkennen war, Goltz mit näheren Weisungen zu versehen. Er rechnete ohnehin mit einer längeren Verhandlungsdauer. Um Rußland nicht zu verärgern, durfte Preußen seiner Ansicht nach niemals eine Intervention Frankreichs bei der Regelung der polnischen Frage zulassen. Säkularisationen zugunsten Preußens lehnte er als undurchführbar ab. Man könne nicht, meinte er, die Rheingrenze akzeptieren und das Reich im Stich lassen, andererseits aber einen günstigen Widerhall für sein Verhalten bei den Reichsständen erwarten. Es stellte sich ihm mit voller Deutlichkeit die Frage, ob es dem Reich unter preußischer Führung noch einmal gelang, die historischen Machtverhältnisse ohne territoriale Opfer zu stabilisieren, oder ob die Übernahme der Führerrolle durch Preußen von Anfang an mit der schweren Hypothek einer Preisgabe des linken Rheinufers belastet sein sollte.

Am 9. Dezember legte das Kabinettsministerium dem König die Instruktion für Goltz zur Unterschrift vor [13]. In den meisten Punkten wurden Einzelheiten noch vermieden. Goltz wurde angewiesen, sich an Hand der zwischen Meyerinck und Haugwitz gepflogenen Korrespondenzen ein Bild von dem bisher Erreichten zu machen. Er konnte daraus ersehen, daß Preußen zur Herausgabe aller Gefangenen bereit war und Bacher, wenn auch noch unbestimmt, von der Zustimmung seiner Regierung gesprochen hatte, die am Rhein gelegenen und besetzten Gebiete der Monarchie nicht mehr als feindlich zu behandeln. Unter dem Vorwand, über einen Austausch der Kriegsgefangenen zu verhandeln, sollte er sich ganz dem beschleunigten Abschluß eines Waffenstillstandes widmen, in den unter allen Umständen auch die Garnison von Mainz mit einzubeziehen war. Die Minister erwarteten, daß sich damit leicht ein Weg für die Friedenspräliminarien selbst eröffnete.

Gegen eine sofortige Wiederherstellung seiner linksrheinischen Gebiete war der König zur Anerkennung der Republik bereit. Die Franzosen konnten nach den Worten der Weisung nicht eine Gebietsabtretung verlangen und dabei gleichzeitig auf ein gutes Einvernehmen mit Preußen bedacht sein. Bis zur Entsendung

[13] Das Kabinettsministerium an den König, 9. 12. 1794; die Weisung für Goltz vom 8. 12., beide im Pr. G. St. A. Vgl. auch Ranke, I, 264 ff. und Häußer, I, 586 ff.

Goltz' hatten der fränkische, der ober- und kurrheinische Kreis und eine Reihe weiterer Stände wie Kassel und Darmstadt den König um die Vermittlung eines Friedens gebeten. Demzufolge wünschte dieser zunächst nichts sehnlicher als die Neutralisierung dieser Gebiete und erwartete, daß Frankreich damit eine Entwicklung begünstigte, die das Reich mehr und mehr um ihn scharte. Goltz hatte sich also um entsprechende Präliminarartikel zu bemühen, die die preußische Vermittlung festlegten und den betreffenden Gliedern des Reiches Waffenruhe und Neutralität verbürgten.

Von besonderer Wichtigkeit galt nun, daß all diese Verhandlungsgegenstände nicht mit der polnischen Frage verknüpft wurden. Diese sollte vielmehr nach Möglichkeit überhaupt nicht berührt werden. Mindestens aber hatte Goltz den Franzosen klarzumachen, daß es auch in ihrem Interesse lag, wenn Preußen sich auf Kosten eines Landes vergrößerte, das vermutlich doch nicht mehr in die Reihe der unabhängigen Staaten zurückkehrte. Wenn aber Wien und Petersburg das unglückliche Land allein unter sich aufteilten, sei das auch für Frankreich so wichtige Gleichgewicht der Mächte zerstört, ganz abgesehen davon, daß in diesem Falle Preußen eine militärisch günstigere Grenze benötigte und darum die Gebiete diesseits von Weichsel und Narew verlangen müßte.

Was eine engere Bindung an Frankreich betraf, so hielt man die in Berlin für die Zukunft zwar für möglich, wies Goltz jedoch an, vorerst einen eventuellen Allianzantrag zu zerstreuen, sich mit unverbindlichen Andeutungen zu begnügen und eingehendere Anweisungen abzuwarten. Ein elementares Anliegen des Königs bestand darin, nicht nur für das Reich, sondern auch für Holland, Sardinien, Spanien, ja sogar für England und Österreich den Frieden zu vermitteln. Gegebenenfalls sollte Goltz einen entsprechenden Artikel in den preußischen Friedensvertrag mit aufnehmen lassen, so unwahrscheinlich die Erreichung dieses Zieles angesichts der fortdauernden Kriegsbereitschaft Englands und Österreichs auch sein mochte.

Prüft man diese Weisungen näher, so erkennt man, daß die Gedanken des Prinzen Heinrich in ihnen kaum einen Niederschlag gefunden haben. Im Grunde war doch nur sein Vorschlag, Frankreich erneut die Übernahme einer Garantie des Status von 1648 anzubieten, übernommen worden; und das geschah vorwiegend, um das immer noch nicht begrabene bayrisch-belgische Tauschprojekt endgültig zu hintertreiben. Als Ganzes betrachtet, stellt die Weisung den denkwürdigen Versuch dar, mit den Maß-

stäben der überkommenen Kabinettspolitik den unklassifizierbaren Kräften der Revolution zu begegnen. Es sprach hier ein die geschichtsbildende Kraft der Revolution letztlich verkennender Optimismus der Minister, der sich anschickte, das alte Europa von einer zentralen Stelle aus wieder aufzubauen, als sei nur ein zeitweiliges Verhängnis über es hinweggegangen. In den Konzeptionen der Minister bildete dieses Europa anscheinend immer noch ein unerschütterliches Ganzes, das nun seinerseits entschlossen war, auch mit einem revolutionären Frankreich als einer gleichberechtigten Macht zu verhandeln. Die Zukunft sollte indes die Minister widerlegen.

Mit diesem Dokument und einer unterm 8. Dezember 1794 vom König ausgefertigten Vollmacht versehen, die den Entschluß bekundete, die Gespräche über den Gefangenenaustausch fortzusetzen und Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen aufzunehmen, machte sich Goltz am 12. Dezember von Potsdam aus auf den Weg nach Basel. Die Stunde der Diplomaten war gekommen[14].

Goltz' Ernennung fand in Paris und Basel ein freundliches Echo. Ärgstes Mißtrauen herrschte natürlich in Wien. Wie erwähnt, hatte Prinz Heinrich bereits einiges dem Fürsten Reuß ausgeplaudert, und der österreichische Feldmarschalleutnant Jordis vermochte schon am 10. Dezember Goltz' Berufung nach Potsdam und seine bevorstehende Weiterreise nach Basel zu melden. Vermutlich hat Meyerinck hier eine diesbezügliche Indiskretion begangen[15].

Die Folge war, daß die Österreicher zur Beobachtung Meyerincks einen Agenten namens Charel nach Basel schickten, nach Berliner Vermutungen einen Geheimsekretär Thuguts, und daß niemand mehr an einen harmlosen Gefangenenaustausch glaubte, sondern der Ankunft Goltz' eine viel höhere Bedeutung beimaß.

Auf der Durchreise am 21. Dezember in Frankfurt von Hardenberg im einzelnen über dessen Verhandlungen mit den Reichsständen unterrichtet, des weiteren auch noch von Möllendorff empfangen, langte Goltz, von Ischiasschmerzen geplagt, am 28. Dezember in später Abendstunde in Basel an[16]. Bacher war

---

[14] Vollmacht und Instruktion im Pr. G. St. A.

[15] Vgl. hierzu und zum folgenden Steiner, Ochs-Korresp., I, CXC; Vivenot, Sachsen-Teschen, II, 2, 58 und Schreiben des Kabinettsministeriums an Goltz vom 15. 12. 1794.

[16] Ranke, I, 263, 268. Goltz an den König, 29. 12. 1794 (Pr. G. St. A.). Goltz wohnte zunächst im Storchen. Schmerz und besonders Bacher bewogen Ochs, ihn in sein Haus aufzunehmen. So wohnte Goltz vom 30. 12. ab im Holsteiner Hof. Vgl. Steiner, a. a. O., CLXXXVII; Ochs, VIII, 169; Ochs an Meister, 31. 12. 1794, Steiner, a. a. O., 432.

unterdessen schon von Meyerinck von der bevorstehenden Ankunft Goltz' verständigt worden, hatte seinerseits den Wohlfahrtsausschuß sogleich informiert, der nun wiederum Barthélemy anwies, sich sofort nach Basel zu begeben und die preußischen Vorschläge mit eigener Stellungnahme schleunigst nach Paris weiterzuleiten [17].

Mit Feuereifer stürzte sich Goltz in die Arbeit. Auf seine Bitte übersandte ihm Hardenberg am 30. Dezember einen eingehenden Bericht über die Regensburger Beratungen, den Wortlaut des Reichstagskonklusums sowie ein erläuterndes Schreiben des Grafen Görtz. So nach jeder Richtung hin gut informiert, konnte er die Verhandlung beginnen [18].

Wir erinnern uns, daß der Wohlfahrtsausschuß den Wunsch übermittelt hatte, die preußischen Vorschläge in Paris entgegenzunehmen. Der Legationssekretär Harnier war daraufhin sofort nach Berlin gereist, um die Genehmigung eines Besuches in Paris einzuholen. In Berlin erklärte man sich einverstanden: Harnier sollte nach gründlichem Studium der Goltzschen Instruktionen die preußischen Auffassungen in Paris darlegen, den unbedingten Friedenswillen seines Königs betonen, die Vermittlung für das Reich und für Holland wärmstens befürworten, ja die Annahme der preußischen Vermittlung für das Reich geradezu als wesentliche Vorbedingung eines preußischen Friedensschlusses hinstellen, den Gedanken an eine preußisch-französische Allianz jedoch nur dilatorisch erörtern und auf keinen Fall etwas unterschreiben, das den König verpflichtete, seine Waffen gegen die bisherigen Verbündeten zu führen [19].

In Basel war die Ankunft Goltz' und die Mission Harniers naturgemäß Gegenstand mancher Vermutungen [20]. Bacher war hocherfreut und schilderte den preußischen Bevollmächtigten dem

---

[17] Kaulek, V, 40.

[18] Goltz an Hardenberg, 29. 12. 1794 und Hardenberg an Goltz, Frankfurt, 30. 12. 1794 (Pr. G. St. A.).

[19] Sorel, Rev. hist., VI, 71; s. auch Haugwitz an Hardenberg, 22. 10. 1794; das Kabinettsministerium an Harnier, 18. 12. 1794 (Pr. G. St. A.). Bacher teilte die Weisung im Auszug am 29. 12. dem W. F. Ausschuß mit (Kaulek, IV, 515 und V, 39).

[20] So fragte z. B. noch am 15. 1. 1795 der Seckelmeister Karl Albrecht Frisching aus Bern bei Ochs an, ob man denn wirklich bei ihm an einem preußisch-französischen Frieden arbeite. In Bern bezweifle man diese Unterhandlung noch ganz (Ochs, VIII, 169; Steiner, 435 f.). Frisching war Haupt der Berner Friedens- und Neutralitätspartei. Ferner: Degelmann an Thugut, 12. 1. 1795 (Vivenot, Sachsen-Teschen, II, 2, 47 und 59); Dietrichstein an Thugut, 28. 1. 1795 (Vivenot, Thugut-Clerfayt-Wurmser, 69); Ochs an Meister, 31. 12. 1794 (Steiner, 432 f.). Ferner Sorel, Rev. hist., VI, 74.

Wohlfahrtsausschuß als einen sachkundigen, feurigen Verteidiger der Revolution, als einen Franzosenfreund, der keinen höheren Ehrgeiz kenne, als demnächst als Gesandter wieder nach Paris zurückkehren zu können. Dem Herzog von Sachsen-Teschen wurde schon am 29. Dezember hinterbracht, Goltz habe sogleich nach seiner Ankunft bei Bacher soupiert und auf das Wohlergehen der Republik getrunken.

Bereits in seiner ersten Begegnung mit Bacher rückte Goltz mit seinen Aufträgen heraus: er bat um Beschleunigung der Verhandlungen, um Abschluß eines Waffenstillstandes sowie um die Annahme einer dem preußischen Frieden sich unmittelbar anschließenden Vermittlung für die Reichsstände und nicht zuletzt um die Neutralisierung von Mainz. Bei der Erwähnung dieses letzteren Punktes traten die Schwierigkeiten einer Annäherung sofort deutlich hervor: Bacher ließ keinen Zweifel daran, daß der Konvent auf jeden Fall den Abzug der Österreicher aus Mainz verlangte und höchstens eine kleine kurfürstliche Besatzung genehmigte. Konnten aber die Österreicher bewogen werden, die Feste kampflos zu verlassen? Immerhin ließ sich Bacher, das Peinliche seiner Lage begreifend, herbei, in Paris um die Ermächtigung zum Abschluß eines zeitlich nicht befristeten Waffenstillstandes nachzusuchen. Er griff sogar Goltz' Anregung auf, den Konvent um die Abgabe einer Erklärung zu bitten, wonach Paris sich zu keinem Arrangement mit einem Reichsstand verstehen werde, wenn nicht der König von Preußen diesen Reichsstand dazu vorschlage. Ohne Zweifel wäre eine solche Erklärung geeignet gewesen, in der Frage der Friedensvermittlung schnell vorwärtszukommen. Schon bald sollten sich die Frage der Friedensvermittlung und der Neutralisierung von Mainz allen Beteiligten als die am meisten umstrittenen Punkte darstellen. Das hatten auch Meyerinck und Schmerz schon empfunden, als sie kurz zuvor Barthélemy in seinem Badener Heim ihre Aufwartung gemacht hatten. Darin war auch keine Änderung zu erwarten, als Barthélemy nunmehr am 12. Januar 1795 zur Übernahme der Verhandlungen in Basel eintraf. Dabei lagen jedoch vom preußischen Standpunkt aus betrachtet die Besprechungen bei ihm keineswegs in den schlechtesten Händen. Nicht zuletzt war ihm zu verdanken, daß man in Paris nicht auch noch dem Unterhändler einer anderen Macht Gehör schenkte. Der skandinavische Vermittlungsversuch z. B. war um die Jahreswende immer noch nicht gegenstandslos geworden. Als jedoch in diesem Zusammenhang der Baron von Staël, einstmals schwedischer Gesandter in Paris, am 1. Januar bei Barthélemy erschien, angeblich mit weitgehenden Vollmachten

für allgemeine Friedensverhandlungen ausgestattet, ging dieser nicht näher auf seine Sondierungen ein, betonte zwar sein Verständnis für den schwedischen Vermittlungsversuch, billigte im übrigen aber Preußen ein gleiches Recht zu [21]. Auch die Nachrichten über holländische Friedensfühler, die von dem Kriegskommissar de Replaer und dem ehemaligen Gesandten in Paris, de Brantzen, ausgestreckt wurden, nahm er mit kühler Reserve zur Kenntnis. Weder er noch Goltz, Harnier oder Bacher ließen sich durch sie beeinflussen. Goltz blieb recht zuversichtlich, und Harnier machte sich am 2. Januar 1795 auf den Weg nach Paris, ausgestattet mit einer ungewöhnlich herzlich gehaltenen Empfehlung Bachers [22].

Harniers Abreise zwang Goltz zunächst zum Abwarten. Was bis zu seiner Rückkehr alles an diplomatischen Erwägungen zu verzeichnen wäre, trägt demnach ganz und gar den Charakter des Unverbindlichen. Man sprach über einen eventuellen Angriff auf Mainz, über die Rückwirkungen, die sich daraus für Preußen ergeben müßten, über das französische Vorgehen gegen Breda, Bergen-op-Zoom, Gertruydenburg und die Rheinforts bei Mannheim, über die Möglichkeiten, das gegenseitige Mißtrauen zu überwinden u. a. m. Was Goltz diese Tage des Wartens so verdrießlich machte, war indes wohl weniger die Ungunst der Kriegslage, als vielmehr der Zwang, schleunigst zu einem Abschluß, wenigstens aber zu einem Waffenstillstand zu kommen. Denn schon hieß es, der Großherzog von Toskana lasse durch den Grafen Carletti in Paris über einen Frieden verhandeln und selbst Wien suche mit dem Wohlfahrtsausschuß ins Gespräch zu kommen. Man begreift, daß angesichts solcher unbestätigter Meldungen Goltz und die Berliner Minister recht bald zu greifbaren Ergebnissen zu gelangen suchten. Denn jedermann wußte, daß nur so der König auf die Dauer bei der Fahne zu halten war [23]. Hinzu kam, daß auch die Entwicklung im Osten alle Aufmerksamkeit der preußischen Staatskunst erheischte.

Die Petersburger Berichte des Grafen Tauentzien und die von Ludwig Cobenzl nachträglich niedergeschriebenen Protokolle der Petersburger Dezemberkonferenzen beweisen, in welch zunehmen-

---

[21] Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 3. 1. 1795 (Sorel, Rev. hist.,VI, 76); Grouvelle an den W. F. Ausschuß, Kopenhagen, 10. 1. 1795 (Kaulek, V,43).

[22] Bacher an den W. F. Ausschuß, Basel, 13 nivôse III (2. 1. 1795), Kaulek, V, 41.

[23] In Erkenntnis dieser Notwendigkeiten wurde Goltz am 11. 1. 1795 angewiesen, alle seine Bemühungen zunächst auf den Abschluß eines Waffenstillstandes als des dringendsten Anliegens zu konzentrieren.

dem Maße die Zarin, durch Suworows Siege zur tatsächlichen Herrin Polens geworden, die österreichischen Ansprüche unterstützte und Preußen in die Vereinsamung hineintrieb. Cobenzl tat alles, um die Zarin für die Reduzierung der preußischen Gebietsansprüche zu gewinnen, und, den Widerstand des Königs fürchtend, empfahl er, in aller Eile den Teilungsvertrag zu unterzeichnen, ihn sich gegenseitig zu garantieren und Berlin alsdann vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Die Russen gingen bereitwillig darauf ein. In einer von ihnen gewünschten Sonderkonferenz mit Tauentzien ging es schon gar nicht mehr um einen etwaigen russischen Kompromißvorschlag. Vielmehr mußte der Preuße bald erkennen, daß Markow namens der Zarin sich zum Verteidiger der österreichischen Forderungen gemacht hatte. Markow erinnerte daran, daß Österreich schon 1793 leer ausgegangen sei, und als er Krakau und Sendomir für Österreich und Szamaiten für Rußland reklamierte, und als Tauentzien erkannte, daß auch Kowno und Libau für seinen König unerreichbar waren, und er nun weisungsgemäß die Beibehaltung eines Restpolens vorschlug, da hatten die Verhandlungen in der Tat den toten Punkt erreicht. Verschärft wurde die Spannung noch, als am 17. Dezember Thuguts Weisungen vom 29. November in Petersburg eintrafen, begleitet von mancherlei Nachrichten über die preußischen Umtriebe im Reich und von einigen Briefen Mansteins und der preußischen Minister an Lucchesini, die nun keinen Zweifel mehr an den Baseler Verhandlungen zuließen. Damit war die Zarin vollends für die Unterstützung der österreichischen Anliegen gewonnen [24]. Ohne Hoffnung ging man so am 22. Dezember in die letzte Beratung, die deutlicher denn je Tauentziens Vereinsamung bewies, als er noch einmal für seinen König die Palatinate Krakau und Sendomir forderte. So kam es, wie es kommen mußte. Nach langen Diskussionen ging man ergebnislos auseinander. Cobenzl nahm einseitig die Verhandlungen mit den Russen wieder auf. Auf der Basis der Thugutschen Forderungen kam es alsdann bereits am 3. Januar 1795 zur Unterzeichnung jener Deklaration, die dem polnischen Staate ein Ende machte. Man hoffte, durch die zu gelegener Zeit

---

[24] Wie Whitworth an Grenville am 11. und 28. 11. 1794 schrieb, wurden in Petersburg alle Friedensgerüchte aus dem Westen betont mißfällig aufgenommen (Herrmann, 504 f.). Auch Subow, Markow und Ostermann hielten einen Frieden für den Gipfel des Wahnsinns, selbst wenn die Verfassung von 1789 wiederhergestellt würde. (Vgl. den wichtigen Briefwechsel Lucchesini-Friedrich Wilhelm, Whitworth-Grenville, Lucchesini-Möllendorff, Morton Eden-Grenville u. a. vom Herbst und Winter 1794/95 bei Herrmann, a. v. O.)

erfolgende Mitteilung ihres Inhalts in Berlin den preußischen Widerspruch zu besänftigen und den König zum Beitritt bewegen zu können, war man sich doch von vornherein darüber klar, daß es nicht opportun war, den Berliner Hof völlig zu übergehen. Im übrigen garantierte Rußland die österreichischen Erwerbungen und war bereit, Warschau und die weiteren preußischen Anteile zurückzuhalten, bis Berlin auf Krakau förmlich verzichtet hatte.

Wien frohlockte. Thugut schickte eiligst die Ratifikationen nach Petersburg [25]. Der Bund der beiden Kaiserhöfe war aufs neue bestätigt worden. In der Teilungskonvention von 1793 hatte sich Preußen verpflichtet, die Koalition nicht zu verlassen und keinen Separatfrieden zu schließen. Nun durfte Thugut hoffen, daß eine russische Erklärung, die Überantwortung der Gebietsteile der dritten Konvention von der Durchführung der Bestimmungen der zweiten Teilung abhängig zu machen, imstande sei, Preußen zur Erfüllung der Verpflichtungen anzuhalten und «das Komplott mit Frankreich» zu sistieren.

Außer in den oftmals behaupteten, aber durch die Forschungen Hüffers als unhaltbar erwiesenen geheimen österreichisch-französischen Friedensbemühungen sahen Sybel, Häußer u. a. in dieser Geheimkonvention vom 3. Januar 1795 die Rechtfertigung für das einseitige Vorgehen Preußens in Basel. Wenn Häußer schreibt: «In Polen ist z. T. die Erklärung zu den rätselhaften Vorgängen am Rhein im Jahre 1793 zu suchen; von dort aus wird die Haltung Preußens von 1794 bestimmt; dort wird der Übergang von dem Kreuzzug gegen die Revolution zum Frieden von Basel vorbereitet» [26], so ist dieses Urteil doch nur bedingt richtig. Wenn sich für Österreich nach der Enttäuschung von 1793 gewisse Aussichten boten, nachträglich entschädigt zu werden, so brauchte Preußen darin noch keinen Affront gegen sich zu sehen. Der Versuch, den Basler Frieden durch die geheimen Abmachungen vom 3. Januar 1795 zu rechtfertigen, fällt jedoch durch den Hinweis Hüffers auf die Tatsache in sich zusammen, daß den preußischen Staatsmännern jene Deklaration auch in ihren Umrissen damals noch völlig unbekannt war [27]. Sie hat verstaubt bei den Akten gelegen, bis sie in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts erneut ans Tageslicht gezogen wurde. Es ist nach ihrer Unter-

---

[25] Ranke, I, 241; Hüffer, Ergänzungsband, 122; Thugut an Cobenzl, 25. 1. und 4. 2. 1795 (Vivenot, A. f. öst. Gesch., Bd. 43, S. 105, 107).

[26] Häußer, I, 325.

[27] Hüffer, I, 139 und Ergänzungsband 137. Die geheime Deklaration wurde erst 1852 veröffentlicht (Danilewski-Miliutin, Gesch. d. Krieges Rußlands mit Frankreich i. J. 1799, übers. v. Chr. Schmitt, München, 1856, I, 296.)

zeichnung weder zu einem neuen Türkenkrieg gekommen, noch zu einer gemeinsamen Abwehr eines preußischen Angriffes auf Österreich, weder zur Verwirklichung des bayrisch-belgischen Tauschplanes, noch zum Erwerb venetianischer Besitzungen, also gerade zu den politischen Ereignissen, die in jener geheimen Konvention genannt worden waren. War sie jedoch in Berlin unbekannt, so war sie auch unwirksam. Mit ihr konnte darum auch nicht der preußische Friede erklärt oder verteidigt werden. Der Wortlaut der Teilungskonvention wurde in Berlin erst am 9. August 1795 bekannt. Als Preußen ihr nach längeren Verhandlungen am 24. Oktober beitrat und damit die dritte Teilung Polens in der von den Kaiserhöfen vereinbarten Form akzeptierte, hatte sich der Basler Friede bereits als herbe Enttäuschung erwiesen. Preußen fügte sich in das kleinere Übel, da es Frankreich noch mißtraute und sich den Kaiserhöfen nicht gewachsen wußte.

Bei vorsichtigem Abwägen kann man nicht sagen, daß die Abmachungen vom 3. Januar die preußische Politik in den Monaten vor dem Abschluß von Basel entscheidend mitgeformt haben. Selbst wenn ihr Inhalt vorzeitig bekannt geworden wäre, so bleibt die Frage doch offen, ob denn die Vereinbarungen für Preußen wirklich so untragbar gewesen wären. Man darf nicht vergessen, daß Österreich 1793 völlig leer ausgegangen war, und in einem am 30. November 1795 an Lucchesini gerichteten Brief bekannten die Berliner Minister, daß auch die österreichischen Ansprüche triftige Gründe der Billigkeit für sich hatten [28]. Im übrigen hatte man auch ohne das Scheitern der Dezemberverhandlungen Tauentziens in Berlin eine allgemeine Kenntnis von den gegen Preußen gelegten Minen der Thugutschen Politik und den territorialen Gelüsten der beiden Kaiserhöfe. Seit November 1794 waren diese Ansprüche leidlich bekannt, und doch ist eine entscheidende Wendung in der Einstellung der preußischen Staatskunst gegenüber Frankreich nach dieser Zeit nicht zu erkennen. Möllendorff hatte sich bereits im Sommer entschieden. Meyerinck war Ende Oktober beauftragt worden. Bei der Entsendung Goltz' hat die polnische Teilung eine wahrnehmbare Rolle nicht gespielt. Mehr als in der Komplizierung der Lage im Osten ist die schwankende Haltung des Königs in seiner Abneigung gegen ein Paktieren mit den Revolutionären und in seiner Hoffnung auf Ausgleichung der zu Österreich und England aufgebrochenen Gegensätze begründet. So bedeutungsvoll die Zuspitzung der Lage im Osten für Preußen gewesen sein mag, so kann man aus ihr unmöglich allein eine Rechtfertigung

---

[28] Hüffer, I, 141.

für die Trennung von der Koalition ableiten. Die Wende der preußischen Politik datiert nicht erst seit dem Dezember 1794; sie hatte sich vielmehr schon im Spätherbst 1792 angemeldet. Viele kleine und größere Rinnsale hatten sich seitdem zu einem breiten Strome vereinigt, der am Ende alle Hindernisse einer Verständigung mit der Revolution hinwegschwemmen sollte. Die dritte Polenteilung mag diesen Prozeß beschleunigt haben, aber sie hat ihn nicht eingeleitet. Aus dem Krieg um die Aufrechterhaltung des monarchischen Ordnungsgedankens war längst ein Feilschen um Land und Besitz geworden. Es war verständlich, wenn Preußen die Entwicklung im Osten aufmerksam verfolgte, und wenn im Westen kein territorialer Gewinn mehr winkte, mußte sich dort der Krieg eines Tages von selbst totlaufen. Daß die Haltung der Zarin eine Beschleunigung der Basler Verhandlungen in Berlin als wünschenswert erscheinen ließ, mag zutreffen. Am 7. Januar 1795 überreichte Alopeus in Berlin ein Mémoire, das die Verwunderung der Kaiserin über die Politik des Königs zum Ausdruck brachte und vor übertriebenen territorialen Ambitionen und allen chimärischen Hoffnungen auf einen Frieden mit Frankreich warnte. Diese Drohung war deutlich. Sie war geeignet, die preußischen Friedensbemühungen im Westen zu verstärken, ehe es zu spät war.

Denn Eile war unter allen Umständen geboten. Wer konnte wissen, was die holländischen Agenten schon erreicht hatten? Nichts sprach bisher dafür, daß der Wohlfahrtsausschuß sie auf den Weg einer preußischen Vermittlung verweisen wollte. In Berlin hielt man geheime österreichische Friedensfühler nicht für unmöglich; es galt sogar als wahrscheinlich, daß Wien sich alle Wege offen halten wollte, um Carletti, den Sendling Toskanas, jederzeit einschalten zu können [29].

In dieser Lage war die Ankunft Barthélemys in Basel dem preußischen Vertreter hochwillkommen. Am 12. Januar in der Stadt eingetroffen, vom Rat wie ein öffentlich anerkannter Gesandter empfangen und von Ochs mit einer wortreichen Rede willkommen geheißen, nahm er im «Roßhof», dem Hause des Hieronymus Stähelin, Wohnung, und noch am gleichen Abend traf er in erlesener Gesellschaft beim Grafen Diodati, dem einstmaligen mecklenburgischen Gesandten in Paris, erstmalig mit Goltz zusammen [30].

---

[29] Goltz an den König, 9. 1. 1795; Weisung an Goltz, 16. 1. 1795; Ministerialschreiben an Goltz, 19. 1. 1795 (Pr. G. St. A.).

[30] Durch diesen Empfang in Basel wurde auch der seit 1792 dauernden Nichtanerkennung der Umwälzung in Frankreich ein Ende gemacht. Ochs, a. a. O., VIII, 170 ff.; Steiner, CXC.

Von Anfang an entwickelte sich zwischen beiden ein ungezwungener Verkehr. Unter Vermeidung aller Etikette legte Goltz schon bei dieser ersten Zusammenkunft seinen Auftrag dar und sprach die Hoffnung aus, alsbald einen Waffenstillstand, einen Gefangenenaustausch, eine Vermittlung für die Reichsfürsten, kurz, eine allgemeine Wiederannäherung beider Mächte seinem Könige melden zu können [31]. Gerade die verhandlungsbereiten Reichsstände an Preußen zu verweisen, betonte er, sei das wirksamste Mittel, dem König die erforderliche Stärke gegen Österreich zu verleihen; denn nur so wisse sich Preußen frei von dem Makel eines Abfalls oder eines Verrates. Er schlage daher vor, Mainz nicht mehr anzugreifen, sobald die Österreicher es geräumt und Reichstruppen es besetzt hätten. Widersetze sich Österreich jedoch, so sei Preußen gerechtfertigt, wenn es französischen Angriffen auf die Festung keinen Widerstand leiste. Barthélemy, noch ohne Weisungen und Vollmachten, konnte naturgemäß nur in unverbindlichen Ausdrücken erwidern, solange sich das Ergebnis der Mission Harniers nicht überblicken ließ. Unaufhörlich liefen unterdes von den Fronten Unglücksbotschaften ein. Auf Mainz hatten Mitte Januar neue Angriffe stattgefunden, und der französische Vormarsch im Norden rief in Berlin geradezu Bestürzung hervor. Man begreift daher die Ungeduld, mit der man allenthalben die ersten Berichte Harniers erwartete.

«Die Delikatesse meines Auftrages, den ich mich anschicke, mit Treue, mit dem ganzen Eifer und der Umsicht, der ich fähig bin, zu erfüllen, wird mich nicht entmutigen: sie entflammt vielmehr meinen Wunsch, es so nützlich wie möglich zu tun.» So hatte Harnier noch am ersten Tage des Jahres, das Preußen den Frieden bringen sollte, seinem König geschrieben [32]. Als er sich am nächsten Morgen von Basel nach Paris begab, ahnte er noch nicht, welch große Enttäuschung ihm bevorstand.

Heinrich Wilhelm Karl von Harnier, Sohn eines landgräflich-hessischen Kriegskommissars, hatte den Ausbruch der Revolution freudig begrüßt, und aus mancherlei Äußerungen war leicht zu entnehmen, daß er den Friedensfreunden Möllendorff und Kalckreuth nahestand [33].

Als er am Vormittag des 6. Januar in Paris eintraf, wurde ihm

---

[31] Goltz an den König, 13. 1. 1795 (Pr. G. St. A.); Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 23 nivôse III (Kaulek, IV, 555).

[32] Harnier an den König, 1. 1. 1795 (Pr. G. St. A.).

[33] Goltz an den König, 3. 1. 1795; Hardenberg an den König, 10. 4. 1795 (Pr. G. St. A.). Bacher an den W. F. Ausschuß, 20. 12. 1794; für das folgende s. Harniers Bericht vom 17. 1. 1795 nebst Postskriptum (Pr. G. St. A.).

vom Präsidenten des Wohlfahrtsausschusses bedeutet, daß man ihn zur Entgegennahme seiner Erklärungen am folgenden Vormittag erwarte. Alle zwölf Mitglieder des Ausschusses waren versammelt, als Cambacérès, der Präsident, der an die Stelle des vorübergehend ausgeschiedenen Merlin de Douai getreten war und jetzt den auf die preußischen Angelegenheiten sich beziehenden Schriftwechsel zu führen hatte, ihn in das Sitzungszimmer geleitete. In kurzen, einleitenden Worten begegneten sich beide in dem Wunsche, ihren Völkern den Frieden wiederzuschenken. Einer Aufforderung des Ausschusses gemäß legte Harnier die Ansichten des Königs über die Wiederherstellung des Friedens umfassend dar. Man versicherte sich des gegenseitigen Vertrauens, und die Besprechungen konnten beginnen.

Drei Konferenzen hat Harnier mit dem Ausschuß gehabt: am 7., 8. und 9. Januar. In allen dreien waren die Franzosen die eigentlichen Wortführer der Diskussion. Sie malten ihm schonungslos die Preußen drohenden Gefahren aus, die nur durch eine enge Anlehnung an Frankreich zu bannen seien: Österreich würde sein Auge immer wieder auf das Reich richten, England nach widerrechtlichen Eroberungen spähen, Rußland das Gleichgewicht Europas bedrohen. Ihnen gegenüber würde Frankreich alles tun, um Österreich in die ihm geziemenden Grenzen zu verweisen; die Eroberung Hannovers würde nicht nur England treffen, sondern seine Übertragung an Preußen würde auch den König gehörig entschädigen für seine an Frankreich abzutretenden linksrheinischen Besitzungen.

Denn die Überlassung des linken Rheinufers war für den Ausschuß bereits eine selbstverständliche Forderung, deren Erfüllung man der Nation für die Opfer des Krieges schuldig sei. Darum könne man auch nicht auf Mainz verzichten, das für die Verteidigung des Rheinufers wesentlich sei. Der Ausschuß ließ zwar seine Bereitschaft durchblicken, eventuell die Stadt zu neutralisieren und nur die Befestigungsanlagen mit eigenen Truppen zu belegen, ließ aber keinen Zweifel darüber, daß er bei einem künftigen Reichsfrieden auf Mainz nicht verzichten, sondern es eher zerstören als wieder herausgeben werde. Einen Waffenstillstand und die Neutralisierung der Reichsstände lehnte man ab. Demgemäß wollte man auch von einer preußischen Vermittlung nichts wissen. Dem Ausschuß kam es offenbar nur darauf an, zunächst einmal die preußische Armee auszuschalten. Erst nach einem Sonderfrieden sollten sich die Stände um die norddeutsche Führungsmacht scharen können, wobei jedoch auch dann noch Österreich und Hannover ausgenommen bleiben sollten.

All diese Erklärungen wurden mit einer Bestimmtheit abgegeben, daß Harnier schon nach der zweiten Konferenz jede weitere Diskussion als nutzlos ansah. Er verbarg seine Enttäuschung nicht. Nach allen Versicherungen Bachers hatte er gehofft, dem Abschluß der Präliminarien nahe zu sein. Und nun diese Widersprüche! Man gab vor, an einer Machtsteigerung Preußens interessiert zu sein und wollte es blühender Provinzen berauben. Man betonte die glorreiche Rolle, die dem Könige zugedacht war, und mutete demselben Monarchen zu, der Beraubung seiner Mitstände tatenlos zuzusehen und den Franzosen die Reichsfestung Mainz in die Hände zu spielen. Die Einwendungen Harniers tat der Ausschuß ab mit der Erklärung, das sei eine finstere Auslegung seiner Absichten; Frankreich wolle den Frieden, um in Preußen einen natürlichen Verbündeten wiederzufinden, und brauche nach einem langen Defensivkrieg Sicherheit vor seinen Feinden.

Das Résumé, das Harnier über seine Verhandlungen abfaßte, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig [34]. Es hieß darin, daß Frankreich zum Sonderfrieden, nicht aber zu einem voraufgehenden Waffenstillstand mit Preußen entschlossen sei, ohne dabei auf dem sofortigen Abschluß einer Offensiv- und Defensivallianz zu bestehen. Die Anerkennung der Republik solle erst im Friedensvertrag ausgesprochen werden. Die Abtretung der linksrheinischen Besitzungen Preußens sei unerläßlich, jedoch werde Frankreich eine Entschädigung mit auf dem rechten Rheinufer gelegenen Territorien begünstigen. Für die Einzelheiten der Unterhandlung werde es sofort einen Bevollmächtigten ernennen. Die Republik sei auch bereit, mit den übrigen Reichsständen einen Frieden zu schließen, sofern diese sich mit der Abtretung des linken Rheinlandes von vornherein einverstanden erklärten. Frankreich verweigere jedoch jede Vermittlung und werde nur die guten Dienste des Königs für die Herbeiführung des Friedens mit den Gliedern des Reiches annehmen. Ein Waffenstillstand oder eine vorausgehende Neutralisierung dieser Gebiete werde abgelehnt. Als Unterpfand für die weitere Entwicklung verlange die Republik die alsbaldige Okkupation von Mainz. Um eine Zerstörung der Feste zu vermeiden, schlage der Ausschuß vor, die dort befindlichen österreichischen oder sonstigen deutschen Truppen durch eine französische Garnison zu ersetzen mit der ausdrücklichen Bestimmung, unter keinen Umständen an dieser Stelle den Rhein – außer zur Besetzung des Forts Castel – zu überschreiten.

---

[34] Datiert vom 8. 1. 1795 (Pr. G. St. A.), abgedruckt bei Kaulek, V, 48 ff.

Diese Zusammenfassung Harniers fand in der 3. Konferenz die Billigung des Ausschusses. Am 10. Januar verließ der Gesandtschaftssekretär die französische Hauptstadt und traf am Abend des 15. bei Goltz in Basel ein. Goltz' Enttäuschung war grenzenlos. Preußen sollte also allein die Kosten einer Verständigung zu tragen haben. So optimistisch wie Meyerinck war er niemals gewesen, aber an so weitreichende Forderungen der Franzosen hatte er bislang nicht gedacht. Er erkannte sogleich, daß seine Instruktion jetzt praktisch hinfällig war [35]. Ein Ausgleich schien da überhaupt nicht möglich zu sein. Es war für ihn unvorstellbar, daß Preußen im Reich entschädigt werden konnte, ohne daß es sich dabei zugleich mit dem Reiche tödlich verfeindete. Wie durfte es sich an einer Enteignung der Fürsten beteiligen, die es doch zu beschirmen vorgab? All seine Hoffnungen schienen nun zerronnen. Resigniert sandte er am 18. Januar einen Sonderkurier mit Harniers Bericht und einer eigenen Stellungnahme nach Berlin.

Wie vorteilhaft hob sich hiegegen die Lage des Wohlfahrtsausschusses ab! Um nicht friedensbedürftig zu erscheinen,verbot er jede Verlangsamung der strategischen Maßnahmen. Michaud sollte über den Stand der Verhandlungen überhaupt nicht unterrichtet werden. Der Ausschuß hatte alle Mittel in der Hand, vor der Nation und dem Konvent sich als den Überlegenen, Preußen aber als den Bittsteller zu kennzeichnen. Da andererseits ein Friede mit Preußen auch für Frankreich eine Entspannung bedeutete, war nur natürlich, wenn der Ausschuß nach Harniers Besuch seinerseits das Friedenswerk mit Nachdruck betrieb. Preußen hatte seine Bereitschaft bewiesen. Er war willens, ein Gleiches zu tun.

Am 15. Januar wurde Barthélemy ermächtigt, die Verhandlungen mit Goltz fortzusetzen mit dem Ziel, Preußen und Frankreich einander wieder näherzubringen [36]. Neben dem bereits erwähnten Résumé Harniers wurde ihm eine sorgfältig ausgearbeitete Instruktion übersandt, an deren endgültigen Formulierung wohl vor allem Reinhard, einer der leitenden Beamten des Ausschusses, entscheidenden Anteil gehabt hat.

Hiernach war Frankreich bereit, die preußischen Vorschläge zu prüfen und die seinigen bekanntzugeben, nachdem man erst ein berechtigtes Mißtrauen habe überwinden müssen. Es sei nicht

---

[35] P. S. vom 18. 1. 1795 zu Goltz' Bericht an den König vom 17. 1. 1795; ferner Goltz an Hardenberg, 16. 1. 1795 und Goltz' Bemerkungen zu den französischen Vorschlägen (sämtlich im Pr. G. St. A.).

[36] Kaulek, V, 47. Die Instruktion vom 15. 1. 1795 bei Kaulek, V, 50 ff. Vgl. auch Sorel, Rev. hist., VI, 321.

Frankreich, sondern Preußen, das um Frieden bitte, und die Wichtigkeit der zu lösenden Fragen verlange, so zu handeln, als wenn Frankreich an der preußischen Aufrichtigkeit zu zweifeln Anlaß hätte. Zwar wisse der Ausschuß um den Zwang, unter dem Preußen den Frieden suche, aber dieser Umstand dürfe Frankreich nicht hindern, vorsichtig zu sein, vielmehr solle Barthélemy die Notwendigkeit eines preußischen Friedens erst ganz reifen lassen. Frankreich werde erst dann einen Gefangenenaustausch und einen Waffenstillstand erwägen, wenn der Stand der Friedensverhandlungen einen sicheren Erfolg verspreche. Erst wenn er von der Ehrlichkeit der preußischen Vorschläge überzeugt sei, solle Barthélemy mit den französischen Bedingungen hervortreten und dann unter allen Umständen den Rhein als zukünftige Grenze verlangen. Auch Mainz dürfe nicht in den Händen der Feinde Frankreichs bleiben. Auch den kleineren Reichsständen gegenüber müsse Frankreich einen voraufgehenden Waffenstillstand ablehnen. Auf Österreichs Kosten müßten die Stände entschädigt werden. Ein bis zum Rhein sich erstreckendes Frankreich werde bereit sein, an der Errichtung eines neuen Gleichgewichtes mitzuhelfen – durch Mittel, die der westfälische Friede biete und die zudem durch eine Aufteilung der geistlichen Staaten gegeben seien. Darum seien auch alle Stände, die Frankreich das linke Rheinufer zubilligten, zum Frieden eingeladen. Einer preußischen Vermittlung bedürfe es hierzu nicht. Im übrigen empfehle Frankreich, die gefährliche Nachbarschaft Rußlands durch Wiedergutmachung des Unrechts an Polen zu entfernen und sich mit Dänemark und Schweden zu verbinden. In einer ergänzenden Instruktion wurde Barthélemy beauftragt, den dänischen Minister von Bernstorff über die Verhandlungen zu unterrichten und durch geheime Agenten feststellen zu lassen, wie weit die deutschen Fürsten zu einer Aussöhnung mit Frankreich bereit waren [37]. Es scheint, als sei der Ausschuß einem Einschalten Dänemarks gar nicht so abgeneigt gewesen. Man tat alles, um den Hof von Kopenhagen nicht zu verstimmen. Vor allem suchte man von Paris aus, das Verlangen nach der Rheingrenze zu rechtfertigen [38]. Am 19. Januar übersandte der Ausschuß eine genaue Darstellung aller bisherigen Verhandlungen von der ersten Fühlungnahme Möllendorffs bis zur Beauftragung Barthélemys nach Kopenhagen eigens zu dem Zweck, Bernstorff von allem Wichtigen in Kenntnis zu setzen. Noch einmal

---

[37] Das ist dann auch geschehen; am 4. 2. gab Barthélemy an Grouvelle die erste gedrängte Darstellung der Verhandlungen (Kaulek, V, 62).

[38] Sorel, Rev. hist., VI, 327 ff.

wurden hier die wichtigsten Punkte aufgeführt: das linke Rheinufer mit Mainz, eventuell unter Entschädigung der linksrheinischen Stände auf Kosten Österreichs oder durch Säkularisationen geistlicher Territorien, Schonung Polens u. a. Der Ausschuß bedauerte, daß Schweden und Dänemark von den Verhandlungen ausgeschlossen blieben. Preußen habe das so gewollt, um sich möglichst vielen Reichsständen als Vermittler anzubieten. Frankreich aber sei gegen diese Vermittlung. Es wolle mit den kleinen weltlichen Fürsten gesondert verhandeln, würde es aber begrüßen, wenn über Bernstorff ihre Vorschläge und Anträge nach Paris weitergeleitet würden.

Am 20. Januar trafen Barthélemys Vollmacht und Instruktion in Basel ein. Am Abend des 22. wurden im Salon des Stadtschreibers Ochs die Vollmachten ausgetauscht – in Gegenwart Bachers und des vielbeschäftigten Hausherrn natürlich, der soeben erst in einem feierlichen Akt den Gesandten namens der Stadt willkommen geheißen hatte [39].

Wie weit man von einem Frieden noch entfernt war, zeigten die Verhandlungen, die Tags darauf begannen und in zwangloser Abwechslung bei Goltz und Barthélemy stattfanden. In allen wichtigen Punkten traten die Gegensätze bereits in der ersten Konferenz deutlich hervor. So wurde Goltz' Vorschlag, zunächst einen Waffenstillstand abzuschließen, von Barthélemy weisungsgemäß auf das bestimmteste abgelehnt. Da Mainz in einem solchen Waffenstillstand mit einbezogen werden müßte, würden, wie Barthélemy argumentierte, bei einem längeren Hinauszögern des Friedens die Franzosen gerade an dem Punkt gelähmt, den sie unbedingt erobern wollten. Während der Bevollmächtigte des Ausschusses sich kurzerhand auf seine Weisung bezog, konnte Goltz bezüglich Mainz nur noch Vorschläge machen, die im wesentlichen bereits die französischen Forderungen annahmen. Eine französische Versicherung, Mainz nicht anzugreifen, sobald sich dort keine Österreicher mehr befänden, würde nach Goltz' Ansicht für Preußen annehmbar sein. Lehnte Wien aber ab, seine Truppen aus der Festung herauszunehmen, um die Neutralisierung der Festung für die Dauer der Verhandlungen zu ermöglichen, so hatten nach seinem Urteil die Franzosen freie Hand, und Preußen stünde vor dem Reiche gerechtfertigt da. Nähme Österreich an, so könnte die Festung von den Kaiserlichen vorläufig übernommen und, wie

---

[39] Goltz an den König, 22. 1. 1795 (Pr. G. St. A.); Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 22. 1. 1795 (Kaulek, IV, 573 f.). Zum folgenden s. auch Goltz an Hardenberg, 22. 1. 1795 und an den König, 26. 1. 1795 (Pr. G. St. A.).

Goltz meinte, nach Abschluß der Verhandlungen den Franzosen übergeben werden. In beiden Fällen also konnte Frankreich Mainz behalten – mitsamt dem linken Rheinufer, wie der preußische Bevollmächtigte mehrmals wiederholte.

Günstiger stand es mit dem Vorschlag einer preußischen Vermittlung zugunsten der Reichsfürsten [40]. Barthélemy war bereit, diesen Wunsch nach Paris weiterzuleiten, doch müsse man, fügte er hinzu, den Fürsten die Wahl lassen, sich eventuell auch unmittelbar mit Frankreich zu verständigen. Zwar wäre Goltz die Zusicherung lieber gewesen, Frankreich werde nur mit denen verhandeln, die Preußen vorschlage; aber mehr als die obige Aussage Barthélemys war im Augenblick offensichtlich nicht zu erreichen.

Die übrigen Verhandlungsgegenstände traten demgegenüber zunächst noch zurück. Die von Barthélemy weisungsgemäß angeregte Verlegung der Verhandlungen nach Paris wurde von Goltz abgelehnt und dann auch nicht weiter erörtert.

So führte diese erste Konferenz nur zu recht bescheidenen Ergebnissen. Alles deutete darauf hin, daß vom Wohlfahrtsausschuß ein Nachgeben nicht zu erhoffen war. Im Konvent gab Boissy d'Anglas am 30. Januar namens dieses Gremiums eine Erklärung ab, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ: Frankreich sei bereit, loyal zu verhandeln, aber es werde nicht zulassen, daß man seine Waffen lähme und durch belanglose Verhandlungen seine Triumphe aufhebe. Darum lehne es auch einen Waffenstillstand ab. Und noch einmal erhob er die Forderung nach dem linken Rheinufer: Ströme, Berge, Ozeane seien die natürlichen Grenzen; sie böten Schutz für Jahrhunderte vor Einfall und Angriff [41].

Barthélemy scheint sich wohl der Gefahr bewußt gewesen zu sein, durch überspitzte Forderungen einen Meinungsumschwung in Preußen heraufzubeschwören. Es lagen ihm Informationen vor, wonach sich die Mächte wieder sehr um Preußens Partnerschaft bemühten [42]. Allein durch alle seine mäßigenden Einwände ließ sich der Ausschuß nicht zur Änderung seiner Haltung bewegen. Es blieb bei der Ablehnung eines Waffenstillstandes, ja, man tat alles, um durch verstärkte militärische Maßnahmen Preußen zu

---

[40] Vgl. hierzu Goltz an den König, 27. 1. 1795, P. S. zum Schreiben vom 26. 1. 1795 (Pr. G. St. A.). Vgl. auch Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 24. 1. 1795 (Kaulek, IV) und Sorel, Rev. hist., VI, 343 ff.

[41] Sorel, Rev. hist., VI, 350 f.

[42] Vgl. hierzu auch Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 13 pluviôse (1. 2. 1795) bei Kaulek, IV, 593, und der W. F. Ausschuß an Barthélemy, 8. 2. 1795 bei Kaulek, V, 66 f.

zwingen, auf die französischen Forderungen schnell und bedingungslos einzugehen.

Am 25. Januar lag Harniers großer Bericht nebst Goltz' Depesche in Berlin vor. Waren beide Dokumente imstande, noch ein letztes Mal die Koalition wiederherzustellen? Man mußte sich unter den schwierigsten Umständen entscheiden. Rotterdam war gefallen und mit der Eroberung Hollands der gesamte deutsche Nordwesten bedroht. Es hatte sich die Revolution hier an einer Stelle durchgesetzt, von der aus, nach manchen übertrieben pessimistischen Voraussagungen, das politische System des gesamten Europa aus den Angeln gehoben werden konnte.

Und dann die preußischen Interessen im Osten! Verfocht man hier seine Ziele mit letzter Härte, so ergab sich die Gefahr eines Krieges mit den beiden Kaiserhöfen. Wollte Preußen aber den Rhein im Westen und seine Ansprüche im Osten zugleich verteidigen, so konnte es geschehen, daß es die polnischen Erwerbungen am Rhein und den Rhein am Niemen verlor. Bei der ungenügenden Kenntnis, die man in Berlin von den österreichischen Absichten hatte, war die Vermutung gar nicht so abwegig, daß Österreich, um seine Interessen in Südpolen zu verteidigen, sich aus dem Westen zurückzog, sich unter Aufgabe des Rheinlandes mit Frankreich verständigte, notfalls dem Reich einen dürftigen Frieden verschaffte, sich dann aber mit Rußland gegen Preußen wandte. Dieses hätte einen solchen Kampf um das Reich vielleicht in Ehren begonnen, aber es wäre untergegangen. So rief Harniers Bericht in Berlin ohne Zweifel eine gewisse Ratlosigkeit hervor. Bischoffwerder bekannte, daß er in seinen Hoffnungen wankend geworden sei und jetzt befürchte, daß durch erneute jakobinische Umtriebe den Friedensbemühungen unüberwindliche Hindernisse bereitet würden [43]. Prinz Heinrich hingegen tat alles, den König friedenswillig zu erhalten. Noch vor dem Eintreffen jenes Berichtes suchte er seinen Neffen in einer Denkschrift davon zu überzeugen, daß die Eroberung Hollands die friedlichen Absichten Frankreichs nicht zu beeinträchtigen brauche und man sich gegenüber den französischen Gebietsforderungen vor übereilten Entschlüssen hüten müsse. Als Harniers Bericht vorlag, empfahl er in einer für Goltz gedachten Instruktion, Möllendorff möge die Umgebung von Mainz räumen und hinter Frankfurt zurückgehen. Äußerstenfalls könne Goltz die vorläufige Überlassung der linksrheinischen Gebiete bis zum Frieden mit Kaiser und Reich zugestehen, in

---

[43] Bischoffwerder an Struensee, 2. Januarhälfte 1795 (Krauel, Pr. Heinr., 93).

einem Geheimartikel auch ihre Abtretung gegen eine entsprechende Entschädigung unterschreiben, wobei er in erster Linie an Vorpommern und Rügen dachte, die von Schweden eigens zu diesem Zweck Frankreich überlassen werden müßten [44]. Ohne Zweifel sind diese Gedanken des Prinzen – ungesäumte Fortsetzung der Separatfriedensverhandlungen und Aufgabe der linksrheinischen Gebiete gegen Zusicherung einer entsprechenden Entschädigung – bei der Neufassung der Instruktionen für Goltz von erheblicher Bedeutung gewesen.

Daß eine solche Neufassung nötig war, konnte nicht bestritten werden. Überblickt man jedoch die Aufzeichnung, die Haugwitz von der Konferenz angefertigt hat, die der Monarch mit seinen Ministern bereits einen Tag nach dem Eintreffen von Harniers Bericht am 26. Januar abhielt, so kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, als habe der König den Ernst der französischen Forderungen nicht erkannt, oder sei zu leichtgläubig über sie hinweggegangen [45]. Er hielt die Erklärungen des Wohlfahrtsausschusses noch für zu unverbindlich, als daß man nicht noch in weiteren Konferenzen Barthélemys Weisungen abwarten sollte. Zwar hatte Goltz nach seinem Wunsch auf die Untragbarkeit dieser Ansprüche hinzuweisen, aber keinesfalls durfte es nach Ansicht des Königs darüber zum Bruch kommen. Er gab sogar seine Bereitschaft zu verstehen, über seine linksrheinischen Gebiete auf der Grundlage eines Austausches oder einer Entschädigung zu verhandeln, falls in einem künftigen allgemeinen Frieden der Rhein als neue Grenze festgesetzt würde. Die Haltung des Königs gegenüber dem Mainzer Problem überraschte die Minister nicht minder, erklärte Friedrich Wilhelm ihnen doch, daß er schlechterdings hier nichts unternehmen könne, da die Festung von Österreichern besetzt sei. Wollte sich Preußen an Mainz wirklich desinteressieren? Fast schien es so.

Wenn der König sich schon so schnell mit dem Unausweichlichen abfand, so war von seinen Ministern erst recht kein ultimativer Widerstand zu erwarten. Am stärksten hat damals wohl Finkkenstein das Demütigende einer Preisgabe des linken Rheinufers empfunden. Ihn quälte die bange Sorge, in einem unwürdigen Handel im Angesichte Europas die imponierende Stellung zu verlieren, die Friedrich einst seinem Staate erworben. Täuscht man sich nicht, so hat er seinem König innerlich niemals so nahe gestanden wie damals, als er sich verzweifelt mit dem Gedanken einer Fortsetzung

[44] Heinrichs «Réflexions», Berlin, 23. 1. 1795 bei Krauel, a. a. O., 93 und 207 ff.; sein «Projet qui peut servir d'instruction au Comte de Goltz», 26. 1. 1795, bei Ranke, Hardenberg, V, 72 ff.

[45] Haugwitz an Alvensleben und Finckenstein, 27. 1. 1795 (Pr. G. St. A.).

des Krieges herumschlug. Allein er gab sich keinen Illusionen hin. Da er sich von einem vierten Feldzug keine Wende versprach, riet er trotz allem zur Fortsetzung der Verhandlungen [46]. Auch er hielt die Pariser Eröffnungen nicht für letztlich verbindlich. Er riet zu einer Kundgebung an den Wohlfahrtsausschuß, daß die Forderung der Rheingrenze mit ernsthaften Friedensabsichten unvereinbar sei. Der König dürfe sich hier nicht des Vertrauens aller Mitstände begeben, indem er ihre Interessen verrate. Aber auch er wußte am Ende nichts anderes vorzuschlagen, als den Franzosen das größte Befremden über ihr Ansinnen zu zeigen.

Alvensleben dagegen, der Mann des Friedens und des Ausgleichs, empfahl trotz allem den sofortigen Abschluß eines Separatfriedens mit der Republik. Er sprach sich entschieden dagegen aus, die Verhandlungen unnötig in die Länge zu ziehen [47]. Die Haltung der Kaiserhöfe und der drohende finanzielle Zusammenbruch Preußens verlangten seiner Ansicht nach ein schnelles Handeln. Die Unmöglichkeit, die dringendsten Heeresbedürfnisse rechtzeitig zu beschaffen, machten nach seinen Berechnungen im Februar den Rückzug unbedingt notwendig. Der Mißerfolg der Anleihen (er dachte dabei wohl an Struensees gescheiterte Anleihe in Scheidemünze, die bis Ende Februar ganze 38 000 Taler einbrachte) hatte den letzten Kredit des Staates erschüttert. Rekrutierungen mußten auf größte Schwierigkeiten stoßen. Die öffentliche Meinung lehnte immer einmütiger den Krieg ab. Die Gefahr eines feindlichen Einfalles in das Gebiet zwischen Rhein und Weser zog drohend herauf. Die holländischen Streitkräfte existierten praktisch nicht mehr; die englisch-hannoverischen konnten als ausgeschaltet gelten. Mit den kleineren Fürsten war überhaupt nicht mehr zu rechnen. Ihr guter Wille war erkünstelt, ihr Machtreservoir erschöpft. Kurz: Preußen brauchte den Frieden, und es war überflüssig, zuvor noch einen Waffenstillstand auszuhandeln. Da der König das Reich nicht vertrete, argumentierte Alvensleben, könne er auch nicht die Rheingrenze zugestehen. Er hoffte sogar, Frankreich werde beim allgemeinen Frieden in die Rückgabe der linksrheinischen Gebiete einwilligen, ja, dem König jetzt vielleicht sogar seinen gesamten Besitz garantieren. Sollte das nicht zutreffen, so mußte Goltz seiner An-

---

[46] Gutachten Finckensteins, Berlin, 28. 1. 1795 (Pr. G. St. A.).

[47] Niederschrift Alvenslebens vom 28. 1. 1795; eine 2. Niederschrift vom gleichen Tage ist an Finckenstein gerichtet (Pr. G. St. A.). Seine Bemerkungen zu Harniers Bericht legte er – verspätet – in einer Denkschrift vom 30. 1. 1795 nieder, also zu einem Zeitpunkt, da die neue Weisung an Goltz schon abgeschickt war. Text im Pr. G. St. A. – Vgl. auch Hardenbergs Denkwürdigkeiten, I, 276.

sicht nach wenigstens eine Garantie der polnischen Erwerbungen und eine Entschädigung für die linksrheinischen Gebiete verlangen. Nur dann hielt er eine Bewilligung der französischen Forderungen für tragbar. Sollte Frankreich aber hierzu nicht bereit sein, so bliebe Goltz nur übrig, eine Abtretung der Provinzen gegen Garantie aller übrigen preußischen Lande vorzuschlagen und die Versicherung zu verlangen, beim Erwerb der Ostgebiete bis zur Weichsel mitzuwirken und diese Erwerbung dann zu garantieren. Lehnte Frankreich die preußische Vermittlung für die Reichsstände ab, so sah Alvensleben auch in der Annahme der «guten Dienste» des Königs schon einen Erfolg. Bezüglich Mainz sah er Schwierigkeiten voraus. Er empfahl, den Rückzug der Armee im Verfolg der Unterzeichnung der Präliminarien zuzusagen und zu erklären, daß der König keinen Einfluß auf die Verteidigung der Feste habe, zumal der Kaiser seine guten Dienste bislang nicht zugelassen habe.

Die Gutachten Finckensteins und Alvenslebens ließen die unsagbare Schwere der Aufgabe erkennen, vor die sich die preußische Politik gestellt sah. Haugwitz versuchte, in vorsichtiger Anlehnung an die in der Konferenz vom 26. Januar zutage getretenen Ansichten seines Herrn unter Berücksichtigung der Auffassungen seiner Ministerkollegen das in diesem Dilemma tatsächlich Mögliche aufzuzeigen. Ihm kam es darauf an, unter möglichster Schonung der französischen Empfindungen den Verhandlungspartner von der Übereinstimmung der beiderseitigen Interessen zu überzeugen und so einen Frieden auszuhandeln, der die Abtretung des linken Rheinufers vermied. Er hoffte, die Schwierigkeiten z. T. schon durch den Hinweis überwinden zu können, daß Preußen als einzelner Reichsstand nicht über eine Abtretung entscheiden dürfe, sondern diese Entscheidung dem allgemeinen Frieden überlassen müsse. Durch einen solchen Aufschub brauchten sich nach seiner Auffassung weder die Franzosen brüskiert zu fühlen, noch mußte man sich tödlich mit Österreich verfeinden. In jedem Falle war so vorerst einmal ein Friede mit Frankreich möglich.

Diese Auffassung entsprach schon eher den Erwartungen des Monarchen. Hier schimmerte noch eine Möglichkeit hindurch, vielleicht doch noch einmal den ehemaligen Verbündeten zu begegnen, sofern diese nur Anstalten zu einem gewissen Entgegenkommen ihrerseits machten. Im Sinne des Haugwitzschen Gutachtens wurde darum auch die neue Weisung an Goltz ausgefertigt [48]. Der

---

[48] Haugwitz' Denkschrift vom 27. 1. 1795 (Pr. G. St. A.); s. auch Krauel, 95. Weisung des Königs an Goltz, von Haugwitz entworfen, 28. 1. 1795 (Pr. G. St. A.).

König drückte darin seine «äußerste Überraschung» über die Forderungen aus, sah in ihnen jedoch noch keine endgültigen Friedensbedingungen, sondern wollte zunächst Barthélemys Eröffnungen abwarten. Jedoch die Erfolge des Feindes in Holland hätten die ohnehin schwierige Fortsetzung des Krieges ganz unmöglich gemacht und zwängen daher zum Frieden, wenigstens mit Preußen und dem Reich. Darum habe für Goltz als unabänderlich feststehend zu gelten, unter keinen Umständen die Verhandlungen abzubrechen. An der Ablehnung eines Waffenstillstandes oder eines Gefangenenaustausches dürfe der Friede nicht scheitern. Goltz solle versuchen, die Franzosen von ihren territorialen Forderungen abzubringen; doch fügte die Weisung hinzu – und diese Worte waren ausschließlich für Goltz bestimmt –, daß im Falle einer Festlegung dieser neuen Grenze beim späteren allgemeinen Frieden schon jetzt eine preußisch-französische Verständigung über den linksrheinischen Besitz des Königs im beiderseitigen Interesse liege. Gegebenenfalls müsse ein Abkommen über einen Ländertausch getroffen werden. Die Ablehnung einer förmlichen Vermittlung nahm der König verhältnismäßig leicht auf. Bezüglich Mainz war die Weisung ziemlich dehnbar. Der König, so hieß es, habe keine Macht, den Abzug der Österreicher zu erwirken, doch sollten die Franzosen möglichst während der Verhandlungen dort keine Angriffe unternehmen. Im ganzen gesehen, lief diese Instruktion darauf hinaus, die Grenzen im Westen nicht nach außen hin endgültig preiszugeben, sie aber auch nicht in Zukunft mit eigenen Kräften verteidigen zu müssen, die Verantwortung für ihre Preisgabe nicht, oder wenigstens nicht allein zu tragen, das Verhältnis zu Österreich nicht noch weiter zuzuspitzen und an der Weichsel zu suchen, was am Rhein nicht mehr zu finden war.

Der Kurier hatte Potsdam kaum verlassen, als am 1. Februar der Prinz Heinrich in einem ausführlichen Exposé den König davon zu überzeugen suchte, daß selbst ein erfolgreich verlaufender vierter Feldzug die strategische Gesamtlage nicht wesentlich bessern konnte [49]. Hinter seinem zur Schau getragenen, vorsichtigen Abwägen aller für Krieg oder Frieden sprechenden Argumente stand fester denn je der Verzicht auf die linksrheinischen Gebiete der Monarchie, den der Prinz zwar schmerzlich nannte, der aber, wie er bemerkte, der preußischen Ehre nicht zuwider sei. Es darf als sicher angenommen werden, daß diese Niederschrift den Ministern, in erster Linie Haugwitz, zugänglich gemacht wurde und in den

---

[49] Exposé sur la guerre et sur la paix, 1. 2. 1795; Ranke, Hardenberg, V, 49–56 und Krauel, 96 ff.

ersten Februartagen eine gewisse Rolle gespielt hat. Sie hat wohl mit dazu beigetragen, daß das Ministerium angesichts der drohenden Gefahr eines französischen Einmarsches mit Erfolg den König veranlaßte, auf vorhergehende Waffenstillstandsverhandlungen zu verzichten und unmittelbar einen Friedensvertrag anzustreben[50]. Hinzu kam noch ein zweites: das Schicksal der Festung Mainz trat in den Überlegungen jetzt plötzlich zurück gegenüber der Furcht vor einem Angriff im Norden. Man war bereit, jede Verbindung mit der Koalition zu lösen und im eigenen Landesinnern Stellungen zu beziehen, sofern man nur nicht von den Franzosen behelligt wurde. Mit verschiedenen nord- und mitteldeutschen Ständen einigte sich der König auf einen Defensivplan, der auch dem französischen Unterhändler zur Betonung der friedlichen Absichten enthüllt werden sollte. Er entschloß sich nämlich, endgültig die Mittelrheinstellung aufzugeben und sein Heer auf eine etwa von Hanau bis Lippstadt reichende Verteidigungslinie zurückzuziehen. Dabei hoffte er, daß sich diese Linie durch englisch-hannoversche Mithilfe würde bis Emden verlängern lassen. Falls sie nicht zu halten wäre, dachte er an eine zweite, etwa von Würzburg über Paderborn nach Bremen verlaufende, eventuell sogar an eine dritte, die von Bamberg über Münden bis Bremen führen könnte.

Diesen Plan hatte Goltz dem Gesandten Barthélemy zu erläutern [51]. Nimmt man hinzu, daß sich der König auch mit der Ablehnung der Friedensvermittlung abfand, so kann man hier nur von einer weitgehenden Kapitulation sprechen – in einem Augenblick, als Frankreich zu verstehen gab, daß es willens war, sich das linke Rheinufer gegebenenfalls auch gewaltsam anzueignen.

Dann trat in Basel ein Ereignis ein, das den Friedensschluß noch einmal hinauszögern mußte. Als gichtkranker Mann war Goltz im Dezember von Magdeburg aus aufgebrochen. Schüttelfrost, Fieber, Verdauungsstörungen hatten ihm im Januar so zugesetzt, daß er außerstande war, die Berichte an den König selbst zu schreiben. Ischias, Rheuma und ein heftiger Katarrh hatten ihn bald ans Bett gefesselt. Am 4. Februar deutete ein Erstickungsanfall die beginnende Krise an. Erst am Abend dieses Tages war er aus tiefer Bewußtlosigkeit erwacht [52]. Dann wurde sein Zustand bald hoff-

---

[50] Weisung an Goltz, 6. 2. 1795 (Pr. G. St. A.); vgl. auch Kaulek, V, 77 ff.

[51] Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 11. 2. 1795 (Kaulek, V, 71); Bacher an den W. F. Ausschuß, 15. 2. 1795 (Kaulek, V, 73).

[52] Ranke, I, 241, 263, 279; Vivenot, Sachsen-Teschen, II, 2, 70 f.; Schlumberger, 221; Ochs, VIII, 174; Sorel, Rev. hist., V, 353, Anm. 2; Meyerinck an den König, 30. 1. 1795; Bulletin der Ärzte vom 5. 2. 1795, 9 Uhr; Harnier an den König, 3. 2. 1795; Meyerinck an den König, 5. 2. 1795 nebst P. S.

nungslos. Ein unaufhaltsamer Kräfteverfall setzte ein. In der ersten Morgenstunde des 6. Februar war Goltz verschieden. Nach dem Gutachten seiner Ärzte Mieg und Socin war die Krankheit wohl nur deshalb tödlich verlaufen, weil sie einen schwachen und verbrauchten Körper vorgefunden hatte. Am 8. Februar wurde Goltz in der Nähe der französischen Kirche zur letzten Ruhe gebettet [52a]. Über seinen Tod verbreiteten sich sofort die widersprechendsten Gerüchte. Einmal hieß es, österreichische Agenten hätten ihn vergiftet; dann wieder sollte ein Unbekannter ihm vergifteten Tabak zugeschickt haben. Die Leichenschau ergab indes keinerlei Anhaltspunkte für die Richtigkeit all dieser Gespräche.

In Basel wurde sein Tod allgemein betrauert. In vorurteilsloser Betrachtung der Revolution habe Goltz, wie Ochs an Haugwitz schrieb, es verstanden, zum Besten beider Mächte Intrigen zu entwirren und als Meister des Wortes die Wahrhaftigkeit seiner Motive zu erhellen, und auch Barthélemy würdigte teilnahmsvoll die lautere Gesinnung des Toten [53]. Allein die Zeit drängte. Aus Furcht, die Feinde des Friedens könnten in Berlin den Monarchen noch einmal umstimmen, entsandte Harnier noch vor Goltz' Tod einen Eilboten nach Potsdam mit dem Auftrag, die Ernennung eines neuen Bevollmächtigten als «bereits nahezu notwendig» hinzustellen. Er sah sich dabei von Ochs unterstützt, der sich seinerseits darum bemühte, die Bevollmächtigung Harniers bei Haugwitz zu erwirken [54].

Am 17. Februar kamen die letzterwähnten Berliner Weisungen in Basel zur Sprache [55]. In der Mainzer Frage hatte Preußen praktisch nachgegeben, und bezüglich des gesamten linken Rheinlandes

vom Abend des gleichen Tages; Harnier an den König, 9. 2. 1795; Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 9. 2. 1795 (Kaulek, V, 68); Meyerinck an den König, 7. 2. 1795. Vgl. auch einen Brief Peter Vischers an den Ratsherrn Hirzel in Basel vom 6. 2. 1795 bei Schlumberger, 221 f. – sämtliche Akten preußischer Herkunft im Pr. G. St. A. – Mit unsachlichen Bemerkungen über Goltz' Tod ist es nicht getan. Vivenot hatte da z. B. geschrieben, die fetten Tafeln, die vollen Gläser und der geheime Ärger über die französischen Fortschritte in Holland könnten als die natürlichen Ursachen seines Todes betrachtet werden (Sachsen-Teschen, II, 2, 71).

[52a] Vgl. Gustav Steiner, Tod des Grafen von der Goltz in Basel, 1795 (Basler Jahrb. 1937, 118–122), druckt die Beschreibung seines Begräbnisses in den Aufzeichnungen des Daniel Burckhardt-Wildt ab.

[53] Steiner, 435 ff.; Kaulek, V, 63.

[54] Der W. F. Ausschuß an Barthélemy, 9. 2. 1795 (Kaulek, V, 67); s. auch Steiner, 435 ff. Haugwitz' wortreiche Antwort bei Steiner, 441 ff. Ochs war nach diesem Brief von den friedlichen Absichten des Berliner Hofes mehr denn je überzeugt (an Meister, 7. 4. 1795, Steiner, 443).

[55] Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 29 pluviôse (17. 2. 1795) bei Kaulek, V, 80; vgl. zum folgenden auch Sorel, Rev. hist., VII, 32 ff.

brauchte Barthélemy einen letzten Widerstand Harniers nicht zu befürchten. Dieser führte nichts anderes als ein Rückzugsgefecht: Preußen werde sich einer Abtretung des linken Rheinufers nicht widersetzen, erklärte er, aber eine solche Abtretung hinge doch in erster Linie vom Reich ab. Sollte der allgemeine Friede dereinst diese Grenze zubilligen, so wären auch die preußischen Lande mit einbegriffen. Käme Frankreich aber nicht zum Ziel, so müsse es auch Kleve wieder herausgeben. Preußen wünsche nichts anderes als einen verkleideten Waffenstillstand, eine Art vorweggenommenen Frieden für seine rechtsrheinischen Territorien und alle diejenigen Lande, die es unter seinen Schutz nehmen wolle. In einem Schreiben an Meyerinck vom 13. Februar hatte Möllendorff den für die künftigen Verhandlungen so bedeutsamen Vorschlag gemacht, sich auf eine Neutralitätslinie zu einigen. Als Harnier diesen Vorschlag erläuterte, merkte er, wie günstig der Franzose ihn aufnahm.

Auch der Ausschuß bejahte in einem Reskript vom 22. Februar Möllendorffs Plan einer Neutralitätslinie. In Paris sah man in ihm eine Möglichkeit, die Verhandlungen zu beschleunigen. Der Feldmarschall möge sich zurückziehen, erklärte man, und die Franzosen würden ihm in angemessenem Abstand folgen und ohne triftigen Grund keinen Zusammenstoß mit ihm suchen. Das Mainzer Problem erledige sich dann von selbst, und die Neutralitätslinie stelle für Preußen und seinen norddeutschen Anhang die konsequente Fortsetzung der Politik der Trennung von der Koalition dar. Hier lag das bis dahin wichtigste Ergebnis der Verhandlungen. Es wurde freilich erkauft mit der – zunächst noch verkleideten – Preisgabe des linken Rheinufers durch Preußen. Es hatte sich erwiesen, daß von Frankreich ein wirklicher Beitrag zu einer Verständigung kaum zu erhoffen war. Wollte Preußen den Frieden, so hatte es selbst und nicht Frankreich das Opfer zu bringen. Niemand dachte daran, daß der Staat immer noch seine Armee in die Waagschale des Schicksals zu werfen hatte. Alle waren bemüht, den Abschluß des Friedens nicht durch eine hartnäckige Verteidigung früherer Ansprüche zu verzögern. Finckenstein bot alles auf, Harnier sofort mit Weisungen und Vollmachten zu versehen. Vornehmlich auf sein Betreiben wurden noch am 13. Februar diesbezügliche Vorschläge der Minister dem Könige zugeleitet [56]: schon sah man einen Frieden sich abzeichnen, wenn Frankreich sich nicht noch in letzter Stunde in die polnischen Angelegenheiten mischte. In der Frage der Gebietsabtretung war man zu Zugeständnissen bereit: Harnier sollte darauf hinweisen, wie sehr es dem König widerstrebe, sich auf Kosten der

[56] Niederschrift Finckensteins vom 11. 2. 1795 und Schreiben der Minister an den König, 13. 2. 1795 (Pr. G. St. A.).

Reichsstände zu entschädigen, wie sehr sein Ansehen dadurch leide und wie wenig diese Frage Gegenstand eines preußischen Sonderfriedens sein könne. Er sollte eine Klausel vorschlagen, nach der die Frage der neuen Grenze bis zum allgemeinen Frieden aufgeschoben würde. Wenn alsdann der Rhein diese Grenze bilde, wollte sich der König verpflichten, sich mit Frankreich über den Besitz der betreffenden Gebiete zu verständigen.

Der König stimmte zu, unterzeichnete am 13. Februar die Vollmacht für Harnier, und am 15. erging eine entsprechende Weisung nach Basel [57]. Es konnte sich dabei nur um eine vorübergehende Beauftragung handeln, denn inzwischen hatte sich der Monarch entschlossen, die Verhandlungen von Hardenberg zu Ende führen zu lassen. Dieser wurde bereits für die nächsten Tage in Berlin erwartet, und Harnier sollte schon dem französischen Gesandten seine bevorstehende Ernennung ankündigen.

In Paris zeigte man sich über die stellvertretende Beauftragung Harniers recht befriedigt, wollte man doch zu einem Abschluß kommen, solange Preußen seinen guten Willen zeigte [58]. Möllendorff war mit dem Gros seiner Armee nach Westfalen aufgebrochen. Alles deutete darauf hin, daß er in seinen neuen Stellungen zwischen Lippe und Weser den etwa gegen Emden und Bremen vorgehenden französischen Truppen nicht entgegentreten werde. Barthélemy gewann so allmählich den Eindruck, daß Preußen den Vorgängen auf der linken Rheinseite immer teilnahmsloser gegenüberstehe und man so einer Verständigung nahe sei. Als dann aber die Weisungen vom 15. Februar eine gewisse Zögerung verrieten, alle linksrheinischen Eroberungen ohne weiteres der Republik zu überlassen, stiegen in Paris die Wogen des Mißtrauens schnell wieder empor. Der Ausschuß wies nun noch einmal die Befehlshaber der Armeen an, alle militärischen Maßnahmen ohne Rücksicht auf die Friedensverhandlungen fortzusetzen, ja man war sogar der Ansicht, daß Harniers neue Weisungen den sofortigen Abbruch aller Gespräche rechtfertigen würden [59]. Frankreich von seinem Verlangen nach der Rheingrenze abbringen zu wollen und der Wunsch, die Regelung aller Grenzfragen bis zum allgemeinen Frieden aufzuschieben, entsprach in keiner Weise den Erwartungen des Ausschusses, der doch

[57] Harniers Ermächtigung vom 13. 2. 1795; Weisung an ihn vom 15. 2. 1795; P. S. zur Weisung vom 16. 2. 1795 (Pr. G. St. A.). Siehe auch Kaulek, V, 88 ff. und Ranke, Hardenberg, I, 289.

[58] Der W. F. Ausschuß an Barthélemy, 11. und 12. 2. 1795 (Kaulek, V, 70 und Sorel, Rev. hist., VII, 19). Vgl. auch Harnier an den König, 7. 2. 1795 (Pr. G. St. A.).

[59] Der W. F. Ausschuß an Barthélemy, 11 ventôse (1. 3. 1795) bei Kaulek, V, 92.

eine förmliche Anerkennung der neuen Grenze in den Sonderfrieden mit aufgenommen wissen wollte. Wenn es dann doch nicht in der folgenden Konferenz vom 23. Februar zu einem Bruch kam, so war das vor allem Harnier und Barthélemy zu verdanken. Mehr als einmal wurde durch ihren guten Willen eine kritische Zuspitzung vermieden [60]. Daß Barthélemy gegenüber dem Wunsch des Königs, mit dem Abschluß des Friedens die preußischen Gebiete von den Franzosen geräumt zu sehen, erhebliche Bedenken geltend machte, braucht nicht zu verwundern. Eine solche vorzeitige Räumung wäre von der öffentlichen Meinung Frankreichs heftig verurteilt worden. Nach seiner Kenntnis der Dinge war ein Friede nicht möglich, wenn in dem Vertrage nicht zugleich etwas Genaueres über das Schicksal der besetzten Gebiete Preußens ausgesagt wurde.

Harnier war schmerzlich berührt. Er verwies darauf, daß die sofortige Abtretung von Kleve und Mörs Preußen um jedes Ansehen im Reich bringe. Solange dieses bestehe, sei es Sache der Regensburger Versammlung, über das linke Rheinufer zu befinden. Unmöglich könne der König hier vorgreifen. Seine Einwände blieben auf Barthélemy nicht ohne Wirkung. So gut er konnte, versuchte er, die Ansprüche seiner Regierung zu dämpfen. Frankreich könne, so schrieb er, auch ohne die sofortige Inbesitznahme des linken Rheinufers die Koalition sprengen und mit Preußen Frieden schließen. Er wünschte den Ausschuß davon zu überzeugen, daß den französischen Ansprüchen Genüge geschehe, wenn in dem Frieden mit Preußen einfach ausgesagt werde, Kleve und Mörs folgten beim allgemeinen Frieden dem Schicksal des übrigen linken Rheinlandes [61]. Er erinnerte daran, daß eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten auch für Frankreich die ärgerlichsten Folgen haben konnte, und ersuchte auf Harniers Bitten den Ausschuß um die Übersendung eines Vertragsentwurfes, denn auch Frankreich müsse, meinte er, aus seiner Zurückhaltung hervortreten. Er legte dem Ausschuß sogar einen eigenen Vertragsentwurf vor, der im wesentlichen folgendes enthielt: 1. Preußen widerruft jeden Akt eines Beitritts, einer Einwilligung oder Mitwirkung zur bewaffneten Neutralität gegen Frankreich; 2. Friede und gutes Einvernehmen zwischen beiden Mächten werden wiederhergestellt; 3. Frankreich wird im ungestörten Besitz der linksrheinischen Gebiete Preußens bleiben, bis der Modus der Abtretung durch den allgemeinen Frieden geregelt wird; 4. Frankreich wird die guten Dienste Preußens zugunsten der Reichsstände annehmen, die in eine Verhandlung mit

[60] Sorel, Rev. hist., VII, 37 ff.; Ranke, I, 280; Harniers Bericht vom 24. 2. 1795 (Pr. G. St. A.).

[61] Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 23. 2. 1795 (Kaulek, V, 85).

Frankreich einzutreten wünschen; 5. eine Separatkonvention wird ein Handelsabkommen enthalten.

Der Haltung des Wohlfahrtsausschusses hat Sorel seine besondere Aufmerksamkeit gewidmet [62]. Man befand sich in Paris in einer schwierigen Lage. Zwischen Jakobinern und Royalisten hatten sich Ausschuß und Konvent hindurchzuwinden und sich gleichermaßen zu verteidigen gegen den Vorwurf der geheimen Unterstützung der Royalisten wie der Schwäche der Kriegführung und der Weichheit seiner Diplomatie. Nur durch einen unwiderlegbaren außenpolitischen Erfolg glaubte der Ausschuß, sich aller widerstreitenden Elemente erwehren zu können. Argwöhnisch gehemmt vom Mißtrauen des Konvents, ausgesetzt allen unkontrollierbaren Intrigen und dunklen Gerüchten, in den Gazetten angegriffen und verhöhnt, von Agitatoren verdächtigt und beschimpft, sich nach allen Seiten hin verteidigend: so wird von Sorel die Stellung der in Paris Regierenden gekennzeichnet. In dieser Lage unterzog sich der Ausschuß der Lösung seiner Aufgabe, die siegenden Armeen zu lenken, die Verhandlungen vorwärts zu treiben und der Nation einen glorreichen Frieden zu verkünden. Merlin de Douai hat die vom 1. März datierte Antwort der Regierung redigiert. Bis jetzt habe man aus allen preußischen Verlautbarungen, hieß es in ihr, die Billigung der territorialen Forderungen Frankreichs heraushören können. Jetzt aber zögere Preußen plötzlich, indem es die Regelung der Grenzfrage dem allgemeinen Frieden vorbehalten wolle, sich von der Koalition zu trennen. Das Mißtrauen Frankreichs sei also berechtigt. Man müsse Vorbereitungen treffen und zu den ursprünglichen Instruktionen zurückkehren, d. h. unerachtet aller Verhandlungen die militärischen Operationen fortsetzen.

Mochten die Minister des Königs auch ihre Bestürzung über diese Antwort nicht verbergen, es läßt sich nicht bestreiten, daß dem von Merlin ausgesprochenen Verdacht eine gewisse Berechtigung zugrunde lag. Wenn nicht alles trügt, hatte der Monarch noch immer nicht die Hoffnung begraben, sich eines Tages mit seinen einstigen Verbündeten wieder auszusöhnen. So jedenfalls sah auch Malmesbury in Briefen vom 3. und 26. Februar an Grenville die Lage, nämlich daß sich angesichts der Gebietsforderungen Preußen auf einen neuen Waffengang an der Seite der Verbündeten vorbereitete. Tatsächlich hat es damals nicht an Versuchen gefehlt, den König der alten Mächtegruppierung wieder zuzuführen. Als der Herzog von Braunschweig zur Klarstellung der Absichten des Berliner Hofes einen Vertrauten, den Herrn von Riedesel, nach Potsdam schickte,

---

[62] Siehe hierzu besonders Sorel, Rev. hist., VII, 40 ff.

konnte dieser sehr deutlich bemerken, wie gern der König wieder an der Spitze seines Heeres auf der Seite der Verbündeten gekämpft hätte [63]. Lord Spencer erschien in Berlin mit dem ziemlich unverblümt vorgetragenen Auftrag, neue Gelder für die Fortsetzung des Kampfes in Aussicht zu stellen. Der Prinz Heinrich wies indes beide recht unfreundlich ab: die Hilfsquellen seien erschöpft, selbst neue Subsidien könnten die bisherigen Verluste nicht ausgleichen; die Friedenssehnsucht des Volkes, die drohende Haltung Österreichs an der polnischen Grenze und die gespannten Beziehungen zu Rußland und Schweden hätten Preußen zwangsläufig auf die Bahn des Friedens mit Frankreich gewiesen [64].

Der Prinz hielt sich für verpflichtet, sich so zu äußern. Denn schon beschäftigte sich der König so stark mit einem vierten Feldzug, daß er die Ausfuhr von Getreide mit dem Hinweis verbot, man werde es für eine weitere Kampagne nötig haben und nicht in der Lage sein, es alsdann zu erhöhten Preisen zurückzukaufen. Und Spencer schrieb an Grenville, der König brenne vor Begierde, einen weiteren Feldzug gegen die Revolution zu unternehmen, sofern England ihn nur finanziell unterstützte.

Dieser Phase im Ringen um die Person des Königs müssen wir gedenken, wollen wir jenen diplomatischen Rückzieher verstehen, der zu der Weisung vom 15. Februar und zu Harniers Konferenz vom 23. geführt hat. Der Monarch bäumte sich offenbar noch einmal gegen alle Ansprüche des Gegners auf und schien für Augenblicke entschlossen, jede Gebietsabtretung abzulehnen. Aber wiederum setzten sich die Minister durch und fanden den Kompromiß, von dem in jener Weisung die Rede war. Denn sie hielten es für eine Utopie, Frankreich je zum Verzicht auf das linke Rheinufer bewegen zu können. Als Möllendorff Anfang März in Basel durch Meyerinck erklären ließ, er werde ganz Westfalen von frankreichfeindlichen Truppen säubern und dafür sorgen, daß die Hannoveraner inaktiv blieben und die Engländer sich alsbald einschifften, daß er selber aber die besten Beziehungen zu Pichegru pflegen werde, da griffen Bacher und Barthélemy diese Eröffnungen erleichtert auf, und ihre Berichte beweisen, wie sehr ihnen daran gelegen war, daß auch der Ausschuß ein gewisses Entgegenkommen zeigte [65]. Insbesondere

---

[63] Heigel, II, 172; Ranke, Hardenberg, I, 282; Massenbach, II, 98.

[64] Spencer an Grenville, 28. 2. 1795 (Herrmann, 511 und Krauel, 100). Über Prinz Heinrich s. auch Massenbach, II, 84 u. 90 f. Riedesels Bericht an den Herzog, 8. 2. 1795 (Ranke, I, 282 f. und Krauel, 99).

[65] Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 13 ventôse (3. 3. 1795) und 20 ventôse; Bacher an den W. F. Ausschuß, 12 ventôse (Kaulek, V, 93 ff.); Möllendorff an Meyerinck, 4. 3. 1795 (Pr. G. St. A.). Vgl. auch Sorel, Rev.

Barthélemy wies darauf hin, daß Preußen den französischen Gebietsforderungen entsprechen wolle und nur nach einem Modus suche, der die Abtretung als nicht zu schmachvoll erscheinen lasse. Er wie Bacher waren daher peinlich betroffen, als das Reskript vom 1. März in Basel eintraf und der Ausschuß alle Operationen fortzusetzen befahl. Um die Verhandlungen nicht zu gefährden, wandte sich Bacher an Pichegru mit der Bitte um eine versöhnlichere Befolgung der ihm übermittelten Befehle, und Barthélemy suchte den Ausschuß noch einmal zu bewegen, die Grenzregulierung bis zum allgemeinen Frieden aufzuschieben. Er fügte seinem Bericht vom 6. März ein Mémoire Bachers bei, betitelt «Réflexions sur l'état actuel de la négociation», in welchem an das preußische Angebot erinnert wurde, mit Sachsen, Hessen und Hannover bis zum allgemeinen Frieden in der Defensive zu verharren. Dadurch werde, so hieß es weiter, eine Armee von 100 000 Mann neutralisiert und Norddeutschland dem französischen Handel wieder geöffnet. Die Sambre-Maas-Armee könne sich mit der Rheinarmee gegen die Österreicher verbinden, während umgekehrt eine Ablehnung der preußischen Vorschläge die Fortsetzung des Krieges mit Preußen als einer europäischen Großmacht bedeute.

Da traf in Basel ein vom 10. März datiertes Reskript ein, in welchem der Ausschuß seine Ansichten zusammenfaßte [66]. Als Wichtigstes enthielt es einen Vertragsentwurf, der als das äußerste hingestellt wurde, was angenommen werden konnte. Im einzelnen handelte es sich um folgende Punkte: 1. Frieden und gutes Einvernehmen sollten zwischen beiden Mächten wiederhergestellt werden; 2. mit der Ratifizierung des Vertrages hätten alle Feindseligkeiten aufzuhören und sei die Gestellung von Kontingenten und militärischen Subsistenzmitteln einzustellen; 3. beide Mächte dürften nicht den Durchzug einander feindlicher Truppen durch ihr Territorium gestatten; 4. Preußen hätte alle seine Streitkräfte aus seinen rechtsrheinischen Gebieten bis auf Friedensstärke zurückzuziehen; 5. Frankreich würde innerhalb von vierzehn Tagen nach der Ratifizierung die besetzten rechtsrheinischen Gebiete Preußens räumen; 6. Mörs, Kleve und Geldern sollten zunächst weiter von den Franzosen besetzt und beim allgemeinen Frieden analog den übrigen Reichsständen auf dem linken Rheinufer behandelt werden; 7. bis zum Abschluß eines Handelsvertrages sollten alle Handelsverbindungen auf den Vorkriegszustand zurückgeführt werden; 8. die

---

hist., VII, 51. Ferner Barthélemys Berichte vom 6. und 9. März bei Kaulek, V, 98 ff. und 104. Sorel, Rev. hist., VII, 46; Ranke, I, 285.

[66] Kaulek, V, 105 ff.; Sorel, Rev. hist., VII, 52 ff. Kopie im Pr. G. St. A.

Partner verpflichteten sich zum Austausch der Kriegsgefangenen; 9. Frankreich sei bereit, die guten Dienste Preußens zugunsten derjenigen Fürsten und Stände anzunehmen, die unmittelbar mit ihm in Verhandlungen zu treten wünschten. In einem Geheimartikel wurde noch der Wunsch ausgedrückt, Preußen möge sich entweder zu einer bewaffneten Neutralität verpflichten oder mit Schweden und Dänemark eine Offensiv- und Defensivallianz eingehen. Im ganzen betrachtet, hatte der Ausschuß offenbar nur sein Verfahren, niemals aber seine Ziele aufgegeben. Man bedurfte eben auch in Paris einer schnellen Unterzeichnung des Vertrages. Wie man aber in Wahrheit dachte, war einer Zuschrift an Barthélemy vom 16. März zu entnehmen: man wünsche keine Verzögerung, hieß es hier, denn diese hindere nur die militärischen Maßnahmen. Alles vermeiden, was auf eine Schwächung Preußens ziele, sei ein sehr befremdender Vorschlag, vor allem wenn man die Vergrößerungen bedenke, die Preußen sich anderswo verschafft habe [67]. Wollte der Ausschuß nun die Forderungen des Konventes vertreten, dabei aber auch in etwa das Ansehen des preußischen Königs schonen, so blieb ihm nichts anderes übrig, als sich der verfemten Methode der Geheimdiplomatie zu bedienen.

Es war vornehmlich Cambacérès' Aufgabe, die Befugnisse des Ausschusses gegenüber dem Konvent zu verteidigen und zu erweitern. Am 3. März legte er der Versammlung ein diesbezügliches Dekret vor [68]. Als Merlin de Thionville ausrief: «Nur das sind die Feinde des Friedens, die nicht wollen, daß es Geheimartikel in den Verträgen gibt», und als er erklärte, daß es unmöglich sei, die Koalition zu sprengen, ohne Geheimpakte mit den einzelnen Mächten abzuschließen, hatte der Ausschuß gewonnen. Am 17. März nahm der Konvent ein Dekret an, das den Ausschuß ermächtigte, Präliminar-, Separat- und Geheimabkommen zu treffen sowie Waffenstillstands- und Neutralitätsverträge zu schließen. Damit hatte der Ausschuß die Möglichkeit, die Ansprüche der Nation unnachgiebig zu vertreten und doch das Ansehen des Königs von Preußen vor der ärgsten Erschütterung zu bewahren. – Als der Konvent dem Ausschuß diese Kompetenz übertrug, weilte Hardenberg schon in Basel. Er sollte nun das letzte Stück Weges zum Frieden zu durchmessen haben.

---

[67] Der W. F. Ausschuß an Barthélemy, 29 ventôse (19. 3. 1795) bei Kaulek, V, 116; ferner am 2 germinal (22. 3. 1795) bei Kaulek, V, 123 f.; siehe auch Sorel, Rev. hist., VII, 63 ff.; außerdem das Reskript vom 26 ventôse (Kaulek, V, 111).

[68] Siehe hierzu Sorel, Rev. hist., VII, 55; über Cambacérès vgl. das Buch von Thiry.

Fünftes Kapitel

Die Berufung Hardenbergs

Karl August von Hardenberg, aus hannoverschemAdel geboren, in den Annalen der preußischen Geschichte verewigt wie vor ihm kein anderer Staatsmann, war ein Meister der Verhandlung und des elastischen Lavierens, ein fein berechnender Diplomat, der den Erfolg suchte und darum in seiner Laufbahn nicht selten Konzeptionen und Ziele wechselte, ohne ernsthaft von diesem Wechsel berührt zu sein. Sein politischer Ehrgeiz sollte in Preußen seine Befriedigung finden. Hier galten Macht und Ordnung, und in diesem Staatswesen sah er mehr und mehr den Kristallisationspunkt für die norddeutschen Stände. Von dieser norddeutsch-preußischen Basis aus, die mit aufklärerisch-protestantischer Denkungsart eine glückliche Verbindung einging, verfolgte er auch die Schicksale des Reiches, wobei er sich immer deutlicher von den reichskonservativen Auffassungen seiner welfischen Zeit abhob, um sich mehr und mehr von den Erfordernissen des preußischen Machtstaates lenken zu lassen. Seiner Herkunft nach ein Vertreter monarchistischer Regierungsformen und als Aristokrat ein Gegner demokratischer Methoden in Gesetzgebung und Verwaltung, hat er jedoch seine Grundsätze niemals einseitig verabsolutiert, sondern ist in mancher Hinsicht den Ideen der Revolution sogar sehr zugänglich gewesen. Erst als die revolutionäre Propaganda sich über Deutschland ergoß und die aristokratische Ordnung selbst umzustürzen drohte, stellte sich Hardenberg entschlossen auf die Seite der alten Mächte. Seine Abneigung gegen das Haus Habsburg schwand in dem Maße, wie er sich von der Notwendigkeit einer Solidarität der gefährdeten Throne überzeugte. Das stolze Gefühl, im Rahmen der europäischen Gemeinschaft die preußische Großmacht zu vertreten, verband sich bei ihm mit der inneren Verpflichtung, auch für des Reiches Schutz und Fortbestand Sorge zu tragen. Seine Wirksamkeit in den fränkischen Fürstentümern hatte ihn einen tiefen Blick in die absonderlich komplizierten Verhältnisse des alten Reiches tun lassen. Sein Dienst an Preußen ist in jenen Jahren nicht ohne den Blick auf die unwägbare Wirklichkeit der durch das altdeutsche Kaisertum repräsentierten politischen Ordnung Mitteleuropas zu verstehen. Das eine war ohne das andere nicht zu denken. Was Preußen tat, durfte nicht ohne Rücksicht auf das Reich geschehen. Das Reich war in seinen Augen vielmehr ein Revier aktiver preußischer Betätigung. Und doch fiel, da vom

Reich keine großen Kriegsanstrengungen mehr zu erhoffen waren und die Stände in ihrer Ohnmacht immer einhelliger in Preußen ihren Beschützer erblickten, seine Reichspolitik letztlich wieder mit seiner Preußenpolitik zusammen. So wünschte er den Einsatz aller preußischen Machtmittel, um im Dienste für dieses Reich das Schicksal der Stände an dasjenige Preußens zu ketten und nach dem Kriege nicht ohne reiche Entschädigung diese Hegemonialpolitik zu festigen [1].

Mit diesen Ansichten stand er dem König näher als alle Minister. Wie kein anderer hatte er sich für die Fortsetzung des Krieges eingesetzt. Unentwegt suchte er nach neuen Aushilfen, um Geld herbeizuschaffen und um Preußen nicht dem Reich und das Reich nicht seinem Könige entgleiten zu lassen. Ohne amtlichen Auftrag bemühte er sich um Anleihen, um militärisch stark zu sein, wenn, wie er sich das wünschte, die vorderen Reichskreise an Preußen um die Vermittlung eines Friedens herantraten [2]. In der Tat erreichte er es, daß sich schon im November 1794 eine ganze Reihe von Ständen und Kreisen mit einer diesbezüglichen Bitte an den König wandte. Was ihm damals zeitweilig als wünschenswerteste Lösung vorschwebte, war ein allgemeiner Friede, der das Reich mit umfaßte und nur so Preußens Rücktritt vom Kriege erst rechtfertigen konnte. Nicht zuletzt wurde durch seine Bemühungen ein Waffenstillstand unter preußischer Vermittlung ein weithin hörbares Richtwort des Tages [3].

Aber Hardenberg wußte um die Schwierigkeiten einer umfassenden Friedensregelung unter preußischer Führung. Darum bemühte er sich auch ständig, neue Kräfte für eine vielleicht doch noch erzwungene Fortsetzung des Krieges zu sammeln. Den Frieden mit einer Preisgabe des linken Rheinufers zu erkaufen, war ihm um die Jahreswende noch ein unerträglicher Gedanke. So stand im Hintergrund seiner Gedanken immer zugleich auch die Weiterführung des Kampfes. Darin wußte er sich mit seinem König einig, als er sich anschickte, eine 10-Millionen-Gulden-Anleihe bei den Kreisen aufzulegen. Die Zeit drängte. Nach seinen

---

[1] Vgl. Hardenbergs Berichte vom Beginn des Jahres 1794 (Pr. G. St. A.).

[2] Hardenberg an den Landgrafen von Hessen-Kassel, 5. 11. 1794 (Pr. G. St. A.). Ferner P. Hassel, Das Verhältnis Kursachsens zu den Präliminarien des Basler Friedens 1794/95 (N. A. f. sächs. Gesch. u. A. Kunde, 12, 1891, S. 213); Zierke, 45 ff. und Frankenstein, 195 f.

[3] Vgl. beispielsweise die Beschlüsse der von allen regierenden Agnaten beschickten nassauischen Hauskonferenz von Mitte Februar 1795 in der Arbeit von E. Schwarz, Rechtsrheinisch Nassau, die Mächte und das Reich im Jahre 1795, Diss. Berlin, 1915, S. 16 ff.

Berechnungen waren für die Fortsetzung des Krieges bis zum Mai 1795 rund 8 Millionen Gulden erforderlich. Hessen-Kassel hatte ihm 1,8 Millionen in Aussicht gestellt. Von Frankfurt hoffte er zwei Millionen zu bekommen [4]. Von manchen Ständen liefen die Antworten nur zögernd ein; im ganzen besehen, blieb Hardenberg aber vorerst optimistisch angesichts des guten Willens so mancher kleiner Stände wie Ysenburg oder Nassau-Usingen.

Diese verhältnismäßig günstig klingenden Berichte nahm der König dankbar entgegen. In der Hoffnung, so die Rheinarmee wenigstens über den Winter zu bringen, ermächtigte er unterm 13. Dezember seinen Minister, ein Darlehen bis zu einer Höhe von 10 Millionen Gulden zu 4½% aufzunehmen und den Gläubigern eine noch näher zu bestimmende Sonderhypothek zu bewilligen [5].

In Wirklichkeit war jedoch eine so hohe Summe nicht so schnell zu haben. Das ganze Geschäft zog sich unerquicklich in die Länge. Bis Anfang Januar war erst eine Million gezeichnet worden. Den günstigsten Widerhall hatte die Anleihe noch in Frankfurt gefunden. Aber auch hier stellten sich bald Schwierigkeiten ein. Mit der Höhe der Summe stieg der Reiz, Wucher zu treiben. Viele Geldleute hatten ihre Kapitalien im Ausland angelegt. Hatten sich die kleineren Stände recht willig gezeigt, so hatten die größeren vielfach versagt [6]. Kurmainz und Baden verwiesen auf ihre leeren Kassen. Hessen-Kassel hatte die versprochenen 1,8 Millionen noch nicht zur Verfügung gestellt. In Darmstadt wollte man sich zunächst mit den Landständen beraten. Von Kurköln und Kurtrier, von Würzburg, Bamberg, Sachsen-Weimar, Gotha, Koburg, Meiningen u. a. war nichts zu erhoffen. Manche ließen überhaupt mit ihrer Antwort auf sich warten. Der fränkische Kreis hatte zwar eine halbe Million anbieten lassen, daran aber so ungünstige Bedingungen geknüpft, daß Hardenberg das Angebot entrüstet zurückwies. Hardenberg sah schließlich nur noch einen Weg, näm-

---

[4] Schonungslos schilderte Hardenberg z. B. dem Frankfurter Magistrat den Ernst der Lage (Promemoria vom 7. 12. 1794 i. Pr. G. St. A.). Preußen könne unmöglich die Kriegskosten allein bestreiten. Werde es nicht unterstützt, so müsse es im Januar sein Heer zurückziehen. Nur eine Anleihe von einigen Millionen Gulden könne eine weitere Verwendung preußischer Truppen im Westen ermöglichen. In ähnlicher Weise trat er auch an die übrigen Stände heran (Hardenberg an den König, Frankfurt, 7. 12. 1794; Pr. G. St. A.).

[5] Der König an Hardenberg, 13. 12. 1794 (Pr. G. St. A.).

[6] Es hatten z. B. gezeichnet: Nassau-Usingen 50 000, Ysenburg 60 000, Thurn und Taxis 30 000, Nassau-Weilburg 25 000, der Graf von Stolberg-Wernigerode 9000, das Kloster Ebrach 50 000, das Kloster Banz 20 000, ein jüdischer Verpflegungskommissar namens Pfeiffer 40 000 Gulden.

lich Lieferungen von den widerspenstigen Ständen zu fordern. Er erinnerte daran, daß auch Frankreich einst im Siebenjährigen Krieg durch drastische Naturalforderungen seine Verpflegungsschwierigkeiten hatte lösen können und daß Österreich jetzt in Schwaben etwas Ähnliches tat. Auch Preußen sollte nun so verfahren, nicht zuletzt, um dadurch die geistlichen Stände aus ihrem Hochmut und ihrer Gleichgültigkeit zur Pflicht zurückzurufen [7]. Als Struensee, dem die Anleiheverhandlungen Hardenbergs geradezu ein Dorn im Auge waren, vom König am 10. Januar eine Kabinettsorder erwirkte, die Hardenberg jede weitere Verfolgung aller Geldgeschäfte in Frankfurt untersagte, wandte sich dieser in gerechter Empörung gegen die Vorwürfe des Finanzministers [8]. In Frankfurt und an anderen Orten hatte er bislang über 11,6 Millionen Gulden für die Kriegführung flüssig gemacht. Ohne jede Provision waren diese Summen unmittelbar den Feldkassen zugeflossen. Soeben erst hatte er bei der Bank in Ansbach eine vierprozentige Anleihe von einer Million aufgelegt. Es war verständlich, daß er sich nun durch Struensees Vorwürfe in seinem Patriotismus aufs tiefste gekränkt fühlte. Aber er war nicht der Mann, der sich mit dieser Entwicklung widerspruchslos abfand. Unzweideutig gab er in Berlin seine Auffassung zu erkennen. Die Ehre Preußens verbiete eine Allianz mit Frankreich, schrieb er Mitte Januar in einem Mémoire; ein Friede sei zwar notwendig, aber man müsse die friedenswilligen Reichsstände mit einbeziehen und nur mit Zustimmung der bisherigen Verbündeten einen Frieden suchen. Diese wiederum sei nur zu erhoffen, wenn Preußen dem Reiche die Rheinlande erhalte. Sei Frankreich nicht zum Frieden auf dieser Basis bereit, so verfolge es auch gegen Preußen seine alten Ziele; und damit werde die Fortsetzung des Krieges unvermeidlich. Man müsse eine gehörige Streitmacht bereithalten und kompromißlos die Beibehaltung des linken Rheinlandes verfechten. Ein Sonderfriede als isolierter Schritt der preußischen Politik sei völlig untragbar. Auch im äußersten Fall habe der Monarch wenigstens als Kurfürst von Brandenburg sein Reichskontingent fernerhin zu stellen [9]. Wie seine Berichte erweisen, war Hardenberg zu Beginn des Jahres 1795 noch recht weit von den Auffassungen Möllendorffs entfernt, wie er ja überhaupt alle politischen Erwä-

---

[7] Hardenberg an Haugwitz, 3. 1. 1795 (Pr. G. St. A.).

[8] Weisung an Hardenberg vom 10. 1. und Hardenberg an den König, 16. 1. 1795 (Pr. G. St. A.).

[9] Berichte Hardenbergs vom 24. 1. und 18. 2. 1795 (Pr. G. St. A.). Vgl. auch sein Mémoire vom 13. 1. 1795 (Pr. G. St. A.) sowie Zierke, 61; Ranke, I, 249.

gungen des militärischen Oberkommandos seit Jahr und Tag argwöhnisch verfolgte. Eine Annäherung an Frankreich lag nur insofern in seinem Programm, als sich durch sie eine im Augenblick noch nicht klar zu überschauende Möglichkeit bot, die Stellung Preußens im Reich zu erhöhen. In ihm war das Bewußtsein lebendig, daß Preußen doch auch ein unlösbares Glied des größeren Reiches sei und die Aufgabe mit übernommen habe, es zu verteidigen gegen alle Angriffe aus dem Westen. Zugleich aber hatte er auch ein sicheres Gefühl dafür, daß im Wandel der geschichtlichen Erscheinungsform deutscher Staatlichkeit Preußen an Österreichs Stelle zu treten habe und es darum das Reich in den Dienst seiner staatlichen Machtinteressen stellen dürfe, wie ehedem das Haus Habsburg es auch getan.

Hardenberg war der Mann, den der König für die Fortsetzung der Basler Verhandlungen ausersehen hatte. Es war die erste große diplomatische Aktion seiner Laufbahn. In der Technik des Verhandelns, in dem vorsichtigen Abtasten aller Möglichkeiten und Widerstände und in dem entschlossenen Zugreifen überall da, wo sich Erfolgsaussichten boten, zeigte er schon hier das Gepräge seiner späteren Staatskunst. Es ist nun freilich sehr bemerkenswert, wie dieser Mann in Basel Bedingungen unterschreiben konnte, zu denen er noch bis unmittelbar vor seiner ersten Begegnung mit Barthélemy in geradezu diametralem Gegensatz gestanden hatte. Sollte er in Basel nur reguliertes Werkzeug des Berliner Ministeriums gewesen sein und unter Zwang unterschrieben haben, was er im Grunde selbst verwarf? Vielleicht hat er in einer Neutralisierung Norddeutschlands in erster Linie die Möglichkeit einer preußischen Hegemonie, die er mit seinen reichspatriotischen Empfindungen für vereinbar hielt, gesehen, und vielleicht hat diese ihn blind gemacht gegen die gefahrvollen Wirkungen des Basler Friedens. Zwar an die Weisungen aus Berlin gebunden, hat er doch dem Frieden sozusagen seinen Stempel aufgedrückt; er ist dann nach der Unterzeichnung bald von dem Vertragswerk abgerückt, aber man darf nicht die Lobsprüche vergessen, mit denen er den unterschriebenen Text seinem König zur Ratifizierung übersandte. Wie man es auch immer betrachtet, ein ungeklärter Rest verbleibt.

Fragen der Verwaltung der fränkischen Fürstentümer, vor allem der in Ansbach-Bayreuth herrschende Widerstand gegen die Errichtung einer preußischen Bank in Franken hatten nach seinem Zeugnis schon im Dezember in ihm die Absicht genährt, sich zur Klärung dieser Angelegenheiten nach Berlin zu begeben. Daß jedoch in Wirklichkeit Struensees Intervention gegen seine An-

leiheverhandlungen ihn bewogen hat, diese Reise zu tun, darf als sicher angenommen werden. Da erreichte ihn die Weisung Haugwitz', unverzüglich zur Entgegennahme von Vollmachten und Instruktionen für die Fortsetzung der Basler Verhandlungen vor dem König zu erscheinen. Am 15. Februar Frankfurt verlassend, reiste er über Ansbach, Nürnberg, Bayreuth nach Potsdam, wo er am 24. eintraf [10].

Der schon mehrfach erwähnte Graf Luxburg hatte über die innerfranzösischen Verhältnisse ihm in einem Tone berichtet, daß Hardenberg sich in seiner entschiedenen Ablehnung der französischen Ansprüche nur bestärkt fühlen konnte [11]. Durfte man Luxburgs Angaben glauben, so war das Volk kriegsmüde und verdrossen. Wirtschaft und Gewerbe lagen darnieder; es mehrten sich die Stimmen, die nach einem konstitutionellen Königtum verlangten. Luxburg hielt es für möglich, in einem energisch geführten vierten Feldzug Frankreich niederzuwerfen. Trotz aller Erfolge würde sich nach seinem Urteil der Konvent zu billigeren Bedingungen bequemen, aber man dürfe dabei nicht selber als friedensbedürftig erscheinen, sondern müsse ihn davon überzeugen, daß man sich nun erst recht rüste, seine Heere zu vernichten. Luxburg hatte die französische Rheinarmee in ihren Stellungen zwischen Hüningen und Landau gesehen. Die Soldaten seien dienstunfähig und kriegsmüde wie die Zivilbevölkerung auch, wußte er zu berichten, und selbst der Befehlshaber habe sich nach dem Stande der Friedensverhandlungen erkundigt. Den Franzosen mit dem nächsten Feldzug zuvorzukommen und sie mit allen Kräften anzugreifen, das war nach Luxburgs Ansicht das einzig unfehlbare Mittel, endlich eine Wendung herbeizuführen.

Diese Mitteilungen waren Hardenberg aus der Seele gesprochen. Sie bestärkten ihn in seiner Auffassung, daß auch in Frankreich das Friedensbedürfnis seinen höchsten Grad erreicht hatte und man trotz aller Mißerfolge in Holland [12] einen vertretbaren Frieden

---

[10] Haugwitz an Hardenberg, 6. und 16. 2. 1795; Hardenberg an den König, 24. 2. 1795; Weisung an Harnier, 15. 2. 1795 (sämtlich i. Pr. G. St. A.). Am 16. 2. bat Haugwitz ihn noch einmal dringend, seine Ankunft zu beschleunigen, da der «Drang der Zeit» seine Anwesenheit unbedingt erfordere.

[11] Luxburgs Gattin war als Geisel nach Metz entführt worden. Um sie zu befreien, hatte sich der Graf zu dem ihm befreundeten Barthélemy begeben und in dieser Angelegenheit auch Teile des östlichen Frankreich bereist (Hardenberg an Haugwitz und an den König, 31. 1. 1795; Luxburg an Hardenberg, 30. 1. 1795 (Pr. G. St. A.).

[12] Über Ursachen und Verlauf der Katastrophe geben die von Vivenot veröffentlichten Dokumente weitgehend Auskunft. (Vgl. bes. Thugut, Clerfayt, Wurmser, Wien, 1869). Der Briefwechsel zwischen dem Kaiser,

erreichen konnte, wenn man nur entschlossen die Vorbereitungen für einen vierten Feldzug betrieb, ohne freilich dabei den Verhandlungsfaden abreißen zu lassen. Er wußte, daß der Monarch seinen Ansichten nahestand, und stimmte mit ihm darin überein, daß das englische Parlament mit allen Mitteln den Kampf fortzusetzen entschlossen war. Darum näherte er sich auch entschieden der These, durch die Wiederaufnahme der Subsidienzahlungen den König zu einem erneuten Einschwenken in den Kreis der Verbündeten bewegen zu können.

Unbegründet waren seine Hoffnungen nicht. Aufmerksam hatte der König aus dem Munde Lord Spencers vernommen, daß in der Tat neue Subsidienangebote Pitts möglich waren. Noch am 28. Februar konnte der Lord aus Berlin seinem Chef nach London berichten, daß Friedrich Wilhelm dem Gedanken an einen weiteren Feldzug immer noch sehr nahe stehe und sich vielleicht doch noch gegen das Ministerium und den Prinzen Heinrich durchsetzen werde [13]. Diese Auffassungen zu stärken, hielt Hardenberg für seine Pflicht, hatte man doch nach seiner Ansicht aus Furcht vor einem Bruch der Verhandlungen schon zuviel Zugeständnisse gemacht. Trotz seiner abweichenden Beurteilung der Lage galt Hardenberg schon seit Monaten bei vielen als der geeignete Friedensunterhändler. Westeuropa, der Rhein und die vorderen Reichskreise waren gleichsam sein Revier. Mit der Kriegslage und den ersten Annäherungsversuchen vom Sommer 1794 genau vertraut, hatte er schon im November neben Goltz im Vordergrund gestanden. Im Lager der Koalition wurde seine Beauftragung freudig begrüßt. Spencer sah in ihm einen Anhänger der alten Allianz und witterte Möglichkeiten, neue englische Angebote wirksam werden zu lassen [14]. Malmesbury notierte am 1. März in sein Tagebuch: «Hardenberg sucht die Verhandlungen hinzuziehen, bis er durch mich weiß, daß England Preußen Subsidien anbietet. Ich bürge dafür, daß ich *ihn* für aufrichtig halte, nicht aber seinen Hof.» Selbst Thugut versprach sich wieder Vor-

---

Clerfayt, Wurmser und Dietrichstein beweist aufs deutlichste, wie sehr vor allem der Kaiser daran festhielt, jene Gebiete zu verteidigen. Immer wieder verlangte er einen eindeutig offensiven Feldzugsplan für das folgende Jahr, vornehmlich gegen Luxemburg und Mainz. (Vgl. Vivenot, 25 ff., 46 f., 48 f. und öfter; ferner P. Hassel, a. a. O., 231 und Hüffer, Ergänzungsband, 141 ff).

[13] Spencer an Grenville, 28. 2., 10. 3., 21. 3., 24. 3. 1795 (Herrmann, 511 ff.). Vgl. auch Ranke, I, 282 f.

[14] Spencer an Grenville, 10. und 24. 3. 1795 (Herrmann, 513 f.). Spencer schrieb u. a.: «Ich vermute, daß ihm Vollmacht verliehen ist, die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen, aber er hat verlauten lassen, daß er sie vorher in die Länge ziehen werde.»

teile. Mit Hardenberg hatte der König sich zweifellos für den geeignetsten Partner entschieden, den er dem klugen Barthélemy gegenüberstellen konnte. Von allen Helfern am preußischen Friedenswerk war er derjenige, der die Problematik der Aufgabe, die dem Unterhändler gestellt war, am klarsten durchschaute.

Am 28. Februar unterschrieb Friedrich Wilhelm Vollmacht und Weisung für ihn [15]. Wären die beiden Dokumente damals bekannt geworden, sie hätten unmöglich Spencers oder Thuguts Beifall gefunden. Die Abtretung der linksrheinischen Besitzungen war darin so gut wie zugestanden. Die ungewöhnliche Wichtigkeit der Verhandlungen, so stand hier zu lesen, habe auf jeden Fall die Fortsetzung der Besprechungen verlangt. Aus Harniers Akten und Instruktionen könne er entnehmen, daß nicht mehr ein Waffenstillstand, sondern der Separatfriede selbst angestrebt werde. Man sei bereit, die Republik anzuerkennen, sich jeder Einmischung in innerfranzösische Angelegenheiten zu enthalten und korrekte diplomatische Beziehungen alsbald wieder aufzunehmen. Die linksrheinischen Besitzungen Preußens betreffend, erinnerte die Weisung zwar daran, daß dieses Sache des Reichsfriedens sei, bis dahin auch die Abtretung der preußischen Gebiete verschoben werden müßte und daß Hardenberg demzufolge prinzipiell an der Unmöglichkeit eines definitiven Arrangements festzuhalten habe. Dann aber kam das Nachgeben Preußens recht deutlich zum Ausdruck: sollten nämlich die Franzosen schon jetzt genauere Bestimmungen über das Schicksal der fraglichen Gebiete verlangen, so sollte Hardenberg diese Ansprüche zwar mit Rücksicht auf das Ansehen der Monarchie vorerst noch geheimhalten, um aber die Verhandlungen nicht zu gefährden, wurde ihm für den äußersten Fall bereits der Entwurf eines Geheimartikels in vier Fassungen mitgegeben, von denen die Fassung d das extremste darstellte, wozu der König bereit war. Alle anderen Punkte traten demgegenüber an Bedeutung zurück. Für die Zeit nach dem Kriege sollte Hardenberg sich gegen das Durchmarschrecht französischer Truppen durch preußisches Gebiet wehren und nach Möglichkeit jede Einmischung Frankreichs in die polnischen Angelegenheiten hintanhalten, vor allem, da der König nach den Worten der Weisung unerschütterlich auf der geplanten Erweiterung seiner Grenzen bis zur Weichsel und zum Narew bestand [16]. Was die guten Dienste

---

[15] Vollmacht und Weisung im Pr. G. St. A. Daselbst auch der Vertragsentwurf.

[16] Auch an dieser Stelle geht aus der Weisung hervor, daß man damals (28. 2.) immer noch keine klare Vorstellung vom Stand der russisch-österreichischen Teilungsverhandlungen bzw. deren Abschluß in Berlin hatte.

des Königs für seine Mitstände betraf, so kam es zunächst darauf an, sich Klarheit über die Absichten der Franzosen zu verschaffen, nicht zuletzt auch, soweit es sich dabei um das Schicksal der österreichischen Niederlande handelte.

Zu dieser Weisung legten die Minister dem König am 1. März eine Ergänzung zur Unterschrift vor. Denn soeben war Harniers Bericht vom 17. Februar eingetroffen, aus dem die Bereitwilligkeit Frankreichs hervorging, jede endgültige Abmachung über die neue Grenze bis zum allgemeinen Frieden aufzuschieben. Daraus folgerte man, daß auch Frankreich an der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung in Norddeutschland interessiert war. So sollte Hardenberg nunmehr eine Demarkations- und Neutralisationslinie vorschlagen, die auf dem rechten Rheinufer von Mainz bis Wesel und Emmerich verlaufen, von dort über Anholt, Bocholt, Borken, Coesfeld nach Münster führen sollte, um dann dem linken Emsufer bis zur Mündung dieses Flusses zu folgen. Der König sollte sich verpflichten, für die Respektierung dieser Linie notfalls auch gegenüber den Engländern zu sorgen. Lehnten die Franzosen sie ab, so war Hardenberg ermächtigt, eine zweite vorzuschlagen, die von der Lahnmündung über Ehrenbreitstein, Wesel nach Emmerich verlief. Äußerstenfalls durfte er noch eine dritte zugestehen: sie sollte verlaufen von Frankfurt über Königstein, Limburg, Altenkirchen, Homburg, Wipperfürth, Lennep, Elberfeld nach Werden, von dort am linken Ruhrufer entlang den Rhein erreichen, diesem bis Emmerich folgen, um im weiteren Verlauf mit den beiden zuerst vorgeschlagenen Linien übereinzustimmen.

Wie sah nun im einzelnen der Vertragsentwurf aus, der Hardenberg mitgegeben wurde? Er betraf folgendes: Friede und gutes Einvernehmen sollten fortan herrschen, Feindseligkeiten, Requisitionen, Beschlagnahmungen aufhören, Kriegsgefangene spätestens zwei Monate nach Austausch der Ratifikationen entlassen werden. Der König wollte sich verpflichten, innerhalb von vierzehn Tagen nach der Unterzeichnung sein Heer zurückzuziehen. Für den vierten Artikel hatte das Ministerium zwei Fassungen entworfen. In der ersten hieß es, daß innerhalb dreier Monate nach Auswechselung der Ratifikationen das gesamte von den Franzosen besetzte Gebiet der Monarchie zu räumen und uneingeschränkt zurückzuerstatten sei, während die zweite Fassung nur von einer Rückgabe der rechtsrheinischen Besitzungen sprach. Darüber hinaus enthielt diese Fassung den sehr wichtigen Zusatz, daß aus militärischen Gründen beide Parteien übereingekommen seien, die linksrheinischen Gebiete Preußens bis zum Reichsfrieden den Franzosen zur Besetzung zu überlassen und daß bis

zu diesem Zeitpunkt jede endgültige Entscheidung über diese Gebiete aufgeschoben werde. Da ferner Preußen mit Abschluß des Friedens als neutral zu gelten hatte, sollten weder französische noch die Truppen anderer kriegführender Mächte preußisches Gebiet betreten dürfen. In einem weiteren Artikel erklärte sich Frankreich bereit, die guten Dienste des Königs für die Wiederherstellung des Friedens mit den Reichsfürsten anzunehmen.

Besonders wichtig waren die geheimen Separatartikel. Vier Fassungen zum ersten dieser Artikel wurden Hardenberg mitgegeben. Die Fassungen a, b, und c sahen ein Übereinkommen vor, nach welchem die Abtretung der linksrheinischen Teile der Monarchie als von dem künftigen Reichsfrieden abhängig anerkannt wurde, diese Frage mithin bis zu diesem Zeitpunkt aufgeschoben werden sollte. Dann wichen die Fassungen voneinander ab. Falls der Reichsfriede den Franzosen den Rhein als Grenze zuerkannte, wollte sich der König freundschaftlich mit Frankreich nach Fassung a über den *Besitz* der preußischen Territorien auf dem linken Rheinufer, nach Fassung b über die *Abtretung* dieser Gebiete verständigen. In der Fassung c wollte er sich verpflichten, diese Lande gegen eine passende Gebietsentschädigung abzutreten. Die Fassung d sah eine Übereinkunft vor dahingehend, daß die endgültige und öffentliche Regelung der Grenzfrage bis zum Reichsfrieden ausgesetzt werden sollte. Falls Frankreich sich dann durchsetzte, wollte der König seine linksrheinischen Besitzungen gegen eine hinreichende Entschädigung abtreten. In dem vorgesehenen zweiten Geheimartikel hatte sich Frankreich zu verpflichten, die Garantie für die anderthalb Millionen Reichstaler zu übernehmen, die der König dem Herzog von Zweibrücken geliehen hatte.

Noch unmittelbar vor seiner Abreise hat sich Hardenberg vertraulich über diese Weisungen geäußert [17]. Neben mancherlei Bedenken und pessimistischen Äußerungen hinsichtlich der territorialen Ziele Frankreichs und der Annahme der guten Dienste des Königs für seine Mitstände nannte er in dieser schwierigen Lage, wo der Feind unter Umständen bis in das Herz Deutschlands eindringen konnte, als Ziel aller Verhandlungen, den Gegner von Norddeutschland und vor allem von den Grenzen Preußens fernzuhalten. Die Annahme der Demarkationslinie war ihm geradezu ein Kriterium für den guten Willen Frankreichs. Wurde sie abgelehnt, so war nach seinen Worten die Fortsetzung des Krieges und die Wiederherstellung der Koalition dringend geboten. Es dürfe nicht dahin kommen, schrieb er, daß gerade diejenige Armee,

[17] Hardenberg an Haugwitz, 1. 3. 1795 (Pr. G. St. A.).

die am meisten gefürchtet und in diesem Kriege noch in keiner Schlacht geschlagen sei, von den übrigen Streitkräften getrennt werde. Man müsse die Absichten Englands kennen, um es eventuell auf einen Bruch der Verhandlungen ankommen lassen zu können. Auf jeden Fall versprach sich Hardenberg davon eine gewisse Erleichterung, wenn man die Franzosen zu der Einsicht führen könnte, daß der König notfalls auch zu einer antifranzösischen Politik die Hand bieten würde. Von einem vorbehaltlosen Abschluß eines Friedens war er jedenfalls noch weit entfernt. Sicher hätte er sich zur Übernahme der Basler Verhandlungen nicht so ohne weiteres bereit gefunden, wenn er nicht hätte annehmen dürfen, daß auch der Monarch ihm im Grund seines Herzens beipflichtete. Beide sahen nur mit Zurückhaltung dem kommenden Frieden entgegen. Was das Unternehmen für Hardenberg vielleicht noch erträglich machte, war der Gedanke an einen sich anschließenden Reichsfrieden unter der Vermittlung des Königs, zumal er wußte, ein wie sicherer Faktor die Friedenssehnsucht der Stände in seinem Kalkül darstellte [18].

Hardenberg verließ Berlin am 2. März. Bis Friedberg verlief die Reise wie vorgesehen. Dann aber verhinderte nach seinen Berichten der trostlose Zustand der Wege ein schnelleres Vorwärtskommen. In Wahrheit aber verlangsamte er seine Reise wohl absichtlich. So hatte er zunächst dem Herzog von Braunschweig seine Aufwartung gemacht – wahrscheinlich um sich bei ihm über die jüngste Entwicklung der Beziehungen zu England zu informieren, vor allem aber um die erwarteten Beschlüsse des englischen Kabinetts zu beschleunigen. Diese Vermutung wird durch ein Schreiben Malmesburys an den General Harcourt vom 16. März erhärtet, in dem es hieß, Hardenberg scheine den Abschluß des Vertrages um mehrere Wochen verschieben zu wollen, um sich Klarheit über die englischen Pläne zu verschaffen [19].

Aber aus London erreichte ihn kein befreiendes Wort. Als er in gedrückter Stimmung am 10. März in Frankfurt mit Möllendorff zusammentraf und den aus Basel eingetroffenen Depeschen entnehmen konnte, daß Frankreich unerbittlich die linksrheinischen Gebiete verlangte, war er mehr denn je überzeugt, daß dieses

---

[18] Vgl. beispielsweise über Max Franz von Köln Braubach, 290; über Hannover und Braunschweig s. Haugwitz an Hardenberg, 14. 3. 1795, und an den Herzog von Braunschweig, 9. 3. 1795 (Pr. G. St. A.). An weiteren Vermittlungsgesuchen seien erwähnt diejenigen von Hessen-Kassel, Württemberg, Frankfurt, Zweibrücken, Darmstadt, Baden, Wied-Neuwied, Usingen und Weilburg.

[19] Sorel, Rev. hist., VII, 322.

alles versuchen würde, sich seines am meisten gefürchteten Feindes zu entledigen, um das wankende Ansehen des Konventes zu stützen. Aber noch hatte Preußen sich nicht endgültig festgelegt; noch war nach seiner Ansicht möglich, die preußische Haltung von Grund auf zu überprüfen. Man müsse die Franzosen daran erinnern, schrieb er an Haugwitz, daß derlei harte Bedingungen den König auch zwingen könnten, den Krieg fortzusetzen und eher die äußerste Energie aufzubieten, als einen gefahrvollen Frieden zu unterzeichnen [20].

In solchen Stunden der Niedergeschlagenheit hat er stets erneut auf die Wiederaufnahme des Kampfes gehofft. Alle seine Überlegungen und Empfehlungen gipfelten in dem Wunsch, Englands Haltung kennenzulernen, um gegebenenfalls die Franzosen vor die Alternative zu stellen, entweder unter angemessenen Bedingungen Frieden zu schließen oder weiterzukämpfen. Unaufhörlich bestrebt, die Fäden der englischen Politik zu entwirren, hatte er durch seinen Freund Gervinus und einen sich damals in Frankfurt aufhaltenden Engländer namens Crawford Einzelheiten zu erfahren gesucht. Die Nachrichten klangen zunächst nicht ungünstig. Gegen Rußland war man in London verstimmt, und gegen Österreich erhob man Vorwürfe wegen der überraschend schnell erfolgten Aufgabe Hollands. Aber wozu England nun wirklich bereit war, das war nun freilich sehr schwer zu erkennen. Ob es von Preußen den ersten Schritt erwartete? Die Nachrichten klangen gar zu unbestimmt.

Das Kabinettsministerium wünschte begreiflicherweise nicht, daß Hardenberg seine eigenen Wege ging. Er sollte weder Möllendorff zu einer Verzögerung seiner Rückzugsbewegungen veranlassen, noch sich über das unbedingt erforderliche Maß hinaus mit den Engländern einlassen [21]. Darum hielt man ihm auch wiederholt die Gründe vor, die einen Frieden notwendig machten. Alle waren sie nach Haugwitz' Worten schwerwiegend genug, um ein Abkommen zu treffen, sofern Frankreich nur ein Mindestmaß an Sicherheit verbürgte. Diese Sicherheit aber war nach Ansicht der Minister schon gegeben, wenn Frankreich die Demarkationslinie akzeptierte. Gegenüber diesem Verlangen spielte die Frage der Gebietsabtretung in dieser letzten Phase der Verhandlungen nur noch eine geringere Rolle. In einer Weisung vom 18. März wurde zwar be-

---

[20] Hardenberg an Haugwitz, 11. 3. 1795 (Pr. G. St. A.).

[21] Niederschrift Haugwitz' vom 13. 3. 1795; Weisung an Hardenberg, 14. 3. 1795; Haugwitz an Hardenberg, 14. und 19. 3. 1795 sowie 24. 3. 1795; ferner Weisung an Hardenberg vom 18. 3. 1795 (Pr. G. St. A.).

tont, daß die Gebietsabtretung in den zur Veröffentlichung vorgesehenen Artikeln unzulässig sei. Man glaubte anscheinend, schon genug erreicht zu haben, wenn man in Geheimartikeln die französischen Forderungen erfüllte. Man vertraute der französischen Loyalität, daß sie auf eine entwürdigende *öffentliche* Abtretung der linken Rheinlande verzichtete. An Hardenberg erging jetzt zwar der bestimmte Befehl, den Franzosen, falls sie auf die demütigenden Bedingungen nicht verzichteten, nachdrücklich zu erklären, daß der König in diesem Fall zur Fortsetzung des Krieges entschlossen sei. Aber diese Sprache drückte in keiner Weise die wirkliche Auffassung der Minister aus. Sie war für Barthélemy und Bacher bestimmt und stellte nichts anderes dar als eine belanglose Drohung, wie die zu Hardenbergs persönlicher Orientierung hinzugefügte Bemerkung des Königs bewies, daß bis zur Stunde das britische Kabinett ihm über eine eventuelle Hilfeleistung noch gar nichts habe mitteilen lassen. Desgleichen war auch der Hinweis auf den angeblichen Entschluß der Zarin, sich aktiv am Kriege zu beteiligen, nur eine Drohung, die jeder Grundlage entbehrte, wie die Umgebung des Königs selbst am besten wußte. Wie sehr das Kabinettsministerium geneigt war nachzugeben, beweist auch ein Privatbrief Haugwitz' an Hardenberg vom 19. März, in welchem er die Weisung vom Vortage erläuterte [22]. Er schrieb, in der dienstlichen Weisung habe man zwar bezüglich der Demarkationslinie den Ausdruck «conditio sine qua non» gebraucht; aber man wolle in Wirklichkeit doch dem Minister nicht unnötig die Hände binden. Bei etwa auftretenden Meinungsverschiedenheiten über diesen Punkt möge er also nicht in Verlegenheit sein, etwa deswegen die Unterzeichnung auch nur hinauszuschieben. Immerhin hatten sich auf die Demarkationslinie in erster Linie seine Bemühungen zu richten, während es nur als «äußerst wünschenswert» hingestellt wurde, die «öffentliche und sofortige» Gebietsabtretung abzulehnen. Sollte aber die französische Verfassung die Ratifizierung von Geheimartikeln verbieten, so mußte äußerstenfalls noch ein weiteres Zugeständnis gemacht werden. Haugwitz sprach es unumwunden aus: «Da wir über die Sache – die Abtretung der benannten Provinzen – einverstanden sind, so müßte uns die *Form* allein, trotz des widrigen Eindruckes und des dadurch sinkenden Ansehens des Königs, nicht abhalten, dennoch abzuschließen.» «Können wir einen sicheren Frieden haben», so schrieb er zusammenfassend, «so lassen Sie uns wachen, daß kein Dämon uns ihn raube.»

---

[22] Haugwitz an Hardenberg, 19. 3. 1795 (Pr. G. St. A.).

Dieser Nachgiebigkeit des Ministeriums gegenüber hat Hardenberg bis vor die Tore Basels verzweifelt um eine festere Haltung Preußens gerungen. Von Kentzingen im Breisgau aus, das er am 15. März erreichte, fragte er noch einmal im Tonfall bitterer Klage seinen Freund Haugwitz: «Können Sie denn England auf keine Weise zur Erklärung bringen?»[23] Noch einmal suchte er das Ministerium zu bewegen, die französischen Ansprüche abzulehnen und wieder Anlehnung an England zu suchen. «Sollten denn nicht», so schrieb er weiter, «im Falle der äußersten Not, wenn man dem Volke gezeigt hat, daß alles getan sei, um den Frieden ohne Zerstückelung der Monarchie und mit der erforderlichen Sicherheit zu erhalten, die Stände der königlichen Provinzen Patriotismus genug haben, um auf ihren Kredit ein ansehnliches Anlehen zu eröffnen?» Hardenberg hatte Anlaß zu dieser Klage. Fast zur gleichen Stunde wie er war nämlich am Abend des 15. März der Kurier aus Basel in Kentzingen eingetroffen. Hardenberg nahm Kenntnis von Harniers jüngstem Bericht, fügte eigene schriftliche Bemerkungen hinzu und entließ den Boten nach Berlin, wo dieser am 22. eintraf[24].

Hardenberg war tief enttäuscht. «Um sich abzurunden», schrieb er jetzt, «um die Grenzen von Paris aus weit vorzuverlegen . . . , um das Reich zu schwächen, die Zahl der geistlichen Fürsten zu verringern, sich für die Kosten des Krieges zu entschädigen, um den Assignaten wieder Kredit zu verleihen . . . , müßten Rhein und Maas Frankreich als Grenzen dienen.» Auf diese Ziele lief seiner Ansicht nach der französische Vertragsentwurf hinaus. Ihn unterzeichnen, hieß in seinen Augen das Ansehen des Königs untergraben und weite Gebiete der Monarchie ohne garantierte Entschädigungen preisgeben. Die wichtigsten Punkte unterzog er daher noch einmal einer besonderen Betrachtung.

Im französischen Entwurf hieß es, die linksrheinischen Besitzungen Preußens würden endgültig beim Abschluß des Reichsfriedens dem Schicksal der übrigen linken Rheinlande folgen. Da hier von einer Entschädigung überhaupt keine Rede war, war nach seiner Auffassung die Abtretung dieser Gebiete bereits ausgesprochen. Das mindeste, was zu verlangen war, mußte die in einem Geheimartikel verbindlich ausgesprochene Zusage territorialer Entschädigungen sein, die er im Rahmen der Säkularisation geistlicher Stände durchaus für möglich hielt. Aber er gab doch

---

[23] Hardenberg an Haugwitz, 17. 3. 1795 (Pr. G. St. A.).
[24] Hardenberg an den König, 16. 3. 1795 (Pr. G. St. A.).

zugleich auch zu bedenken, wie sehr der König sich auch dann noch kompromittieren könnte, wenn in einem künftigen Reichsfrieden ohne Preußens Zutun die bisherige Grenze erhalten bliebe.

Die Demarkationslinie sah der französische Plan überhaupt nicht vor. Selbst wenn man in dieser Hinsicht noch gewisse Hoffnungen hegen durfte, so stand dem doch, wie Hardenberg bemerkte, der vierte Artikel des französischen Entwurfes entgegen, nach dem Preußen seine Truppen aus seinen rechtsrheinischen Gebieten bis auf Friedensstärke zurückzuziehen hatte. Konnte da Preußen seine Neutralität noch verteidigen? Würde ihm nicht vielmehr die Gewalt des Siegers aufgezwungen? Wo blieb da die Bereitschaft Frankreichs, die guten Dienste des Königs für seine Mitstände anzunehmen? Als Ganzes betrachtet, hielt er das Projekt in der vorliegenden Form nicht für annehmbar. Äußerstenfalls müßte nach seiner Auffassung der Krieg fortgesetzt werden. Er empfahl, wenigstens noch für einige Zeit eine drohende Haltung einzunehmen, sei es durch die laut verkündete Mobilisierung aller Mittel, sei es durch eine Wiederannäherung an England. Von sich aus war er jedenfalls bereit, die Franzosen vor die Wahl zu stellen, entweder einen loyalen Frieden zu schließen oder eine energische Fortsetzung des Krieges hinzunehmen. Von dieser Taktik versprach er sich mehr als von schwächlicher Nachgiebigkeit.

Am Abend des 18. März traf Hardenberg in Basel ein. Wie er nach Berlin mitteilte, hatten ungewöhnlich schlechte Wegeverhältnisse seine Ankunft verzögert. In Wahrheit aber war es ihm darauf angekommen, die Haltung Englands im Falle eines Abbruches der Verhandlungen zu klären. Was Malmesbury am 23. Februar seinem Tagebuch anvertraut hatte: «Preußen willigt in alle von Frankreich vorgeschlagenen Friedensbedingungen – schändlich und unglaublich. Das ist das Werk des Prinzen Heinrich!» [25], von Hardenberg konnte so etwas niemals gelten. Nach all seinen persönlichen Bekundungen war nicht zu erwarten, daß er sich herbeiließ, unwürdige Bedingungen zu unterschreiben.

---

[25] Malmesbury, Diaries, II, 111.

Sechstes Kapitel

Hardenbergs abschließende Verhandlungen und die Unterzeichnung des Friedensvertrages

Als Hardenberg am 18. März 1795 im Markgräfler Hof zu Basel seine Wohnung bezog, war es mit der «vergnüglichen Vertraulichkeit», wie sie nach einem zeitgenössischen Bericht bis dahin zwischen den beiderseitigen Unterhändlern herrschte, vorbei [1]. Ochs, bislang ein unentbehrlicher Vermittler, wurde von nun an von allen wichtigen Konferenzen geflissentlich ferngehalten. An den «republikanischen Mahlzeiten» nahm jetzt preußischerseits niemand mehr teil. Hardenberg hielt Abstand aus Klugheit und Takt, konnte er doch nicht wissen, was die beiden Österreicher Hinuber und Degelmann sowie der toskanische Gesandte Carletti, die sich damals alle drei in Basel aufhielten, im Schilde führten. Seine Zurückhaltung war wohlbegründet. Meyerinck und Goltz hatten den preußischen Friedenswunsch als außerordentlich dringend hingestellt – kein Wunder, daß die Franzosen hoffen durften, alle ihre Forderungen durchsetzen zu können. Nach Hardenbergs Informationen war jedoch die innere Lage Frankreichs keineswegs so, als ob Barthélemy gleichsam unter allen Umständen am längeren Hebelarm gesessen hätte. Er wußte, daß auch dort der Wunsch nach einem baldigen Frieden lebendig war. Manches ließ darauf schließen, daß neue Ausbrüche politischer Leidenschaft die so notdürftig hergestellte Ordnung wieder aufzuheben drohten und daß dem Konvent eindeutige Erfolge vorweisen mußte, wer sich in diesem Meer der Krisen als Regierender behaupten wollte. Verlangten die einen, daß die Politiker nicht wieder preisgäben, was die Soldaten erkämpft hatten, so verlangten die anderen eine schnelle Bereinigung des Verhältnisses zu Preußen. Durfte man einerseits hoffen, daß Barthélemy mäßigend auf den Wohlfahrtsausschuß einwirkte, so war andererseits zu befürchten, daß Cambacérès und seine radikalen Freunde gebieterisch ihre alten Ziele verfochten.

In der nun beginnenden Schlußphase der Verhandlungen ging Hardenberg angesichts der in Frankreich herrschenden Zustände nur sehr zögernd vor, um nicht voreilig unwürdige Friedensbedingungen zu unterschreiben. Er glaubte, der Zustimmung des Königs sicher zu sein, wenn er notfalls mit der Wiederaufnahme

---

[1] Vischer an Hirzel, 18. 3. 1795 (Schlumberger, a. a. O., 224).

der Feindseligkeiten drohte, wußte er doch, wie sehr dem Monarchen daran gelegen war, nicht alle Brücken zu den Verbündeten abzubrechen. Die Schwierigkeit seiner Lage bestand nicht zuletzt darin, daß er einerseits von einem zum Nachgeben bereiten Ministerium geleitet und andererseits in seiner eigenen entschiedeneren Haltung von dem ihm innerlich beipflichtenden König nicht genügend unterstützt wurde.

Ohne viel Formalitäten begannen die Konferenzen. Man drückte beiderseits die Hoffnung aus, schnell zu einer Einigung zu kommen – auf der Basis der französischen Vorschläge natürlich, wie Barthélemy vielsagend hinzufügte. Hardenberg kritisierte den Artikel vier dieses Entwurfes und schlug vor, Norddeutschland zu neutralisieren. Barthélemy verschloß sich der Erwägung nicht, daß Frankreich dann alle Streitkräfte gegen Österreich konzentrieren konnte, und lehnte eine entsprechende Militärkonvention der beiden Oberkommandos keineswegs von vornherein ab [2].

Heftig äußerte sich Hardenberg auch über den 6. Artikel des französischen Entwurfes. Preußen werde dadurch entschädigungslos beraubt, argumentierte er, und könne unmöglich dieses Zeichen zur Auflösung des Reiches widerspruchslos hinnehmen. Gerade in diesem Punkte erwies es sich, wie falsch es war, in den bisherigen Verhandlungen so weitgehende Zugeständnisse zu machen. Wer hier auch nur die Möglichkeit eines Kompromisses erwog, mußte in diesem zähen Ringen der Unterlegene sein. Weil Barthélemy wußte, daß Preußen es hierüber nicht zu einem Bruch kommen lassen wollte, blieben auch alle Bemühungen Hardenbergs fruchtlos, ihn für eine Preußen angemessene Lösung zu gewinnen. Selbst Hardenbergs Vorschlag, dem König von Preußen wenigstens noch den Schatten einer Zivilverwaltung zuzugestehen, wobei die Gebiete nach wie vor von den Franzosen besetzt blieben, ließ er nicht gelten.

So sah er sich vor die Tatsache gestellt, daß ohne Abtretung des linken Rheinufers ein Friede offenbar nicht zu schließen war. Entbehrte Hardenberg nun bei der Verteidigung der alten Grenzen der nachdrücklichsten Unterstützung seitens der Berliner Minister, so nahm er sich um so fester vor, auf die Neutralisierung Norddeutschlands auf keinen Fall zu verzichten und eine möglichst vorteilhafte Demarkationslinie auszuhandeln. Er vertrat dieses Anliegen so entschieden, daß selbst Harnier und Meyerinck pessimistisch wurden und Barthélemy seine Selbstgefälligkeit tadelte

---

[2] Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 20. 3. 1795 (Kaulek, V, 116; Sorel, a. a. O., VII, 325).

und neue Intrigen vermutete [3]. «Ich glaube nun selbst», schrieb letzterer nach Paris, «daß die Sendung dieses Mannes einen Sieg der englischen Intrige in Berlin bedeutet. Herr v. d. Goltz würde seine Ehre darin erblickt haben, die Verhandlungen zum glücklichen Ende zu führen. Sein Nachfolger, so fürchte ich, erachtet es für rühmlicher, sie abzubrechen, und ist nur zu diesem Zwecke hierher gekommen.» Auf seine Bitte wies Harnier ihn schon auf die Verantwortung für den etwaigen Abbruch der Verhandlungen hin.

Man sieht, wie schwierig sich die Verhandlungen gestalteten. In der langen Auseinandersetzung, die am 22. März in der Wohnung des venezianischen Gesandten San Fermo vor sich ging und in der Hardenberg den Inhalt des Artikels sechs äußerstenfalls in veränderter Fassung als Geheimartikel gelten lassen wollte, zeichneten sich zwar gewisse Verständigungsmöglichkeiten ab; aber ungelöst blieb dennoch die Frage, ob Frankreich einen Vertrag unterzeichnen würde, der in seinem zur Veröffentlichung bestimmten Teil nichts über das Schicksal der preußischen Territorien am Niederrhein besagte [4]. Heftig stießen beide Unterhändler dann noch aufeinander, als Hardenberg die Abmachungen über die Neutralisationslinie als integralen Bestandteil des Vertrages behandelt wissen wollte und nicht, wie Möllendorff ursprünglich geplant hatte, bereit war, daraus lediglich eine Konvention der Oberbefehlshaber zu machen. Barthélemy zeigte indes kein Entgegenkommen. Die Besprechung in der Wohnung San Fermos verlief ergebnislos [5].

In den Verhandlungen des folgenden Tages trat Hardenberg in Anlehnung an seine Weisung mit Abänderungsvorschlägen hervor. Den 4. Artikel des französischen Planes wollte er ganz fortlassen und für den 6. schlug er je eine als geheim und öffentlich vorgesehene Formulierung vor. Es bedurfte seiner ganzen Bered-

---

[3] Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 22. und 23. 3. 1795 (Kaulek, V, 125 und 130).

[4] Das Auftreten San Fermos wurde von Wien aus mit größtem Mißtrauen beobachtet. Man hielt ihn dort für einseitig franzosenfreundlich. In Wahrheit dürfte er aber als neutral anzusprechen gewesen sein. Er hatte sonnabends regelmäßig Gäste, unter denen sich neben Barthélemy, Bacher und Hardenberg gelegentlich auch Degelmann befand. Im übrigen war in Basel allmählich bekannt geworden, daß man über den Frieden verhandelte «de la manière la plus publique» (Steiner, I, 451, Anm.). Vgl. auch Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 22. 3. 1795 (Kaulek, V, 126); ferner Sorel, Rev. hist., VII, 328 f.

[5] Möllendorff tat sich viel darauf zugute, die Einigung beschleunigt zu haben. Er sei im Begriff, erklärte er, sich auf die Demarkationslinie zurückzuziehen (aus einem Brief Möllendorffs an Jourdan, Lippstadt, 18. 3. 1795; Kaulek, V, 123).

samkeit, Barthélemy für den Gedanken einer Neutralisierung Norddeutschlands zu gewinnen. Er erinnerte daran, daß die Fürsten ihre Kontingente abberufen würden, die Franzosen ihre Streitkräfte gegen Österreich konzentrieren könnten und die Handelsbeziehungen sich wieder normalisieren ließen, daß dagegen ein französischer Einbruch nach Niederdeutschland zu einem verhängnisvollen Aufstand führen könnte. Es läge indes im beiderseitigen Interesse, wenn Preußen über die Ruhe in diesem großen Teile des Reiches zu wachen habe.

Barthélemy war zu sehr Franzose, als daß er vorbehaltlos dem zugestimmt hätte, was Hardenberg ihm unter dem Gesichtspunkt des preußischen Vorteils unterbreitete. Er wußte sich hierin einig mit dem Wohlfahrtsausschuß, dem eine so eindeutige Begünstigung Preußens erst recht zu weit ging. Lieber wollte man den Krieg fortsetzen, hieß es in einem Pariser Reskript, als nach endlosen Konferenzen einen Frieden zu ratifizieren, der von den eigenen Vorschlägen so weit abweiche.

In einem eingehenden Bericht an den König hat Hardenberg die Bilanz seiner ersten Besprechungen gezogen [6]. Er sah ein, daß er bisher noch gar nicht den ultimativen Ton der französischen Forderungen hatte abschwächen können. Ihm klang noch in den Ohren, was er aus einer Weisung an Barthélemy vom 11. März zu lesen bekommen hatte: jede Schwächung Preußens zu vermeiden, sei ein ziemlich befremdender Vorschlag, vor allem, wenn man die Vergrößerungen bedenke, die sich Preußen anderswo verschafft habe. Frankreich wolle die Zeit nicht mit diplomatischem Gezänk verlieren, durch das die militärischen Operationen nur gehemmt würden. Wie deutlich war hier doch die Anspielung auf die polnische Teilung! Wie spürte er die Absicht Frankreichs heraus, in der Frage der preußischen Verwendung für die übrigen Stände Schwierigkeiten zu bereiten! Gelang es Frankreich, ohne preußische Vermittlung mit einem Reichsstand Frieden zu schließen, so war ein Präzedenzfall geschaffen, der aller Wahrscheinlichkeit nach eine Kette von Sonderfriedensschlüssen nach sich zog und das Ende des Reiches bedeuten konnte. Niemand hätte Preußen dann gegen den Vorwurf des Reichsverrates verteidigen können. Darum ist Hardenbergs Empörung verständlich auch darüber, daß sich der König nicht darauf verstand, mit einer Fortsetzung des Krieges zu drohen oder den Wiederanschluß an die Koalition als bevorstehend hinzustellen. Preußen befand sich in der Verhandlung schon praktisch auf dem Rückzug, und Hardenberg rechnete

[6] Hardenberg an den König, 24. 3. 1795 (Pr. G. St. A.).

ernsthaft gar nicht mehr mit der Räumung des linken Rheinufers durch die Franzosen. Wenn jede endgültige Abmachung über die territorialen Ansprüche der Republik bis zum allgemeinen Frieden mittels eines zur Veröffentlichung bestimmten, dehnbaren Artikels aufgeschoben oder notfalls durch einen Geheimartikel eine Gebietsabtretung von einer entsprechenden territorialen Entschädigung abhängig gemacht wurde und diese Vereinbarungen mit Artikeln über die Demarkationslinie und die guten Dienste des Königs kombiniert werden konnten, so war im Rahmen des Möglichen nach Hardenbergs Meinung alles erreicht, was zu erreichen war. Es war nicht seine Schuld, daß für den Staat eine solche Zwangslage entstanden war, aber sein nüchterner Sinn gebot ihm, bei aller Ungunst der Stunde sich gleichsam für die zweitbeste Lösung einzusetzen, nachdem die beste durch die mangelnde Entschlußkraft der Staatsführung vertan worden war. In dieser Umstellung auf die so eingeengten Möglichkeiten schwebte ihm eine Fassung des fraglichen 6. Artikels vor, nach der die Franzosen die linksrheinischen Teile der Monarchie bis zum Abschluß des Reichsfriedens besetzt hielten und jede endgültige Regelung bis zu diesem Zeitpunkt ausgesetzt wurde. In einem dazugehörigen Geheimartikel sollte nach seinem Entwurf der König über den Modus der Abtretung jener Lande gegen eine territoriale Entschädigung sich bereitfinden, falls in einem Reichsfrieden das ganze linke Rheinufer tatsächlich der Republik überantwortet wurde. Die territoriale Entschädigung war nun auch für Hardenberg das Stichwort, unter dem bei den derzeitigen Umständen Preußen äußerstenfalls nachgeben konnte, und da er das Hoffnungslose seiner ursprünglichen Absichten empfand, hielt er es für ratsam, beizeiten Anrechte auf diese Entschädigung geltend zu machen.

Um so stärker richtete er seine Bemühungen auf die Bewilligung der Demarkationslinie. Auch hier war der französische Widerstand groß. Hardenberg führte eine ganze Reihe von Argumenten an, die alle die Vorteile einer solchen Linie für Frankreich ins rechte Licht zu stellen suchten. Er nannte dabei auch den 7. Artikel des französischen Entwurfes und meinte, daß gerade aus ihm eine solche Linie gefolgert werden dürfe. Einzelheiten könnten in einem Geheimartikel niedergelegt werden, der nur vom Wohlfahrtsausschuß genehmigt und nicht der öffentlichen Diskussion des Konventes unterworfen zu werden brauchte. Die von Hardenberg vorgesehene Linie umfaßte einen großen Teil Westfalens, die Kreise Ober- und Niedersachsen, bedeutende Teile von Hessen-Kassel, Darmstadt, Nassau und Mainz sowie den ganzen fränkischen Kreis. In Rücksicht auf diese Linie sollte nach Hardenbergs

Wunsch der 7. Artikel des französischen Entwurfes den wichtigen Zusatz enthalten, daß beide Parteien Maßnahmen ergreifen wollten, um den Krieg von Norddeutschland fernzuhalten, da nur so die Wiederherstellung der Handelsfreiheit im Norden voll wirksam werden konnte.

Auf diesen Passus konnte sich nach Hardenbergs Plan ein Geheimartikel beziehen, der diese Linie verwirklichte: um den Krieg von Norddeutschland fernzuhalten, ihm die Ruhe zu sichern und die Handelsfreiheit zwischen ihm und Frankreich wiederherzustellen, sollte nach dem von Hardenberg vorgeschlagenen Text des Geheimartikels Frankreich die militärischen Operationen nicht über die Linie hinaus vorwärtstreiben, die, Ostfriesland umfassend, dem Lauf der Ems und Aa bis Münster folgte, von dort über Coesfeld, Borken, Bocholt bis zur Grenze des Herzogtums Kleve nahe bei Isselburg verlief. Der kleveschen Grenze sollte diese Linie bis Magenporst folgen, den Rhein entlang bis Duisburg verlaufen, von dort entlang der Grenze der Grafschaft Mark auf Werden zustreben, eine Strecke längs der Wipper verlaufen, dann nach Süden abbiegen und über Homburg, Altenkirchen bei Limburg die Lahn erreichen. Von dort sollte sie über Idstein, Epstein, Höchst, Dornheim, die darmstädtischen Lande und den fränkischen Kreis mit einbeziehend, nach Eberbach am Neckar führen, diesem Fluß bis Wimpfen folgen, sodann über Löwenstein, Murrhardt, Nördlingen, Holzkirch, die Grafschaft Pappenheim sowie den ganzen obersächsischen Kreis und die Oberpfalz umschließend, der schlesischen Grenze zustreben. Alle hinter dieser Linie gelegenen Lande wären nach diesem Plan als neutral anzusehen. Frankreich hätte sich verpflichtet, sie zu respektieren, Preußen sich dafür verbürgt, daß frankreichfeindliche Truppen sie nicht verletzten, beide Mächte sie an den wichtigsten Punkten durch Observationstruppen gesichert.

Nach einem weiteren Artikel sollte Frankreich die guten Dienste des Königs zugunsten derjenigen Reichsstände annehmen, die mit Frankreich in Verhandlungen zu treten wünschten, und während der ersten drei Monate nach der Ratifikation diejenigen rechtsrheinischen Stände nicht als feindlich behandeln, für die sich der König bei der Regierung der Republik verwenden würde. Eine weitergehende Vermittlung hielt Hardenberg nicht für möglich. Immerhin wäre auch so dem König für die Zukunft ein beträchtlicher Einfluß eingeräumt worden.

Man sieht, daß dieser Plan von den ursprünglichen Gedanken Hardenbergs erheblich abwich. So überrascht es nicht, daß Barthélemy und Bacher versprachen, ihn nach Kräften zu unterstützen.

Das tat ersterer dann auch mit dem Hinweis, daß die friedensbedürftigen Fürsten sich Preußen in die Arme würfen, um am Ende doch bei Frankreich zu landen, und der isolierte Wiener Hof in die größte Verlegenheit versetzt würde [7]. Diese Hardenbergschen Gegenvorschläge stellten das äußerste dar, was man bewilligen konnte. Die Regelung der Grenzfrage bis zum Reichsfrieden aufzuschieben, dem Reich gegebenenfalls die Verantwortung für seine Selbstauflösung aufzubürden, Preußen annehmbare Entschädigungen zu verschaffen, ihm vor der Welt den Anschein zu geben, als verteidige es das Reich, indem es dem Norden den Frieden sicherte, es dahin zu bringen, daß auch der Süden von der Last des Krieges befreit würde, Preußen zum Friedensstifter emporsteigen zu lassen, das waren doch unverkennbare Vorteile, denen freilich auch eine verklausulierte Gebietsabtretung gegenüberstand. Diese wiederum war die Folge des preußischen Trugschlusses, auch ohne den Einsatz seiner Machtmittel zu einem billigen Frieden gelangen zu können. Frankreich konnte unerbittlich bleiben, da es wußte, daß in Berlin die Tendenzen des Friedens und des Verzichts überwogen.

Denn in der Tat hatte man sich in Berlin mit der Abtretung der Lande am Niederrhein längst abgefunden. Es galt nur noch, eine passende Einkleidung dafür zu finden. War nämlich die Form des Geheimartikels zu erreichen und war es möglich, ihm noch eine Klausel über die Entschädigung beizufügen, dann waren alle wichtigen Fragen gelöst. Die Entschlüsse, die der König jetzt faßte, entsprachen durchweg den Empfehlungen der Minister, besonders denen des Grafen Haugwitz [8]. Die Neutralisationslinie auszuhandeln, war nunmehr der größte Dienst, den Hardenberg nach den Worten des Königs der Monarchie erweisen konnte. Die Nuancen dieser Linie wollte er ihm überlassen, doch empfahl er, eine längs des Rheines verlaufende festzulegen und sich nur notfalls auf eine östlichere einzulassen. Als ob es dieser Rechtfertigung bedurft hätte, führte der König noch einmal alle Gründe an, die ihn zur Aufgabe des Kampfes bestimmt hatten: Mangel an Geld und Lebensmitteln, die schlechte Stimmung in der Armee, die gespannte Lage im Osten und die Aussichtslosigkeit, neue Hilfsquellen zu erschließen. Daß nun in der Umgebung des Monarchen alles mehr denn je auf einen Frieden drängte, hatte seinen

---

[7] Sorel, Rev. hist., VII, 133; Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 10 germinal (30. 3. 1795) bei Kaulek, V, 142.

[8] Haugwitz an Hardenberg, 24. 3. 1795 (Pr. G. St. A.). (Vgl. P. Hassel, a. a. O., 238 f.).

Grund nicht zuletzt darin, daß Harniers Depesche mit dem französischen Friedensentwurf gerade in dem Augenblick in Berlin vorlag, als dort aus Petersburg eine Kunde einlief, die keinen Zweifel mehr gestattete, daß sich die beiden Kaiserhöfe in der polnischen Frage über den Kopf Preußens hinweg zu einigen im Begriff waren. Das Frühjahr stand vor der Tür. Die militärische Führung mußte wissen, woran sie war. Sollte die Front sich mit dem abklingenden Winter wieder aus der Erstarrung lösen, oder sollten die Regimenter nun endgültig ihre Heimatgarnisonen wieder aufsuchen? Offiziere wie Mannschaften waren mit ihren Gedanken zum größten Teil schon daheim. Hardenberg war für viele der Stein des Anstoßes. Alvensleben war geradezu empört über seine so kriegerisch anmutende Haltung. Er wolle den Staat ruinieren, behauptete er, und das Friedensgeschäft zum Scheitern bringen. Man sehe, daß er Hannoveraner sei und kein Preuße, und es empfehle sich, zu erfahren, wie weit er seine geheimen Verhandlungen mit Malmesbury und dem Herzog von Braunschweig betrieben habe [9]. Die Verweigerung einer Vermittlung für das Reich erregte in Berlin keineswegs mehr wie noch vor wenigen Wochen die Gemüter. Die Festlegung der Demarkationslinie und die Anerkennung der preußischen Führung in Norddeutschland standen jetzt ausschließlich im Vordergrund der Erwägungen. In umfassender Instruktion wurde Hardenberg darum noch einmal angewiesen, unverzüglich zu unterzeichnen und diese wichtigen Punkte des Vertragswerkes nicht durch Nebensächlichkeiten zu gefährden [10]. Als nebensächlich wurden nun aber ausdrücklich die guten Dienste für die Reichsstände und das Schicksal des Hauses Oranien bezeichnet! Bezüglich der französischen Gebietsforderungen gab es keine Differenzen mehr, nachdem sich Frankreich allem Anschein nach bereit erklärt hatte, mit der förmlichen Überlassung der Gebiete bis zum allgemeinen Frieden zu warten. Hardenberg sollte jedenfalls unterzeichnen, sobald Preußen eine Entschädigung zugesichert wurde. War man sich also grundsätzlich einig, so galt es nur noch, die günstigste Textgestalt zu finden. In den für die Veröffentlichung vorgesehenen Teil des Vertrages mußte daher nach preußischer Auffassung ein Passus aufgenommen werden, wie er dem vierten Artikel des eigenen Entwurfes entsprach. Aus ihm und dem dazugehörigen Geheimartikel ging alsdann die prinzipielle Anerkennung der französi-

---

[9] Alvensleben an einen Unbekannten, 23. 3. 1795 (Pr. G. St. A.).

[10] Der König an Hardenberg, 24. 3. 1795 (Pr. G. St. A.). Vgl. Kaulek, V, 148 ff.

schen Gebietsansprüche hervor. Es sollte also ausgesprochen werden, daß aus militärischen Gründen Frankreich bis auf weiteres die linksrheinischen Gebiete besetzt halte und jede endgültige Entscheidung über sie erst bei der Wiederherstellung des Friedens mit dem Reich getroffen würde. Die dazu gehörenden Geheimartikel hätten sodann zu bestimmen, daß diese Gebiete endgültig das Schicksal der übrigen linksrheinischen Stände beim Reichsfrieden teilen würden und daß man sich über eine territoriale Entschädigung Preußens einigen werde, falls Frankreich auf diese Weise in ihren Besitz gelange.

Alles übrige war klar: bezüglich der Demarkationslinie sollte es für Hardenberg kein Zurückweichen geben. Man begnügte sich mit dem, was im 9. Artikel des französischen Planes über die guten Dienste des Königs gesagt wurde. Wenn nur die Stände innerhalb der Linie Ruhe hatten, für die übrigen konnte sich Preußen auch noch *nach* dem Abschluß des Friedens verwenden. Auch das Schicksal der holländischen Statthalterfamilie sollte den Gang der Verhandlungen nicht mehr stören, und Hardenberg sollte die günstige Stunde nicht entrinnen lassen, um einen Frieden herbeizuführen, dessen der Staat so dringend bedürfe.

*

Nach der Annahme des Dekretes, das dem Ausschuß die Billigung von Geheimartikeln gestattete, erging am 19. März an Barthélemy die Weisung, an Hardenberg die ultimative Forderung zu stellen, sich definitiv zu den französischen Vorschlägen zu äußern. Die Unabdingbarkeit der eigenen Ansprüche betonend, verlangte man die Demobilisierung der preußischen Truppen in den rechtsrheinischen Gebieten und tadelte man das preußische Verlangen nach einer territorialen Entschädigung. Vor allem aber hatte man für den Hardenbergschen Neutralitätsplan zunächst nicht das geringste Verständnis. Hardenberg wolle offenbar durchaus, zu dieser Behauptung verstieg sich eine Instruktion an Barthélemy vom 30. März [11], die Feinde stärken, statt mit der Republik Frieden zu schließen. Unmöglich könne Frankreich durch eine solche Neutralität seinen militärischen Operationen Fesseln anlegen. Es scheine fast so, als verhandle Hardenberg als Minister der Koalition und nicht im Auftrage des Königs von Preußen. Frankreich verlange eine schnelle Entscheidung und erwarte schon mit dem nächsten Kurier die Mitteilung über die

[11] Der W. F. Ausschuß an Barthélemy, 10 germinal (30. 3. 1795) bei Kaulek, V, 139 f.; ferner Sorel, Rev. hist., VII, 337 ff.

Unterzeichnung des Vertrages. – Doch da traf am 31. März ein Bericht Barthélemys vom 27. in Paris ein und führte noch einmal zu einer Überprüfung des französischen Standpunktes [12].

Was berichtete der Gesandte? Die Verhandlungen hätten eigentlich erst mit Hardenbergs Ankunft begonnen, meinte er. Preußen lehne die ultimativen Forderungen ab und verlange seinerseits unter allen Umständen die Annahme der Demarkationslinie. Diese erhöhe zwar den Einfluß Preußens enorm, aber zum Vorteil Frankreichs isoliere sie Österreich. Nehme man sie an, so sei Hardenberg ermächtigt, ohne nochmalige Rückfrage den Vertrag zu unterzeichnen. Hardenberg habe das dringende Verlangen seines Königs nach Wiederherstellung des Friedens zum Ausdruck gebracht, dabei aber mit aller Schärfe betont, daß man eher das Wagnis eines neuen Feldzuges auf sich nehmen wolle, als sich untragbaren Bedingungen zu unterwerfen. Das sei Preußens Ja oder Nein, habe er erklärt, es sei Sache der Republik, es anzunehmen oder abzulehnen.

Diese Sprache Hardenbergs hatte Barthélemy zum Einlenken bewogen. Die Neutralität eines Teiles des Reiches stimme zwar nicht mit den politischen Zielen der Republik überein, schrieb er, aber wenn Frankreich sie verwerfe, müsse es auch das ganze Deutschland erobern. Stimme man zu, würde sich Norddeutschland um Preußen gruppieren, Österreichs Bedrängnis jedoch der Republik zum Vorteil gereichen.

Dieser Bericht gab dem Wohlfahrtsausschuß zu denken. Am 31. März noch entsandte Merlin de Douai einen Sonderkurier an Barthélemy mit dem Auftrag, die am Vortage ergangene Instruktion zu annullieren und neue Befehle für die nächsten Tage anzukündigen. Das Ergebnis der in aller Eile vorgenommenen Beratungen des Ausschusses wurde noch am gleichen Tage in zwei Depeschen niedergelegt und sogleich nach Basel geleitet, wo sie am 4. April vorlagen und sofort zum Gegenstand eingehender Besprechungen mit Hardenberg gemacht wurden.

In dem ersten Aktenstück wurde Barthélemy zwar noch nicht ausdrücklich gestattet, die von Hardenberg vorgeschlagene Redaktion des 6. Artikels des französischen Entwurfes anzunehmen, aber es wurde ihm doch bedeutet, an diesem Punkt die Verhandlungen nicht zuguterletzt noch scheitern zu lassen [13]. In dem zweiten Dokument suchte der Ausschuß seine bisherige Haltung zu rechtfertigen. Er habe den Neutralisierungsvorschlag nochmals

---

[12] Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 7 germinal (Kaulek, V, 136 f.).
[13] Sorel, Rev. hist., VII, 340 f.; Kaulek, V, 146.

geprüft, schrieb er, und angesichts der positiven Versicherung, im Falle seiner Annahme ohne nochmalige Rückfrage in Berlin zur sofortigen Unterzeichnung ermächtigt zu sein, seine eigene Ansicht geändert. Barthélemy werde demzufolge autorisiert, den Geheimartikel, der die norddeutsche Neutralität betraf, unter der Bedingung, daß der Vertrag sofort unterzeichnet werde, anzunehmen.

Damit war das letzte Hindernis beseitigt. Hardenbergs Einschätzung des französischen Friedensbedürfnisses hatte sich bestätigt. Aus Pariser Zeitungen, die Gervinus ihm im März zugänglich gemacht hatte, war ihm deutlich geworden, wie die Sorge um den Bestand der Regierung dazu führen mußte, die dargebotene Friedenshand zu ergreifen. Niemand verbürgte sich damals für die Konsistenz der französischen Verhältnisse. Die Spannungen im Innern ließen den Ausschuß nicht zur Ruhe kommen. Hardenberg nützte diese Situation, nachdem er sich davon überzeugt hatte, daß alle wortreichen Briefe Crawfords und Malmesburys keine konkreten Zusicherungen des englischen Kabinetts enthielten [14].

Zur selben Zeit, da man sich in Paris mit der Demarkationslinie abfand, faßte Hardenberg noch einmal die Ergebnisse der letzten Verhandlungen zu einer von ihm als definitiv angesehenen Textgestalt des Vertrages zusammen [15]. Dieser Entwurf, der in seiner Präambel ausdrücklich von der «französischen Republik» sprach, nannte in seinem 1. Artikel als Zweck des Vertrages die Wiederherstellung des Friedens, der Freundschaft und des guten Einvernehmens. Mit der Ratifizierung sollten alle Feindseligkeiten aufhören und beide Partner sich verpflichten, keine Kontingente an Menschen, Pferden, Lebensmitteln, Kriegsmaterial oder Geld einer kriegführenden Macht zur Verfügung zu stellen. Beide sollten sich verpflichten, niemals den Durchzug einander feindlicher Truppen durch ihre Territorien zu gestatten. Die Truppen der Republik sollten innerhalb von 15 Tagen nach der Ratifizierung die besetzten rechtsrheinischen Gebiete Preußens räumen. Kontributionen, Lieferungen oder sonstige Kriegsleistungen hatten mit der Unterzeichnung aufzuhören, alle zu diesem Zeitpunkt noch bestehenden Rückstände, Schuldscheine und Schuldverschreibungen wirkungslos zu werden. Die linksrheinischen Besitzungen Preußens sollten bis zum Reichsfrieden besetzt bleiben und jede

---

[14] Vgl. ergänzend Malmesbury an Crawford, Hannover, 16. und 22. 3. 1795; Crawford an Gervinus, Frankfurt, 20. 3. 1795 (Pr. G. St. A.).

[15] Hardenbergs Friedensplan bei Kaulek, V, 150 ff.

endgültige Abmachung über sie bis dahin verschoben werden. Ferner war vorgesehen, alle Handelsbeziehungen zunächst auf den Vorkriegszustand zurückzuführen. Um die Handelsfreiheit mit dem nördlichen Deutschland in vollem Umfange wiederherzustellen, sollten nach Artikel 7 dieses Planes beide Mächte sich verpflichten, durch geeignete Maßnahmen den Krieg von diesen Gebieten fernzuhalten [16]. Alle Gefangenen und Internierten, einschließlich der Sachsen, Mainzer, Pfälzer und Hessen, sollten spätestens zwei Monate nach Austausch der Ratifikationen in ihre Heimat zurückkehren. Der 9. Artikel sah vor, daß Frankreich die guten Dienste des Königs zugunsten derjenigen Reichsstände annahm, die mit ihm zwecks Wiederherstellung des Friedens in Verbindung zu treten wünschten und sich deshalb entweder schon an den König gewandt hatten oder es noch tun wollten. Während der ersten drei Monate nach der Ratifizierung sollte Frankreich verpflichtet sein, diejenigen Stände nicht als Feinde zu behandeln, die auf dem rechten Rheinufer gelegen waren und für die der König von Preußen sich verwenden wollte. Der Vertrag sollte erst mit dem Austausch der Urkunden, der innerhalb der nächsten vier Wochen in Basel vorgenommen werden sollte, in Kraft treten.

Ein von Hardenberg vorgesehener Geheimartikel legte fest, daß für den Fall einer im Reichsfrieden ausgesprochenen Abtretung des linken Rheinufers der König sich mit der Republik über den Modus der Abtretung seiner linksrheinischen Gebiete gegen eine territoriale Entschädigung verständigen werde, wohingegen die Republik die 1,5 Millionen Taler zu garantieren hatte, die der Herzog von Zweibrücken dem preußischen König schuldete.

Ein zweiter Geheimartikel betraf die Demarkationslinie: Frankreich sollte sich verpflichten, seine Operationen zu Wasser und zu Lande nicht über sie hinaus vorwärtszutreiben. Es war die gleiche Linie, die Hardenberg schon in den einige Tage vorher entworfenen Artikeln aufgezeichnet hatte. Danach waren alle Stände innerhalb dieser Linie als neutral anzusehen. Preußen verpflichtete sich, die Stände zu veranlassen, ihrerseits diese Linie durch Zurückziehung ihrer Kontingente zu respektieren. Zur Verwirklichung ihrer Absichten sollten beide Vertragspartner ein hinlänglich starkes Observationskorps längs dieser Linie aufstellen.

---

[16] Das preußische Handelsdepartement hatte schon die Umrisse eines künftigen Handelsvertrages entworfen (der König an Hardenberg, 16. 3. 1795). Diese vorläufigen, vermutlich von Struensee zusammengestellten Punkte sahen vor die Wiedereinrichtung der Konsulate, die Annahme des Grundsatzes der bewaffneten Neutralität für die Schiffahrt und den Handel im Falle eines Seekrieges, die Abschaffung des alten Strandrechtes usw.

Dieser Entwurf fand die beinahe uneingeschränkte Zustimmung Barthélemys und Bachers. Auch aus Berlin brauchte Hardenberg keine nennenswerten Einwände gegen diesen Plan mehr zu befürchten. Wie eilig man es dort mit der Unterzeichnung hatte, geht u. a. auch aus einer Weisung hervor, die Haugwitz damals an Hardenberg richtete[17]. Man glaubte, daß die Friedenspartei in Frankreich so sicher im Sattel saß wie nie zuvor; man stand unter dem Eindruck der deprimierenden Nachrichten von einer österreichisch-russischen Verständigung in der polnischen Frage[18]; man wußte um die Haltlosigkeit aller Gerüchte über eine Wiederannäherung Englands an Preußen; man fürchtete die zwar unverbürgte, aber immer wieder glaubwürdig vorgetragene Fabel einer österreichisch-französischen Fühlungnahme[19]. Kurz, man wünschte, den Vertrag recht bald in Händen zu haben, sofern er die Neutralitätslinie und einen einigermaßen vertretbaren Modus für die Ab-

---

[17] Weisung an Hardenberg, 5. 4. 1795 (Pr. G. St. A.).

[18] Eine genaue Kenntnis der Petersburger Verhandlungen vermochten Tauentziens Berichte nicht zu verschaffen. Sybels These, in diesen Verhandlungen und dem Abschluß vom 3. 1. 1795 die «tatsächliche Veranlassung des Basler Friedens» zu sehen, muß auf Grund der Untersuchungen Vivenots und vor allem Hüffers als unzutreffend angesehen werden. Der vollständige Vertragstext wurde bekanntlich erst 1852 zugänglich. Zwar wußte man in Berlin schon vor der im August 1795 erfolgten offiziellen Bekanntgabe der Polenteilung von der geheimen Fortsetzung der österreichisch-russischen Besprechungen, aber im wesentlichen tappte man doch im Dunkeln. Der Basler Friede kann jedenfalls durch diese Petersburger Verhandlungen nicht gerechtfertigt werden. (Vgl. u. a. Sybel, Ergänzungsband, 95, 105; Hüffer, I, 136 ff. nebst Ergänzungsheft; Vivenot, Sachsen-Teschen, II, 2, 266 ff. ders., Thugut, Clerfayt, Wurmser, LVII ff.)

[19] Die Gerüchte von diesen angeblichen Verhandlungen, die auf der Basis einer Abtretung Belgiens und des linken Rheinufers an die Republik gegen eine endgültige Erwerbung Bayerns durch Österreich unter Vermittlung Carlettis, des toskanischen Gesandten in Paris, geführt sein sollen, traten damals mit erstaunlicher Regelmäßigkeit auf und haben vor allem im Frühjahr und Sommer 1795 bei der Begegnung Hardenbergs mit Merlin de Thionville in Hüningen, bei der Entsendung des Geheimrats Gervinus nach Paris und der Reise Hardenbergs nach Potsdam die preußische Staatskunst in die hellste Erregung versetzt. Das Verdienst, die Zusammenhänge entwirrt und die von Sybel gezogenen Schlußfolgerungen richtiggestellt zu haben, kommt Hüffer zu, der sich vor allem auch der wichtigen Veröffentlichung von Jean Reynaud, Vie et correspondance de Merlin de Thionville, Paris, 1860, ausführlich bediente. Danach kann die These, daß Carletti im Auftrage Thuguts geheime Besprechungen in Paris eingefädelt habe, nicht aufrechterhalten werden. (Vgl. hierzu Vivenot, Thugut-Clerfayt-Wurmser, LXI ff. sowie an anderen Stellen; Sybel, III, 414 ff.; Heigel, II, 184 f.; Hüffer, I, 142 ff. und Ergänzungsband, 175 ff. und 193; Steiner, Ochs-Korresp., I, CCIV ff. und 453 ff. – Über die Härte der Polemiken (Sybel!) vgl. das Memoirenwerk Hüffers, 132 ff., 190 ff., 193, 204 ff., 211, 221, 225, 229 f., 255 f.)

tretung der linksrheinischen Gebiete enthielt. Der König lobte seinen Unterhändler, daß er die Linie so sehr im Lichte der sich für Frankreich ergebenden Vorteile dargestellt hatte. Nur ihr Verlauf veranlaßte ihn noch zu einigen Bemerkungen. Von Emden bis zur Nidda und Höchst entsprach sie ganz seinen Erwartungen. Jedoch die Verlängerung über Höchst hinaus bis zur pfälzischen Grenze hielt er insofern für gefährlich, als die österreichischen Streitkräfte in dem ihnen verbleibenden Gebiet am Oberrhein sich nicht entfalten, mithin neue Komplikationen eintreten konnten. Lieber hätte man in Berlin gesehen, wenn die Linie von Frankfurt oder Höchst aus auf dem rechten Mainufer verlief, dann dem Lauf der Tauber folgte, um alsdann, nur noch den fränkischen Kreis umschließend, der böhmischen Grenze zuzustreben. Man war in Berlin sogar bereit, auf die über Höchst hinausgehende Verlängerung ganz zu verzichten, sofern in einem besonderen Artikel die Neutralität der fränkischen Lande zugesagt wurde. Schon allein wegen der hohen Kosten, die ein übergroßes Observationskorps verursachte, war dem König an einer so weit ausgreifenden Linie nicht gelegen. Im übrigen war man jedoch mit dem einverstanden, was Hardenberg ausgehandelt hatte. Nach Bischoffwerders Worten war «die Mehrheit der Stimmen gegen alles, was die Beendigung der Negotiationen verzögern» konnte [20].

Allein ehe diese Einwendungen in Basel vorlagen, waren die Verhandlungen endgültig in ihr letztes Stadium getreten. Als der Kurier die bereits erwähnte Bewilligung der Neutralisationslinie aus Paris mitbrachte, war die Lage mit einem Male ungemein entspannt. Um ganz sicher zu gehen, verlangte Barthélemy noch eine schriftliche Verpflichtung Hardenbergs, gegen Holland und die übrigen besetzten Gebiete keine feindlichen Unternehmungen durchzuführen. Hardenberg hielt das zwar für überflüssig, willigte aber schließlich doch ein, daraus einen Geheimartikel zu machen. Desgleichen fand er sich auf Barthélemys Ersuchen bereit, eine Bestimmung in den Vertrag aufzunehmen, nach der die Stände innerhalb der Linie sich verpflichteten, den im Kriege mit Frankreich befindlichen Mächten keine Truppen zur Verfügung zu stellen. In dem 2. Geheimartikel hatte Barthélemy eine Formulierung gewünscht, wonach die Preußen in Aussicht gestellte Entschädigung auf dem *rechten* Rheinufer zu suchen sein sollte. Hardenberg lehnte dieses mit dem Bemerken ab, daß der Staat sich dadurch zu sehr kompromittiere, falls dieser Artikel einmal be-

[20] Bischoffwerder an Hardenberg, Potsdam, 5. 4. 1795 (Pr. G. St. A.).

kannt würde. Er hielt zwar Säkularisationen für unvermeidlich, aber Preußen durfte sich nach seiner Ansicht nicht durch die Fassung eines Geheimartikels als künftigen Nutznießer eines solchen Prozesses kennzeichnen [21].

Damit waren im Rahmen des Möglichen alle Gegensätze abgetragen. In den späten Abendstunden des 5. April 1795, des Ostersonntags, wurde der Friede unterzeichnet. Bis zuletzt war der Abschluß der Verhandlungen noch so geheim gehalten worden, daß selbst am Tage der Unterzeichnung das Gerücht vom Abbruch aller Beratungen sich bilden und verbreiten konnte [22].

Hardenberg wurde seines Friedenswerkes nicht recht froh. Er drückte zwar die Hoffnung aus, daß nun auch das Reich sich bald des Friedens wieder erfreuen möchte, und verkannte nicht, daß der Vertrag dem Staate ermöglichte, bis weit in das obere Deutschland hinüberzugreifen. In dem Immediatbericht, den er dem Major von Meyerinck mitgab, als er diesen mit dem Vertragstext am 6. April nach Potsdam schickte [23], nannte er den Frieden gefahrlos, weil er die norddeutsche Neutralität verbriefte und für das gesamte rechtsrheinische Reichsgebiet einen dreimonatigen Waffenstillstand ermöglichte, vorteilhaft, weil er im Falle einer Aufgabe des linken Rheinufers dem König eine passende Entschädigung verhieß, und ehrenvoll, weil er ihm für die Zukunft einen weitreichenden politischen Einfluß einräumte. Aber man hat den Eindruck, daß diese Beurteilung mehr auf die Person des Königs berechnet war und nicht Hardenbergs eigene Ansicht enthüllte. Erinnert man sich der Empfindungen, mit denen er wenige Wochen zuvor seine Beauftragung übernommen hatte, so klingen seine Worte jetzt wenig überzeugend. War es wirklich seine persönliche Ansicht, wenn er am 8. April Albini gegenüber meinte, die französischen Expansionen würden bald ein Ende haben, sofern Mainz sich nur halte, oder wenn er am 10. April nach Potsdam berichtete, er glaube mehr und mehr daran, daß die Franzosen am Ende doch noch auf das linke Rheinufer verzichteten? [24] Was aber die Vermittlerrolle des Königs betraf, so mußte er sich doch darüber klar sein, daß die Republik keine konkrete Zusicherung gegeben hatte. Es war überhaupt die Frage, ob angesichts der

---

[21] Hardenberg an den König, 15. 4. 1795 (Pr. G. St. A.).

[22] Ochs, a. a. O., VIII, 175. Siehe auch Clerfayt an den Kaiser, 7. 4. 1795 (Vivenot, Thugut-Clerfayt-Wurmser, 100).

[23] Hardenberg an den König, 6. 4. 1795 (Pr. G. St. A.); vgl. Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 16 germinal (5. 4. 1795) bei Kaulek, V, 163; ferner Hardenberg an Möllendorff, 6. 4. 1795 (Pr. G. St. A.).

[24] Hardenberg an Albini, 8. 4. 1795; (Pr. G. St. A.).

immer heftigeren Spannung zu Österreich ein dreimonatiger Waffenstillstand genügte, um in Regensburg Reichsfriedensverhandlungen einzuleiten.

Am 13. April war die Nachricht von der Unterzeichnung des Friedens in Berlin eingetroffen. Auf dem Wege nach Potsdam hatte Meyerinck in der Nähe von Leipzig die Neuigkeit einer Dame der Berliner Gesellschaft anvertraut, die sich ihrerseits damit schnell auf den Weg nach Berlin machte und ausplauderte, was auszuplaudern war. So hatte sich in der Hauptstadt die Kunde bereits mit Windeseile verbreitet, als Meyerinck vom König empfangen wurde. Vom Monarchen beauftragt, die Botschaft sogleich auch der in Berlin weilenden Königin zu übermitteln, speiste Meyerinck erst einmal in einem Potsdamer Gasthaus, und was er dann noch der hohen Frau mitzuteilen hatte, war dieser nichts Neues mehr. Statt eines ihn auszeichnenden Dankes zog sich der Major das Mißfallen seines Königs zu und verscherzte sich, wenn die Vermutungen der Zeitgenossen zutreffen, die Beförderung zum Oberst [25], hatte man doch im Ministerium den Frieden geheim halten wollen, bis der König die Zarin verständigt hatte.

Die Minister waren über den Friedensschluß des Lobes voll. Mit dem Verlust des linken Rheinufers hatten sie sich schon vor einiger Zeit abgefunden. Den Triumph des französischen Willens empfanden sie nicht so sehr wie die wirtschaftliche und militärische Entlastung, die der Friede versprach. Man war geradezu blind geworden vor der Tatsache, daß Preußen nunmehr aus der Reihe der politisch Agierenden ausgeschieden war. Was verblieb, war die sehr fragliche Aussicht auf eine territoriale Entschädigung, auf die Führung der deutschen Kleinstaatenwelt und einen Frieden für ganz Europa. Daß sie die Ruhe der Monarchie mit einem recht anfechtbaren Handeln gegenüber dem Reich und einer bedenklichen Hintansetzung der militärischen Tradition erkauft hatten, kümmerte sie wenig. Es berührte sie auch kaum, daß gerade durch die Haltung Preußens die Brüchigkeit des alten Reiches zu Tage

---

[25] Siehe hierzu den Brief eines Unbekannten, Hamburg, 12. 5. 1795 (Kaulek, V, 244, ferner S. 288), vor allem auch Haugwitz an Hardenberg, 16. 4. 1795 (Pr. G. St. A.). Soll man einem Bericht Clerfayts glauben, so war das schon die zweite Indiskretion, die sich Meyerinck in diesem Zusammenhang leistete. Danach hatte Meyerinck sich auch bei Hohenlohe aufgehalten. Dieser habe Clerfayt erzählt, Meyerinck sei mit Briefen nach Berlin beauftragt, deren Inhalt Hohenlohe zwar nicht kenne. Aber ein Bockenheimer Großhändler habe mit Meyerinck gesprochen und Clerfayt darauf versichert, Meyerinck habe ihm gesagt, er sei der Überbringer eines vorteilhaften preußisch-französischen Friedens (Clerfayt an Thugut, 9. 4. 1795; Vivenot, Thugut-Clerfayt-Wurmser, 100 f.).

trat und daß sie selbst zugleich auch zum Schrittmacher seines Unterganges wurden. Man nahm allgemein die Kunde von dem Friedensschluß mit Erleichterung auf [26]. Das Heer war kriegsmüde und feierte jetzt in den neuen Stellungen und mehr noch in den Garnisonen der Heimat den denkwürdigen Tag. Nur wenige wie Hohenlohe standen abseits und nahmen die Friedensbotschaft mit gemischten Gefühlen auf [27]. In der Hauptstadt wie in allen Teilen des Landes hielt die Bevölkerung den Atem an. Zahllos sind die Zeugnisse der Freude, als unter dem Salut der Geschütze die Kunde übermittelt wurde. Dankgottesdienste und Friedensfeste bewiesen, wie zufrieden man mit dem Erreichten war, und im Schutze der Neutralität ging jetzt so mancher wackere Preuße seinem Tagewerke nach. Möllendorff gratulierte Bacher in überschwenglichen Worten und dankte in einem Brief an Hardenberg Gott für die Gnade des Friedens. «Heil dem preußischen König und herzlicher Dank!» triumphierte Bischoffwerder, und Haugwitz schrieb an Hardenberg: «Daß ich Sie, mein teuerster Freund,mit dem Gefühl der Freude und des Dankes, das mich durchströmt, umarmen könnte!» Görtz sah den Monarchen schon zum wahren Lenker der deutschen Geschicke emporsteigen. Dem Wiener Hofe werde jeder Einfluß im Reich genommen werden, schrieb er, Frankreich werde alle Fürsten zu Freunden des preußischen Systems machen, und Preußen werde nicht zögern, mit der Republik Hand in Hand zu gehen. Prinz Heinrich war am Ziel seiner Wünsche. Bacher beteuerte ihm, wie glücklich Frankreich sich schätze, daß unter seinen Auspizien die Bande der alten Freundschaft wieder geknüpft seien. In wortreichen Wendungen griff die Antwort des Prinzen, die der Moniteur veröffentlichte, den Gedanken auf, und in einer «Deklaration», die er einem Glückwunschschreiben an seinen Neffen beilegte, unternahm er es, die Friedenspolitik vor dem Heer, den Untertanen und den bisherigen Verbündeten zu rechtfertigen und allen Verleumdungen von vornherein entgegenzutreten [28].

---

[26] Möllendorff an Bacher und Hardenberg, Osnabrück, 13. 4. 1795; Prinz Heinrich an Bacher, 14. 4. 1795 (Kaulek, V, 179; Otto, a. a. O., 39 f.); Bischoffwerder an Hardenberg, 16. 4. 1795; Haugwitz an Hardenberg, 16. 4. 1795; Dohm an Hardenberg, 26. 4. 1795 (sämtlich i. Pr. G. St. A.). Ferner Zeißberg, Zur deutschen Kaiserpolitik Österreichs; Sitzungsberichte der phil.-hist. Klasse d. kais. Akad. d. Wiss. Wien, Bd. 118, S. 11 ff., Wien 1889.

[27] Hohenlohe an Hardenberg, 10. 4. 1795 (Pr. G. St. A.), ferner Vivenot-Zeißberg, Quellen, V, 202 ff.

[28] Krauel, a. a. O., 108 ff.; Heinrich an den König, 17. 4. 1795 (Hausarchiv, Krauel, 212). Die Deklaration bei Krauel nach der Hs. des Hausarchivs, S. 209 ff. In der Antwort des Königs auf den Glückwunsch des Prinzen wird

Der König hat die allgemeine Freude über den Abschluß des Vertrages nicht geteilt. Er war sich der Wandlungen der preußischen Staatskunst seit 1786 wohl bewußt. Wie hoffnungsvoll war er 1792 in den Kampf gezogen! Wie fühlte er sich berufen, die Legitimität der europäischen Fürstenfamilien zu verteidigen gegen die Angriffe der Advokaten und Tribünenredner! Wie sehr war er doch des Glaubens gewesen, mit wenigen, heftigen Schlägen die Revolution ersticken und das Königtum wiederherstellen zu können! Dann waren in der Champagne die ersten Enttäuschungen über ihn gekommen. Seine Gesundheit litt, seine Stimmung verdüsterte sich, sein Antlitz vergreiste. Dann nahmen die Strapazen und Drangsale in Polen dem verfallenen, alternden Mann den Rest seiner Kräfte. Körperlich gebrochen, in Pessimismus und Resignation versunken, mißmutig und verzweifelnd, kraftlos und willensschwach, so stellte ihn das Schicksal vor die Entscheidungen des Jahres 1794. Es kann kaum überraschen, daß er mit der Zeit all denen erlag, die ihn zum Frieden drängten. Man muß sich eigentlich wundern, daß er sich überhaupt so lange immer wieder gegen unwürdige Zumutungen aufbäumte.

Auch jetzt, da der Vertragstext vor ihm lag, konnte er seine Verstimmung nur schlecht verbergen. Das Odium des Koalitionsbruchs vor Augen, quälte ihn der Gedanke, daß ausgerechnet er es sein sollte, der mit den Königsmördern paktierte. Da erschien am 20. April Lord Spencer noch einmal in Berlin, um ihn über eine preußisch-englische Wiederannäherung zu sondieren [29]. Kam der Lord auch zu spät, so hat der König über diesen Besuch doch eine gewisse Genugtuung empfunden. Er fühlte, daß England ihn noch nicht ganz verlassen hatte. Als Spencer die Befürchtung aussprach, Preußen könne über den Frieden hinaus zu einer Allianz mit Frankreich fortschreiten, widersprach er lebhaft. Daß er sich immer noch den Verbündeten von gestern verpflichtet fühlte, zeigt die Anweisung an Lucchesini, alle argwöhnischen Vermutungen Österreichs, Preußen werde eine gegen die Kaiserhöfe sich richtende Politik verfolgen, möglichst zu entkräften [30]. Zeitgenossen erzählten sich, daß er sogar verboten habe, in seiner Gegenwart über den Frieden auch nur zu sprechen. Als die Königin ihre Absicht bekundete, aus Anlaß des Friedens ein Fest zu ver-

---

der Friede überhaupt nicht erwähnt. Nur in kühlen Worten bedankt sich der König für die Übersendung der Denkschrift (d. i. Deklaration).

[29] Spencer an Grenville, 21. 4. 1795 (Herrmann, a. a. O., 514).

[30] Haugwitz an Hardenberg, 16. 4. 1795; der König an Lucchesini, 12. 5. 1795 (Pr. G. St. A.).

anstalten, ließ ihr Gemahl sie bitten, davon abzusehen, da der Anlaß den Aufwand nicht rechtfertige [31]. Das war deutlich.

Wie ganz anders war doch die Beurteilung des Friedens im französischen Lager! Im Vollgefühl seines Sieges billigte der Konvent unter den Rufen «Vive la République» einstimmig den Vertrag, den der Ausschuß ihm vorlegte. Wenn auch die Geheimartikel nicht bekannt waren, so hatte doch jedermann in der Versammlung die Gewißtheit, daß den Forderungen des Vaterlandes Genüge geschehen war. Aus Zürich, Freiburg, Bern liefen unausgesetzt Beifallskundgebungen bei Barthélemy ein. Die Präsidenten verschiedener Departemente, die Kommandeure mancher Truppenteile waren voller Freude. Der Abbé Barthélemy de Courcay, der Bruder des Unterhändlers, nahm täglich Glückwünsche entgegen, wie er am 12. April nach Basel schrieb.

In Wien war man entrüstet. Die Möglichkeit, die für Preußen bestand, sich zum Schiedsrichter über das Reich zu erheben, die Fürsten dem Kaiser zu entfremden und die Reichsverfassung zu stürzen, erstand nun drohend vor aller Augen. Barthélemy und Bacher rechneten schon mit der größten Verwirrung in der militärischen und politischen Führung Österreichs, ja, mit einer allgemeinen Erhebung des schwäbischen Kreises zugunsten des Friedens [32]. Man stand jetzt allein an der Rheinfront und konnte mit den Fingern auf die Preußen zeigen, die sich so sang- und klanglos davongemacht hatten. Clerfayt, der immer noch nicht die Hoffnung auf ein Zusammengehen mit den preußischen Streitkräften begraben hatte, hielt zunächst einmal mit seinen operativen Maßnahmen inne. Selbst als ihm aus Wien der Befehl zuging, den Rhein erneut zu überschreiten, Mainz zu entsetzen, gegen Landau und Hüningen zu marschieren, den Abzug weiterer Reichstruppen nicht zu gestatten und die Demarkationslinie zu ignorieren, verhielt er sich vorwiegend passiv.

Diese Haltung entsprach nun freilich nicht den Absichten des Kaisers und Thuguts. Letzterer sprach von einem «skandalösen Abfall» und einem «vollgültigen Beweis der schändlichsten Untreue». In Lucchesinis Berichten spiegeln sich deutlich die Anklagen und Drohungen wider, die der Gesandte in Wien mittelbar oder unmittelbar zu hören bekam [33]. Man fürchtete, daß ein großer

---

[31] Dietrichstein an Thugut, 20. 4. 1795 (Vivenot, Quellen, V, 222).

[32] Görtz an Hardenberg, 21. 4. 1795 (Kaulek, V, 215). Bacher an den W. F.-Ausschuß, 10. 4. 1795; Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 12. 4. 1795 (Kaulek, V, 175); Bacher an den W. F. Ausschuß, 23. 4. 1795 (Kaulek, V, 200).

[33] Lucchesinis Bericht aus Wien vom 18. 4. 1795 und Reskript des Kabinetts an ihn vom 3. 5. 1795 (Pr. G. St. A.).

Teil der Reichsstände den Lockungen des Nordens folgte. Um nicht alles Ansehen zu verlieren, ergingen eindeutige Befehle an die Armee, wieder die Offensive zu ergreifen. Thugut tat alles, um die mit der Räumung Belgiens eingetretene Verstimmung Englands zu beschwichtigen, und betonte den ungebrochenen Kampfwillen damit, daß er unerachtet mancher Schwierigkeiten Grenvilles Bedingungen annahm und im Mai neue Verträge mit England einging, die auch finanziell die Fortsetzung des Kampfes ermöglichten [34].

Abgelehnt wurde der Friede natürlich auch in London. Die Berichte des Grafen Ludwig Starhemberg, des österreichischen Gesandten an der Themse, enthüllen den Haß, der in fast allen Schichten der Bevölkerung gegen Preußen sich regte. Durch «seine infame Feigheit» und den Verrat der europäischen Sache, so heißt es in einem Bericht, sei der Staat der allgemeinen Verachtung anheimgefallen [35]. In Berlin wurden ähnliche Urteile bekannt.

Wichtiger aber als die Haltung Englands und Österreichs war die Stimme der Zarin. Man erwartete keinen günstigen Widerhall, aber man versuchte doch, das Ärgste abzuwenden. Es hing für Preußen viel davon ab, ob es gelang, nach der Entlastung im Westen sich wieder dem Osten zuzuwenden, ohne die Zarin zu verbittern. In diesem Sinne hatte Friedrich Wilhelm unmittelbar nach dem Eintreffen der Friedensbotschaft Katharina in der verbindlichsten Weise versichert, daß nichts in der Lage sei, das gute Einvernehmen und die Allianz zwischen ihnen zu stören [36]. Die Zarin antwortete umgehend mit den besten Glückwünschen zum Frieden und wiederholte ihrerseits die Versicherungen des Königs, das beiderseitige Freundschaftsverhältnis nach Kräften zu pflegen.

Nach allem, was voraufgegangen war, durfte der König damit zufrieden sein. Es war zu hoffen, daß eine nüchterne Beurteilung der Lage sich durchsetzte, nachdem sich die ersten elementaren Ausbrüche des Unwillens in den höchsten russischen Regierungskreisen gelegt hatten. In der Tat bot das äußere Bild manche Anhaltspunkte hierfür. Bezeichnend war so z. B. das gute Einvernehmen zwischen den beiderseitigen Militärs in Polen. Zwar hat die

---

[34] Am 4. 5. wurde ein österreichisch-englischer Subsidienvertrag abgeschlossen, dem bereits am 20. 5. ein neuer Bündnisvertrag folgte, zu dem auch Rußland eingeladen werden sollte (Vivenot-Zeißberg, V, 200 f. und G. F. Martens, Recueil des principaux traités, VI, 522 ff.); Sybel, H. Z., 23, S. 148. Siehe auch Herrmann, a. a. O., 516.

[35] Starhemberg an Thugut, 17. 4. 1795 (Vivenot-Zeißberg, V, 171).

[36] Haugwitz an Hardenberg, 25. 4. 1795 (Pr. G. St. A.). Vgl. auch Katharinas Antwort bei Vivenot-Zeißberg, V, 189.

im August erfolgte Mitteilung der dritten polnischen Teilung in Berlin noch einmal recht abkühlend gewirkt, aber da die Zarin in ihrem nie ganz abgerissenen Briefwechsel sich recht freundlich gab und der König ebenso behutsam vorging, war die ärgste Krise überwunden, als Preußen im Oktober seinen Beitritt zum Teilungstraktat vollzog [37].

Aber dieser zunächst günstige Eindruck entsprach in keiner Weise der tatsächlichen Einstellung der Zarin zur preußischen Friedenspolitik. Whithworth wußte zu berichten, daß sie, von Thugut beeinflußt, die Reichsfürsten durch den Grafen Romanzow ermahnen und warnen ließ, sie möchten doch kein Schisma des Reiches heraufbeschwören, sondern sich dem Kaiser als dem einzig gesetzlichen Oberhaupt des Reiches wieder anschließen. Ihren Vertrauten gegenüber hielt die Zarin mit ihrer Empörung über die Politik des Königs nicht zurück, indem sie etwa folgendes in einem Briefe niederschrieb: «Cette paix infâme, honteuse, désastreuse, qu'un roi sans foi ni loi avait signé avec les bandits régicides et l'écume du genre humain . . .[38].»

Es war verständlich, wenn ein in der alten Reichsgeschichte so unerhörter Vorgang wie der Basler Friede in der deutschen Öffentlichkeit zwiespältig beurteilt wurde. Für Preußen fallen dabei jedoch die Stimmen der Ablehnung kaum ins Gewicht. Die Sehnsucht nach einem gesicherten Frieden und die nicht ganz unbegründete Furcht vor einer weiteren Kampagne entluden sich hier nun, da der Friede endlich Wirklichkeit geworden war, vielerorts zu wahren Demonstrationen der Freude und der Huldigung für den Landesherrn, über die Reuß wiederum mit deutlich spürbarem Abscheu nach Wien berichtete[39].

Außerhalb der Monarchie und mehr noch des neutralisierten Nordens war die Beurteilung des Friedens eine andere. Ein unüberhörbarer Chor von Stimmen erhob sich hier, die das Vertragswerk verwarfen. In Zeitschriften und Flugschriften, in Gazetten und Einblattdrucken jener Wochen spiegelt sich die ganze Skala

---

[37] Der König an Hardenberg, 25. 8. 1795 (Pr. G. St. A.); vgl. auch Ranke-Hardenberg, I, 325 f. Daß man in Berlin nicht ohne Besorgnis war, zeigt Spencers Bericht an Grenville vom 9. 5. 1795 (Herrmann, 520). Der König unterließ es auch nicht, seinen kommandierenden General in Polen anzuweisen, vorsichtshalber alles für eine schnelle Truppenzusammenziehung Notwendige vorzubereiten.

[38] Whitworth an Grenville, Petersburg, 7. 7. 1795, und Spencer an Grenville, Berlin, 11. 4. und 9. 5. 1795 (Herrmann, 517, 519 f.).

[39] Reuß' Bericht vom 14. 4. 1795 und öfter (Ernstberger, 115).

der Vergehen, die Preußen zum Vorwurf gemacht wurden [40]. Man erinnerte an den Enthusiasmus von 1792 und verstand nicht, daß der preußische Adler nun schwunglos und flügellahm die Geborgenheit seines Horstes wieder aufsuchte. Man warf dem Hohenzollernstaate vor, mit den Feinden des Reiches sich verständigt zu haben, mit Königsmördern und Gottesleugnern, Illuminaten und Untergründigen, mit denen, die die Throne und Altäre zu stürzen suchten. Preußen treffe die Schuld, hieß es da, wenn der alte Zustand der Dinge wanke und die Sitten der Völker sich lösten, da es Kaiser und Reich verraten und durch die Neutralisierung des Nordens und die Politik der Vermittlung zu seinem Eidbruch auch noch eine folgenschwere Spaltung des Ganzen heraufbeschworen habe. Unerschöpflich in derlei Vorwürfen ist die Flugschriftenliteratur jener Zeit. Zugleich aber zieht sich durch sie in ungezählten Variationen der Gedanke hindurch, daß über allen Territorien immer noch wie eine wölbende Kuppel das Reich, über allen Fürsten der Kaiser, über allen ständischen Ambitionen der Reichsgedanke sich erhob. Gerade gegen diese historischen Wirklichkeiten habe Preußen sich vergangen. Mochte auch manch wackerer Publizist den Frieden im Lichte der letzten Jahrhunderte betrachten, auf die immer mehr sich verengende Gewalt des Reichsoberhaupts, auf die Schatten und Schemen der alten Reichsherrlichkeit verweisen, oder gar an Separatverträge und Allianzen in vergangenen Zeiten erinnern, die meisten Streitschriften erhoben sich dabei nicht aus der Sphäre der politischen Polemik für und wider Preußen. Für die meisten war der Friede ein einmaliger Akt partikularer Selbstgerechtigkeit. Kaum jemand ordnete ihn ein in die Kette der Versuche, die Bevormundung durch das Reich abzustreifen, in die er doch gehörte, wenn er auch durch die Auseinandersetzung mit der Revolution von einer gewissen immanenten Notwendigkeit war. Von einer bezeichnenden Oberflächlichkeit war diese Betrachtungsweise nicht freizusprechen, ging es ihr doch oft nicht um geschichtliches Verstehen, sondern um die Aufweisung einer geschichtlichen Schuld. Sachliche Urteile waren verhältnismäßig selten. Der Friede wurde vielmehr gar bald auf den Markt der politischen Auseinandersetzung gezerrt, die auf dem Felde der Wissenschaft namentlich in dem Jahrzehnt vor der Reichsgründung Bismarcks ihren Höhepunkt erreichte [41].

---

[40] Über die Publizistik zum Basler Frieden vgl. die Angaben bei Vivenot, Heigel, Sybel, Häußer, Tschirch, Häberlin (Staatsarchiv, I, 1796).

[41] Auf die wirkungslose Art, wie sich Preußen gegen diese Vorwürfe verteidigte, hat schon Häußer (II, 10) hingewiesen.

Siebentes Kapitel

Vom Friedensvertrag zur Convention Additionnelle

Nun kam es darauf an, aus Hardenbergs Werk den größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Man hatte es in Berlin offenbar sehr eilig. Die Ratifikationsurkunden, die Haugwitz und Alvensleben dem Monarchen am 15. April zur Unterschrift vorlegten, wurden noch am selben Tage nach Basel abgeschickt [1]. Gleichzeitig gab man den Wunsch zu erkennen, die Republik möge Barthélemy zu ihrem Gesandten beim Berliner Hof ernennen, wie umgekehrt der König sich schon entschlossen hatte, seinen bisherigen Vertreter in Madrid, den Baron von Sandoz-Rollin, in gleicher Eigenschaft nach Paris zu entsenden.

Lediglich gegen den Verlauf der Demarkationslinie wiederholte Friedrich Wilhelm seine schon einmal geäußerten Bedenken. Abgesehen von der Beanspruchung bedeutender preußischer Streitkräfte, mußte dem König daran gelegen sein, Österreich nicht über Gebühr zu reizen, da die zu erwartende Reaktion der Kaiserhöfe nicht gestattete, noch für eine ungewiß lange Zukunft beträchtliche militärische Anstrengungen im Westen und Süden zu machen, wo doch im Osten jeder Aufwand notwendiger und der Erfolg gesicherter zu sein schien. Ohne Zweifel ging die Linie vom 5. April erheblich über die preußischen Belange hinaus. Wo sie etwa bei Nördlingen fast bis an die Donau reichte, war sie überhaupt nur verständlich unter dem Gesichtspunkt einer baldigen preußischen Friedensvermittlung. Je unwahrscheinlicher aber der Abschluß eines allgemeinen Friedens wurde, um so verständlicher war, wenn der König eine Verkürzung der Linie verlangte. Niemals konnte man bei den Abmachungen vom 5. April stehen bleiben. Folgte ihnen unter preußischer Vermittlung nicht bald ein Friede mit dem Reich, so blieb das Werk von Basel ein Bruchstück, in dem jedermann den Auftakt zu einer reichsentfremdeten, ehrgeizigen Isolierungspolitik sehen konnte. Hardenberg vor allem hat diese Lage klar erkannt. Seine Sorge richtete er darum von nun an in erster Linie auf den Frieden mit dem Reich. Belastet freilich waren alle seine Bemühungen von Anfang an mit dem nahezu

---

[1] Niederschrift Finckensteins vom 14. 4. 1795; Alvensleben und Haugwitz an den König, 15. 4. 1795; zum folgenden auch der König an Hardenberg, 15. 4. 1794 und Niederschrift des Königs vom 16. 4. 1794 (sämtlich i. Pr. G. St. A.).

unvermeidbaren Verlust des linken Rheinufers. Erschwerend trat der Wunsch des Königs hinzu, die Demarkationslinie zu verkürzen, und die Sorge um die Respektierung dieser Linie durch Österreicher und Franzosen. Die ihm zugehenden Berichte klangen keineswegs ermutigend. Eintreibungen und Requisitionen rissen in den linksrheinischen Gebieten der Monarchie nicht ab. Der Kommandant von Wesel berichtete, wie aus den Kreisen Kleve und Xanten ganze Viehherden entführt wurden und wie bei Emmerich, also in einem Gebiet, das die Franzosen auf Grund des Vertrages hätten räumen müssen, Befestigungen angelegt wurden[2]. Mit der militärischen Besetzung sich nicht begnügend, rissen die Franzosen auch bald die Zivilverwaltung dieser Landstriche an sich. Hardenbergs Protest gegen die Zusammenfassung der sechs Kantone Mörs, Geldern, Kleve, Roermond, Xanten und Rheinsberg und ihre Unterstellung unter ein Verwaltungskollegium mit einem Nationalagenten an der Spitze, der seinerseits wieder an die Weisungen der Aachener Zentralverwaltung gebunden war, verhallte wirkungslos. Der Wohlfahrtsausschuß lehnte die wiederholt geforderte Wiederherstellung der preußischen Zivilverwaltung in Kleve, Geldern und Mörs ab [3].

Die Bevölkerung war empört. Hardenberg wurde beauftragt, den Franzosen umgehend Vorschläge zur Behebung dieser Zustände zu machen. Zwar trafen auch im Mai günstigere Nachrichten aus dem Westen ein; dennoch blieb das Mißtrauen der Minister wach, solange es dem Monarchen nicht gestattet war, Männer seines Vertrauens in jene Landesteile zu entsenden, um die zivile Verwaltung wieder selbst zu übernehmen. Die Hoffnungen jedoch, die Hardenberg in dieser Beziehung auf seinen Vertrag setzte, blieben unerfüllt.

---

[2] Abgesehen von der umfassenden Quellenveröffentlichung von Hansen sei hier noch verwiesen auf: F. Meyers-Straelen, Die Franzosenherrschaft im Gelderland 1792–1814 (Veröffentlichung d. hist. Ver. f. Geldern u. Umg., Nr. 49, Geldern, 1930); Mestwerdt, Zur klevischen Geschichte aus der Zeit d. frz. Herrschaft, 1794–1814 (Jahresbericht des kgl. Gymnasiums zu Kleve, 1883), Programm Nr. 389, ferner II. Teil, Beilage zum Programm Ostern 1895, Programm Nr. 439), hier bes. I, 16 u. II, 3 ff. Siehe auch PS. zum Reskript an Hardenberg vom 21. 4. 1795 (Pr. G. St. A.); Barthélemy an den W. F.-Ausschuß, 20. 4. 1795 (Kaulek, V, 191); Hardenbergs Noten vom 15., 24. und 29. April und PS. zu seinem Bericht vom 14. 5. 1795 (sämtlich im Pr. G. St. A.).

[3] Der W. F. Ausschuß an Barthélemy, 4. 6. 1795 (Kaulek, V, 317); Hardenberg an Dohm, 6. 7. 1795; Dohm an Hardenberg, 14. 7. 1795; Harnier an Hardenberg, 12. und 27. Juni 1795; Hardenberg an Barthélemy, 4. 9. 1795 (sämtlich i. Pr. G. St. A.).

Diese Mißhelligkeiten bedrückten Hardenberg um so mehr, als sich theoretisch für Preußen bereits große Aussichten boten, aus dem Sonderfrieden Kapital zu schlagen. Gewisse Sondierungen des Barons de Vignet, des sardinischen Gesandten in der Schweiz, hatten dazu geführt, daß auf Haugwitz' Vorschlag der König sich bereit erklärte, Sardinien seine guten Dienste zu bewilligen, falls Frankreich damit einverstanden war. Der preußische Gesandte in Turin wurde angewiesen, den dortigen Hof entsprechend zu benachrichtigen [4]. Hessen-Homburg erbat Mitte April die Intervention des Königs, und Wilhelm v. Hessen-Kassel, der schon in einem Brief vom 28. Februar an Karl Friedrich von Baden seinen Entschluß zum Ausdruck gebracht hatte, sich nach dem preußischen Vorbild vom Kriege zurückzuziehen, entsandte noch im April Herrn von Waitz mit Vollmachten zu Hardenberg nach Basel [5]. Württemberg, ohnehin um das Schicksal des Reiches wenig besorgt, hatte schon vor dem Abschluß des preußischen Friedens durch Mittelsmänner wie den späteren Hofrat Kämpf mit französischen Agenten Verbindungen angeknüpft. Herzog Karl Eugen galt an der Donau als «Preuße vom Scheitel bis zur Sohle» [6]. Bayern war kriegsmüde, Baden war friedenswillig und mit ihm die meisten süddeutschen Stände. Der Herzog von Zweibrücken ließ durch seinen Abbé de Tholey verkünden, daß auch er in Kürze einen Vertreter nach Basel entsenden werde. Die Stände des westfälischen Kreises versprachen sich alles von einem allgemeinen Reichsfrieden und setzten dabei ihre Hoffnungen besonders auf Friedrich Wilhelm [7]. In Münster, wo am 21. April die ersten genaueren Nachrichten über den Abschluß des Friedens eintrafen, griffen die Landstände diese Botschaft freudig auf und wandten sich wiederholt an den Fürstbischof, um die Rückberufung ihres Reichskontingents zu erwirken [8]. Diplomatische Vorstellungen weiterer Mitstände waren zu erwarten. Hätte die Anwesenheit österreichischer Truppen nicht zum vorsichtigen Lavieren genötigt, ihr Übergang auf die preußische Seite wäre damals wohl kaum zu vermeiden gewesen.

Welch eine Fülle von Möglichkeiten tat sich hier auf! Wie aus-

---

[4] Niederschrift Haugwitz', o. D. (Pr. G. St. A.).

[5] Polit. Korresp. Karl Friedrichs v. Baden, II, 306. Tatsächlich schloß er als erster am 28. 8. 1795 Frieden mit Frankreich. (Mertens, VI, 548).

[6] Vivenot, Vertrauliche Briefe des Frhrn. v. Thugut, I, 217.

[7] Dohm an Hardenberg, 22. 6. 1795 (Pr. G. St. A.).

[8] Aber alle Bemühungen Max Franz' wurden von Clerfayt und seinem Nachfolger, dem Grafen Erbach, abgelehnt. Erst nach dem Abschluß von Campo Formio wurde der Rückmarsch des Kontingents ermöglicht.

schließlich waren die Blicke der Süddeutschen auf den Norden gerichtet! Was hatte man in Wien anderes zu bieten als Krieg und Entbehrungen, während im Norden die Regimenter ihre Heimatgarnisonen bezogen und die Kirchenglocken den Frieden einläuteten! Aber zunächst sah die Härte des diplomatischen Alltags noch anders aus. Immer noch standen österreichische Streitkräfte am Rhein, in dem weiten Raum von Düsseldorf bis zur Lahnmündung, in der Gegend von Darmstadt und in den Gebieten des fränkischen Kreises. Wie sollte man da die Respektierung der Demarkationslinie durchsetzen! Trotz mancher Bedenken war Hardenberg geneigt, es bei den am 5. April getroffenen Vereinbarungen zu belassen. Hatte Preußen erst einmal einen so tiefen Griff nach Süddeutschland getan, so war seiner Ansicht nach nicht einzusehen, warum es ohne äußerste Not diese Positionen wieder aufgeben sollte. Auch die Höhe der Kosten für ein verstärktes Observationskorps war ihm kein triftiger Grund, jetzt einen politischen Rückzug anzutreten. Mit Unterstützung der interessierten Fürsten mußte es nach seinem Urteil möglich sein, die notwendigen Kräfte aufzubieten und zu armieren. Er war überzeugt, daß der Reichsfriede ohnehin nicht mehr lange auf sich warten ließ [9].

Neben dem König meldete jedoch auch der Wohlfahrtsausschuß gewisse Bedenken an. Er verbarg seine Enttäuschung darüber nicht, daß Barthélemy sich doch noch zur Aufnahme des letzten Abschnittes des Artikels 11 hatte bewegen lassen. Aber, so hieß es in dem Reskript an Barthélemy, da man Preußen nicht zumute, die französischen Operationen hindern zu wollen, habe man am Ende doch alle Bedenken zurückgestellt. Auch Preußen wisse, daß diesem Präliminarvertrag noch ein viel wichtigerer folgen müsse. Es liege ganz bei ihm, dereinst gemeinsam mit der Republik den nützlichsten Einfluß auf ganz Europa auszuüben [10]. Ein zweiter Einwand betraf Hannover. Man bedauerte, daß Barthélemy auf die von Hardenberg in Aussicht gestellte Verpflichtung, dieses Land militärisch zu besetzen, verzichtet hatte. Eine von dem preußischen Unterhändler nach dem 5. April überreichte Note konnte den französischen Erwartungen nicht entsprechen. Im Gegenteil: diese Note stellte bereits einen preußischen Rückzieher dar, da nämlich der vom König gemachte Eventualvorschlag,

---

[9] Görtz wurde am 18. 4. angewiesen, zwar bis zum Austausch der Ratifikationen keine offiziellen Demarchen zu unternehmen; doch durfte er unter der Hand nach eigenem Ermessen von dem Inhalt des Vertrages Gebrauch machen (Kaulek, V, 188).

[10] Der W. F. Ausschuß an Barthélemy, 22 germinal (11. 4. 1795) bei Kaulek, V, 173; vgl. auch Sorel, Rev. hist., V, 351 ff.

Hannover durch preußische Truppen zu besetzen, nur dann gelten sollte, wenn Hannover sich nicht den Bedingungen des 3. Geheimartikels unterwürfe. Nichtsdestoweniger entschloß sich der Ausschuß, die offenen Artikel des Vertrages unverzüglich dem Konvent zur Genehmigung vorzulegen.

Der Konvent hatte, nicht zuletzt aus Mißtrauen gegen den Ausschuß und Barthélemy, noch vor dem Eintreffen der Vertragstexte einen Bericht über die außenpolitische Lage verlangt. Pelet de la Lozère, der selbst Mitglied des Wohlfahrtsausschusses von Anfang November bis Anfang März gewesen war, referierte daraufhin in einer Weise, die geeignet war, das Mißvergnügen des Konvents noch zu steigern. Die Hoffnungen des Ausschusses, die Koalition durch Separatverträge aufzulösen, sei illusorisch geworden, bemerkte er; nur zum Scheine habe der König sich der Republik nähern wollen, um sich vom Reichstag mit der Vermittlung eines Friedens beauftragen zu lassen. Man müsse fürchten, Preußen halte alles in der Schwebe, bis ein endgültiger Vertrag mit den übrigen Mächten diese macchiavellistische Politik besiegele. Das Votum des Konvents stand noch keineswegs fest, als Reubell am 10. April namens des Ausschusses dem Konvent Bericht über den Frieden erstattete. Allein er sprach, wie die Abgeordneten es zu hören wünschten. Das Mißtrauen verflog, als er an ihren Patriotismus appellierte. Sie stünden im Begriff, so rief er ihnen zu, die Früchte ihrer Prinzipien zu ernten. Große Mächte, die sich geschworen hatten, der Republik den Untergang zu bereiten, hätten sich beeilt, den Konvent um Frieden zu bitten. Keinen Augenblick habe man vergessen, daß immer nur ein glorreicher Friede abgeschlossen werden durfte. Nun könne sich der Konvent überzeugen, daß dieses Ziel erreicht sei.

Der Konvent verstand diese Sprache. Am 14. April ratifizierte er den Vertrag einstimmig und ohne Diskussion, unter lautem Beifall und einem vielfältigen «Vive la République!» Tags darauf ratifizierte der Ausschuß auch die Geheimartikel [11]. Am 19. April lagen die französischen, am 23. die preußischen Ratifikationen in Basel vor. In Gegenwart aller Mitglieder beider Missionen wurden noch am selben Tage die Urkunden ausgetauscht, und dann gab Ochs allen Beteiligten ein festliches Mahl, von dem er in seinem Tagebuch notierte: «Nous avons célébré la Paix avec du Tockay[12].»

---

[11] Auszug aus dem Konventsprotokoll vom 25 germinal sowie aus dem Register der Beschlüsse des Wohlfahrtsausschusses vom 26 germinal (15. April) im Pr. G. St. A. Vgl. auch Kaulek, V, 180.

[12] Steiner, I, 446; Hardenberg an den König, 24. 4. 1795 (Pr. G. St. A.).

Die Franzosen konnten zufrieden sein. Hardenberg hatte bei der Unterzeichnung des Vertrages die mündliche Zusicherung gegeben, daß Preußen auf keinen Fall die militärischen Maßnahmen Frankreichs hemmen werde, und dabei den so viel umstrittenen Artikel 11 dahingehend erläutert, daß Frankreich diejenigen deutschen Staaten, für die sich der König verwenden würde, ohne weiteres besetzen dürfte, sofern es diese Reichsstände nicht feindlich behandelte und ihnen auch keinerlei Kontributionen auferlegte. So nämlich konnten die Truppen der Republik an die österreichischen heran, konnten sie auf ihre Territorien zurückwerfen und sich selbst an der Donau festsetzen. Was aber die Länder innerhalb der Linie betraf, so konnte Barthélemy auf Hardenbergs Erklärung verweisen, wonach Preußen im Falle der Ablehnung der Neutralität durch Hannover sich verpflichtete, dieses Land zu besetzen und für die Durchführung der eingegangenen Verpflichtungen Sorge zu tragen [13]. Mit dieser Formulierung blieb nach Barthélemys Auffassung für Frankreich eigentlich nichts mehr zu wünschen übrig, war doch kaum anzunehmen, daß ein Reichsstand innerhalb der Linie sich weigerte, die Bedingungen anzunehmen.

In Paris war der Wunsch durchaus lebendig, Preußen näher an sich heranzuziehen. Beide Mächte hätten im Augenblick eine unwiderstehliche Kraft, schrieb der Ausschuß nach Basel; Preußen könne sich jetzt an die Stelle Österreichs setzen und gemeinsam mit Frankreich Europa den Frieden diktieren [14]. Es ist nicht ausgeschlossen, daß hier die Furcht vor neuen militärischen Unternehmungen Österreichs eine Rolle gespielt hat. Für viele galt als ausgemacht, daß Clerfayt ernste Vorbereitungen traf, den Rhein zu überschreiten, um Luxemburg zu entsetzen. Auch Hardenberg schien bestürzt. Sein Neutralitätssystem mußte zusammenbrechen, wenn es den Österreichern gelang, erneut auf dem linken Rheinufer Fuß zu fassen. Noch waren die österreichischen Pläne nicht genau zu durchschauen. Die meisten erwarteten, daß Thugut versuchte, verschiedene, Preußen anhängende Staaten für sich zu gewinnen, sie einzuschüchtern und die Berliner Politik in möglichst schlechtes Licht zu rücken.

Man begreift also, wenn Hardenberg möglichst schnell die Verhandlungen zugunsten der Reichsstände auf Grund der Artikel 7 und 11 sowie des 3. Geheimartikels in die Wege zu leiten suchte.

---

[13] Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 7. 4. 1795 (Kaulek, V, 168); Hardenberg an Barthélemy, 15. 4. 1795 (Pr. G. St. A.). Vgl. auch Kaulek, V, 185.

[14] Der W. F. Ausschuß an Barthélemy, 22. 4. 1795 (Kaulek, V, 194).

Es galt zu verhindern, daß der Kaiser erneut die Initiative ergriff, sei es durch Verhandlungen Carlettis, sei es durch militärische Maßnahmen, die einen Umsturz des so mühevoll Erreichten zur Folge haben konnten [15]. Demzufolge trug er sogleich beim Austausch der Ratifikationen den Wunsch des Königs vor, die Linie zu verkürzen [16]. Der Verlauf der am 5. April vereinbarten Linie schließe für Preußen zu weitgehende Verpflichtungen in sich und verzettele seine Kräfte. Der Main biete hingegen eine viel günstigere Grenze gegenüber dem Operationsfeld im Süden.

Hardenberg unterließ es nicht, diese Verengung des preußischen Interessengebietes als das persönliche Anliegen des Königs hinzustellen. Er selber dachte anders und strebte eine Lösung ganz eigener Art an, die in einer besonderen Konvention niederzulegen und dem Reichstage bekanntzumachen wäre. Wenn es gelang, etwa vier große Durchmarschstraßen festzulegen, die den Franzosen und Österreichern auf ihren Vor- und Rückmärschen zur Verfügung standen, so glaubte Hardenberg damit einen Ausweg gefunden zu haben, der das am 5. April vereinbarte weite Ausgreifen Preußens in das obere Deutschland ermöglichte und auch die schweren Bedenken des Königs zerstreute, die sich auf die geringeren Operationsmöglichkeiten namentlich der Österreicher bezogen. Wenn den Truppen die Benutzung ganz bestimmter, über Köln, Koblenz und Mainz führender Straßen vertraglich eingeräumt würde und wenn es gelang, die Neutralität derjenigen Stände, durch deren Gebiet die betreffenden Straßen führten, aufrechtzuerhalten, so war damit allen österreichischen Vorwürfen der Boden entzogen. Zur Sicherung dieser Linie wäre nur ein Korps in Westfalen, ein kleinerer Truppenverband in den fränkischen Landen sowie eine mit hessischen, vielleicht auch mit sächsischen Kontingenten gemischte Garnison in Frankfurt notwendig gewesen. Hierzu hätte preußischerseits nach Hardenbergs Ansicht ein Teil der zurückmarschierenden schlesischen Regimenter genügt; alle übrigen hätten für andere Aufgaben bereitstehen können.

Ohne Zweifel war die Festlegung solcher Durchmarschstraßen ein Spiel mit dem Feuer. War nämlich die Neutralität der von diesen Straßen berührten Territorien nicht aufrechtzuerhalten, so mußten vor allem die Stände am Main und Mittelrhein sich tief enttäuscht wieder abwenden, und es mußte gerade da ein Ab-

---

[15] Über die angebliche Unterhandlung Carlettis im Auftrage Thuguts, siehe die Auseinandersetzung mit Sybel u. a. bei Hüffer, I, 142–162 sowie Ergänzungsband, 175–195.

[16] Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 23. und 25. April 1795 (Kaulek, V, 197, 202).

bröckeln der preußischen Einflußsphäre vor sich gehen, wo die norddeutsche Führungsmacht zunächst Fuß zu fassen suchte: im Raum zwischen Main und Neckar.

Nach und nach trafen in Basel die Entscheidungen über all die Fragen ein, die sich aus dem Vertragswerk ergeben hatten. So wurden Meyerinck und Bacher zu bevollmächtigten Kommissaren für den über Wesel und Basel vorgesehenen Austausch der Kriegsgefangenen ernannt [17]. Mit höflichen, aber bestimmten Worten lehnte der Ausschuß die Ernennung Barthélemys zum Gesandten in Berlin ab, so sehr Hardenberg auch darum gebeten hatte [18]. Ebenso ablehnend verhielt er sich in der Frage der Verlegung aller weiteren Verhandlungen von Basel nach Frankfurt. Über den wichtigsten Punkt – die Änderung der Demarkationslinie – erbat er sich wieder einmal zunächst nähere Einzelheiten [19]. Diese Verzögerung kam Hardenberg sehr ungelegen. Die Stände mußten wissen, woran sie waren. So aber blieb Görtz ohne amtliche Mitteilung aus Berlin. Konkrete Angaben über die preußische Vermittlungstätigkeit konnten von ihm in Regensburg nicht gegeben werden. Er beklagte sich bitter bei Hardenberg darüber, daß man ihn so im dunkeln ließ [20]. Er warnte, die Feinde Preußens gewännen die Oberhand; Kurmainz stünde im Begriff, sich wieder auf die Seite Österreichs zu schlagen. Er hatte nicht unrecht. Hardenberg konnte dem Herzog von Zweibrücken sein Land nicht wiedergeben und die Belagerung von Mainz nicht verhindern. Waren aber diese Voraussetzungen einer preußischen Reichspolitik nicht gegeben, so hörte die Vermittlung des Königs überhaupt auf, ehrenvoll und nützlich zu sein.

Dabei war der erste Widerhall der Friedensbotschaft in Regensburg für Preußen durchaus günstig [21]. Die norddeutschen Vertreter sparten nicht mit Lob und Zustimmung. Die Fürsten und Stände des schwäbischen und bayrischen Kreises hofften, daß nun auch das Reich sich bald für den Frieden entschiede. Kursachsen erhob unmißverständliche Vorstellungen in Wien. Freilich wurden auch viele Bedenken laut. Wie die Akten erkennen lassen, war den meisten Höfen recht unbehaglich zumute, daß ihre Friedenssehnsucht nach Lage der Dinge nur von Preußen gestillt werden konnte

---

[17] Der W. F. Ausschuß an Bacher, 29. 4. 1795 (10 floréal); (Kaulek, V, 220).

[18] Der W. F. Ausschuß an Hardenberg, 5. 5. 1795 (Kaulek, V, 224).

[19] Der W. F. Ausschuß an Barthélemy, 7. 5. 1795 (Kaulek, V, 228).

[20] Görtz an Hardenberg, 24. 4. 1795 (Pr. G. St. A.).

[21] Görtz an den König, 23. 4. 1795 (Pr. G. St. A.); vgl. besonders Schick, 180 ff.

und dieser Staat sich hierbei nicht verfassungsmäßiger Mittel bediente. Als Max Franz von Köln, der der Friedensnachricht zunächst keinen Glauben hatte schenken wollen, sich von der Richtigkeit der Meldung überzeugt hatte, war sein erstes Gefühl trotz aller Friedensliebe nicht das einer allgemeinen Erleichterung, er sah im Gegenteil für die Verfassung des Reiches sofort die größten Schwierigkeiten voraus [22]. Er nannte den Frieden rundweg einen Rechtsbruch, verübt von einem der mächtigsten Gliedstaaten des Reiches. «Der preußische Separatfriede hat meine Hoffnungen... vereitelt», schrieb er am 28. April an den Hofmarschall von Schall, «indem die Franzosen durch Verminderung der Zahl ihrer Feinde täglich arroganter werden.» Zwar wünsche jedermann einen Frieden, schrieb er unterm 3. Mai an Karg, seinen Vertreter in Regensburg, doch die veröffentlichten Artikel seien so gefahrdrohend, daß jeder biedere Deutsche die Fortsetzung des Krieges der Unterschrift unter solchen, die deutsche Nation herabwürdigenden Bestimmungen vorziehe. Es gebe nur eine Möglichkeit, den in Basel angebahnten Zustand zu überwinden, nämlich zur Vermeidung einer endgültigen Spaltung des Reichskörpers auf die weitere Verfolgung der preußischen Absichten zu verzichten und dafür um so energischer von Reichs wegen einen allgemeinen Frieden anzustreben.

Das war für Österreich der Augenblick, zur Gegenoffensive überzugehen. Es wurde eine Deklaration in Umlauf gesetzt, die dazu bestimmt war, Mißtrauen gegen Preußen zu säen und die Fürsten in ihren Friedenshoffnungen zu verwirren [23]. Wien habe, so hieß es darin, die Reichstagsbeschlüsse vom vergangenen Dezember günstig aufgenommen. Statt Verständigungsbereitschaft zu beweisen, habe Preußen in tadelnswerter Weise einen Separatfrieden geschlossen. Wenn andere Stände diesem Vorgehen folgten, bedeute das die Zerreißung des Reiches zum Vorteil des gemeinsamen Feindes. Auch der Kaiser sei willens, dem Reich einen soliden Frieden zu verschaffen. Er möchte daher wissen, wer den konstitutionellen Formen fest verbunden bleibe und wer, den preußischen Angeboten folgend, sich von ihm zu trennen beabsichtige. Als Reichsoberhaupt fordere er daher alle Stände auf, sich schnell zu entscheiden, um aller Gefahr zu begegnen. Auch gab der Vertreter des Kaisers zu verstehen, daß man in Wien bereit war, einen Friedenskongreß zu beschicken, sofern der Reichstag einen entspre-

---

[22] Braubach, Max Franz, 291 ff. Vgl. auch das Votum des Kurfürsten vom 12. Mai.

[23] Kaulek, V, 235; vgl. zum folgenden vor allem Schick, a. a. O., 185 ff.

chenden Beschluß faßte und den Franzosen ein Verhandlungsort vorgeschlagen werde [24].

Nimmt man hinzu, daß gerade damals erfolgreiche österreichisch-englische Subsidien- und Allianzverhandlungen anliefen, daß Rußland ersucht wurde, zur Beunruhigung Preußens größere Truppenverbände in Polen zu versammeln und an den süddeutschen Höfen den preußischen Absichten entgegenzuwirken, daß an die Reise, die Graf Lehrbach, der neuernannte Generaldirektor der Geheimen Hof- und Staatskanzlei, ins Reich unternahm, angeblich, um sein Abberufungsschreiben bei verschiedenen süddeutschen Höfen zu überbringen und seinen Nachfolger in sein Amt einzuführen, sich Gerüchte knüpften, nach denen er unmittelbare Friedensverhandlungen mit Merlin de Thionville einzuleiten hatte und die Stände von Preußen trennen wollte, so versteht man die peinliche Situation, in der Hardenberg und Görtz sich befanden [25]. Denn was hatten die Vertreter einer preußischen Reichspolitik den Ständen schon zu bieten? Der fränkische Kreis schien bereit, den österreichischen Einflüsterungen zu erliegen, und auch der Bischof von Würzburg konnte schon als Parteigänger der Wiener Politik angesehen werden. Der Mainzer Kurfürst freilich hielt Preußen einigermaßen noch die Stange. Sobald Preußen einen Weg zum Frieden zeige, erklärte sein Regensburger Vertreter, sei es Pflicht aller Fürsten, den Kaiser zu veranlassen, im Verein mit den Ständen für sich und das Reich die guten Dienste Preußens anzufordern. Geschehe dieses nicht, so bleibe nichts anderes übrig, als daß jeder für sich unmittelbar mit Friedrich Wilhelm in Verbindung trete. Er jedenfalls sei entschlossen, auf diesem Wege voranzugehen.

Diese Erklärung des mainzischen Gesandten erhellt sowohl die Gefahren für das Reich wie die Möglichkeiten, die sich der norddeutschen Führungsmacht mit dem Friedensvertrag boten. Prüfte man die letzteren aber genauer, so ergab sich, daß Preußen nur dann zum Erfolg kommen konnte, wenn die Veröffentlichung des beabsichtigten Abkommens über die Demarkationslinie nicht mehr länger auf sich warten ließ. So übergab Hardenberg an Barthélemy eine Abschrift jener von Österreich in Regensburg in Umlauf gesetzten Deklaration mit dem Erfolg, daß dieser mit Nachdruck in Paris für eine solche Veröffentlichung plädierte, um den Einfluß Preußens im Reich nicht zu gefährden, die österreichischen Vor-

---

[24] Siehe Postscriptum zu Hardenbergs Bericht vom 14. Mai.

[25] Der König an Hardenberg, 12. 5. 1795 (Pr. G. St. A.); ferner Vivenot-Zeißberg, Quellen, V, 170, 180; Häußer, II, 13; Hüffer, I, 192.

würfe gegen die preußische Politik zu entkräften und dem Feilschen der österreichischen Agenten um die Gunst der Reichsfürsten ein Ende zu machen [26]. Aber der Wohlfahrtsausschuß schwieg vorerst. Insgeheim forderte er den General Pichegru auf, sich vom militärischen Standpunkt aus über die Zweckmäßigkeit der von Hardenberg angeregten Durchmarschstraßen zu äußern. Dieses Gutachten lag noch nicht vor. Hardenberg wurde offenbar hingehalten.

In dieser ungeklärten Lage brachte ein am 10. Mai aus Berlin eintreffender Kurier die Nachricht mit, der König habe, um allen Intrigen ein Ende zu machen und um die deutschen Fürsten zur Entscheidung zu zwingen, die «Convention additionnelle» nach dem ihm zugegangenen Entwurf drucken und im Reich verbreiten lassen [27]. Man hatte nämlich in Berlin täglich mit Hardenbergs Meldung vom Abschluß der Konvention gerechnet. Man war des Glaubens, sie sei unterschrieben und die Mitteilung darüber aus ungeklärten Gründen nur nicht eingetroffen. Barthélemy war loyal genug, Paris umgehend davon zu verständigen und die Annahme der Konvention zu empfehlen mit dem Vorbehalt, die vorliegende Textgestalt nicht in den zwei vorgesehenen Artikeln zu belassen, sondern diese in fünf kleinere aufzuteilen. Noch einmal stellte er in seinem Bericht dem Ausschuß die Notwendigkeit vor Augen, das Dokument sofort zu veröffentlichen, da seine Verbreitung in Preußen und im Reich die Entschlossenheit des Königs beweise, seinerseits alle Verpflichtungen zu erfüllen [28].

Wieder lag die Entscheidung in Paris. Noch bevor Pichegrus Gutachten eingetroffen war, entschloß sich der Ausschuß am 13. Mai zur Annahme der Konvention. Um aber ganz sicher zu gehen, rechtfertigte der Ausschuß in gleichlautenden Erklärungen an die Volksrepräsentanten bei den Armeen tags darauf sein Verhalten: da Pichegrus Gutachten ausgeblieben sei, habe man ohne es über die preußischen Vorschläge entscheiden müssen [29]. Da Österreich aus einer noch länger dauernden Ungewißheit nur Nutzen hätte ziehen können und mehrere Reichsstände im Begriff seien, sich wieder von Preußen zu lösen, habe man sich schnellstens für die Annahme der Artikel entschieden. Zudem habe Frankreich die Möglichkeit, mit der gesamten Nordarmee auf

---

[26] Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 8. 5. 1795 (Kaulek, V, 234).

[27] Erklärung des Königs von Preußen vom 1. 5. 1795, gedruckt bei Georg Decker, Berlin; s. auch Hardenberg an Barthélemy, 11. 5. 1795 (Pr. G. St. A.).

[28] Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 11. und 15. 5. 1795 (Kaulek, V, 241, 256).

[29] Kaulek, V, 255.

Frankfurt zu marschieren und hinter Mainz mit der Rhein-Mosel-Armee Verbindung aufzunehmen. Damit aber seien die Franzosen sozusagen die Herren des Mains, also derjenigen Verkehrsader, die für alle Unternehmungen gegen den Feind die wichtigste war.

Unmittelbar nachdem sich der Wohlfahrtsausschuß in diesem Sinne entschieden hatte, traf das Gutachten des Generals Pichegru in Paris ein [30]. Der General hielt sich für überzeugt, daß der Vertrag vom 5. April dem Gegner weit mehr Verlegenheiten bereiten würde, und lehnte darum eine nachträgliche Änderung seiner Bestimmungen ab. Aber die Entscheidung war gefallen, und dabei blieb es. Vier durch neutrales Land führende Heerstraßen, so gab der Ausschuß dem General zu bedenken, seien vereinbart worden. Beide Parteien hätten die Möglichkeit, ihre Truppen zu verschieben. Nach Besetzung des Herzogtums Berg seien die französischen Kräfte in der Lage, die Nord- sowie die Maas-Sambre-Armee an den Main zu werfen, sich dieses Flusses zu bemächtigen und mit aller Energie die Belagerung von Mainz zu betreiben [31].

Dann ging am 17. Mai dem französischen Bevollmächtigten die Genehmigung zum Abschluß der Konvention zu [32]. Zu einigen geringfügigen Änderungen des Textes mußte sich Hardenberg auf Verlangen Barthélemys noch herbeilassen. Aber da sie nirgends etwas Wesentliches betrafen, hielt sich dieser dazu für berechtigt, ohne noch einmal eine Rückfrage nach Berlin zu richten [33]. Um den Inhalt noch klarer herauszustellen, wurde die Konvention nunmehr in mehrere Artikel untergeteilt. Dann wurde noch am gleichen Tage, dem 17. Mai, die Unterzeichnung vollzogen. In gedruckten Exemplaren wurde sie umgehend an die Generäle Pichegru, Jourdan, Moreau und Möllendorff geschickt.

Am 27. Mai genehmigte der Konvent das Abkommen; am gleichen Tage ratifizierte der Ausschuß die dazugehörigen Geheimartikel. Am 9. Juni wurden die Urkunden nach Basel gesandt. Die preußischen Dokumente, die der König am 28. Mai ratifiziert hatte, trafen am 18. Juni dort ein. Am Tage darauf wurde der Austausch der Urkunden, an die sich auf preußischer Seite so große Erwartungen knüpften, vollzogen [34].

---

[30] Pichegru an den W. F. Ausschuß, 10. 5. 1795 (Kaulek, V, 240).

[31] Der W. F. Ausschuß an Pichegru, 16. 5. 1795 (Kaulek, V, 263).

[32] Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 28 floréal (17. 5. 1795); Kaulek, V, 269.

[33] Hardenberg an den König, 18. 5. 1795 (Pr. G. St. A.). Hierzu war Hardenberg ausdrücklich ermächtigt (Erlaß an Hardenberg, 24. 5. 1795; Pr. G. St. A.).

[34] Kaulek, V, 329 und 338; s. auch Harnier an den König, 3. 6. 1795 (Pr. G. St. A.). Anfangs Juni trafen auch die üblichen Geschenke für die Ver-

Achtes Kapitel

Preußens Bemühungen um die Geltung des Vertragswerkes

Im Kabinettsministerium und im Heer hatte man sich schon lange daran gewöhnt, diesen Krieg mehr und mehr als einen Einsatz im Dienste Österreichs zu betrachten, um dessen überkommene Bastionen am Oberrhein und in Flandern gegen die von der Revolution wiederaufgegriffenen Ansprüche des bourbonischen Königtums zu verteidigen. Es setzte sich in Preußen die Überzeugung durch, nicht durch einen fundamentalen Gegensatz zu Frankreich, sondern man möchte fast sagen durch zufällige Entwicklungen der Politik in diesen Krieg hineingeraten zu sein. Eine tiefer liegende nationale Feindschaft hatte man jedenfalls preußischerseits nicht empfunden.

Nun war das Ringen vorbei. Im Westen hatte man kleinere Gebietsfetzen preisgeben müssen, dafür aber im Osten einen erheblichen Landzuwachs eingesteckt. Gegenüber Frankreich hatte der Krieg keine Gefühle der Mißgunst zurückgelassen. Im Gegenteil, der Prinz Heinrich war keineswegs der einzige, der über eine Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen hinausgehend sogar der Wiederherstellung der alten Allianz das Wort redete. Dieser Gedanke lag in der Tat nahe, da sich die Anzeichen dafür häuften, daß Frankreich in England und Österreich letztlich seine Gegner bekämpfte und diese durch einen Frieden mit Preußen und bald darauf auch mit Spanien zu isolieren suchte [1]. Allein das Verhältnis zur Republik war durch die Abmachungen vom April und Mai noch nicht geklärt. Zwar wurden die Truppen angewiesen,

---

handlungsteilnehmer in Basel ein. Hardenberg und Barthélemy erhielten kostbares Porzellan. Meyerinck und Harnier erhielten goldene, mit Diamanten geschmückte Dosen. Bacher, Marandet und La Quiante ein ähnliches, mit Juwelen geschmücktes Geschenk. Ochs bekam von Preußen fünf kostbare Vasen und von der Republik – allerdings erst im folgenden Jahr – ein kostbares Porzellanservice. Schmerz erhielt eine Jahresrente von 800 Talern, mußte sich aber feierlich verpflichten, niemals mündlich oder schriftlich zu irgendjemandem etwas über die Basler Verhandlungen auszuplaudern (Heigel, II, 175, 181; Steiner, I, 465; Harnier an den König, 8. 6. 1795; Hardenberg an das Kabinettsministerium, 25. 6. 1795; Pr. G. St. A.).

[1] Im September 1794 kam es zu einer ersten spanisch-französischen Fühlungnahme, die dann zwischen Januar und März 1795 zu einer förmlichen Friedensverhandlung und nach mancherlei Schwierigkeiten am 22. 7. 1795 im Hause Ochs' zur Unterzeichnung des Friedensvertrages führte (Ochs-Korresp., I, S. CC ff. und 453 ff.; vgl. bes. den von Tausserat-Radel bearbeiteten 6. Band der Papiere Barthélemys).

die zu Preußen neigenden Stände freundlicher zu behandeln als die in enger Verbundenheit mit Österreich verbleibenden. Zwar sollte neutrales Land außerhalb der vereinbarten vier Durchgangsstraßen nicht betreten werden. Aber der Wohlfahrtsausschuß hatte doch auch erklärt, daß die Stände erst ihre Kontingente zurückziehen müßten, bevor ihnen die Vorteile der Demarkationslinie wirklich zuteil würden [2]. Er hatte die Neutralität von Mainz abgelehnt und Hardenbergs Bitte, Barthélemy zum Gesandten in Berlin zu ernennen, ebenso zurückgewiesen wie das Ansinnen des Königs, alle künftigen Verhandlungen nach Frankfurt zu verlegen [3].

Diese Haltung Frankreichs ließ Rückschlüsse zu auf die Behandlung der für Preußen ungleich wichtigeren Fragen der zukünftigen Grenze und der Vermittlung eines Friedens für die übrigen Reichsstände. Als Gervinus in jenen Tagen von Hardenberg zur Klärung angeblicher französisch-österreichischer Friedensgespräche nach Paris entsandt wurde, erklärte ihm Sieyès, da das Reich die Republik noch nicht anerkannt habe, könne diese auch das Reich nicht mehr als einheitlichen völkerrechtlichen Körper anerkennen, sondern werde Separatverträge mit denjenigen deutschen Ständen abschließen, die ein gutes Einvernehmen mit ihr wünschten. Vom Standpunkt einer konstruktiven preußischen Reichspolitik aus klang das wenig verheißungsvoll. Hätte man die in Paris herrschenden Anschauungen genauer gekannt, es wäre der preußischen Staatskunst manche herbe Enttäuschung erspart geblieben. Gewiß war die Forderung der Rheingrenze noch kein allgemeingültiges nationales Dogma. Aber es mußte doch sehr schwierig sein, das einmal aufgegebene Terrain zurückzugewinnen. Der gemäßigten Partei, zu der Boissy d'Anglas, Aubry, Fréron, Barras und andere gehörten und die einen allerseits ehrenvollen Frieden anstrebten, um im Innern eine tragbare liberale Verfassung zu ermöglichen und mit allen Kräften den historischen Kampf gegen England fortzusetzen, standen im Konvent die extremen Republikaner gegenüber, die Sieyès, Reubell, Treilhard, Tallien, Chenier, Gillet,

---

[2] Nur Hessen-Kassel hatte seine Truppen zurückgezogen – bis auf einen Teil der Artillerie, den die Österreicher gewaltsam zurückhielten. Im übrigen hatte der Kaiser befohlen, keinem Kontingent zu erlauben, sich von der Reichsarmee zu trennen.

[3] Hardenberg an den W. F. Ausschuß, 24. 4. und 18. 5. 1795 (Pr. G. St. A.); der W. F. Ausschuß an Hardenberg, 4. 5. 1795 und 3. 6. 1795 (Pr. G. St. A.); Hardenberg an das Kabinettsministerium, 15. 5. 1795 (Pr. G. St. A.). Die Ablehnung der Entsendung Barthélemys nach Berlin erfolgte mit dem Hinweis, daß dieser für die demnächstigen Verhandlungen nicht entbehrlich sei.

Carnot u. a., von denen die einen mehr im Bunde mit Preußen, die anderen mehr mit Österreich die unabdingbare Forderung nach der Rheingrenze vertraten. Nicht zuletzt schwebte vielen von ihnen vor, durch die Bildung einer Reihe von Vasallen- und Protektionsstaaten im deutschen Westen ein immerwährendes Einflußgebiet von Basel bis Holland zu begründen. Mochte dieser Gedanke auch nicht überall den gleichen Beifall finden, so war der Einfluß Sieyès' und seiner Freunde doch stark genug, um so in ihren Entschlüssen nicht immer gefestigte Naturen wie Cambacérès und Merlin de Douai wieder für die These der «natürlichen Grenzen» zu gewinnen [4]. Natürlich gab es auch im Wohlfahrtsausschuß Verfechter eines gemäßigten Friedens, aber diese sahen sich majorisiert von Sieyès, Reubell und Treilhard, die innerhalb des Ausschusses die bedeutsame diplomatische Sektion bildeten und in ihrem Verlangen nach der Rheingrenze sich von Doulcet, Gillet und anderen unterstützt sahen. Diese waren es, die durch Barthélemy zu erkennen gaben, daß Preußen seine Erwartungen nicht gar zu hoch schrauben möge. Man müsse vom König die Erfüllung aller übernommenen Verpflichtungen verlangen, wie die Säuberung Hannovers von fremden Truppen, und der Ausschuß dürfe nicht widerspruchslos hinnehmen, was der König dem Reichstag vorgeschlagen habe, nämlich alles zu tun, um dem Reiche das linke Rheinufer zu erhalten. Denn das bedeute doch, der Entscheidung über die Rückgabe der Eroberungen vorzugreifen, obwohl der Friede eher ihre Beibehaltung erwarten lasse. Der Rhein sei die Grenze, erklärte Sieyès beim Empfang des Geheimrats Gervinus schneidend; so habe der Konvent sich ausgesprochen, und der Wohlfahrtsausschuß habe diesen Beschluß zu respektieren. Zwar brauche auch Frankreich den Frieden, aber es müsse ein glorreicher Friede sein. An Preußen liege es, diskutable Grundlagen hierfür zu schaffen [5].

Preußen tat alles, um den Weg des Ausgleichs mit Frankreich nicht wieder zu verlassen. Die allgemeine Sehnsucht nach einem Frieden trieb die Menschen in die Kirchen, und bei der Feier der

---

[4] Vgl. Sorel, Rev. hist., XVIII, 274 ff. Gervinus' Berichte vom 14. und 15. Juni, 17. und 21. Juli 1795 bei Bailleu, I, 397–402; ferner Ranke, Hardenberg, V, 103 und Sandoz' Berichte vom Dezember 1795 und August 1796 bei Bailleu, I, 41 und 85 sowie i. Pr. G. St. A.; über Cambacérès siehe Thiry und Vialles passim.

[5] Nach der Umbesetzung vom 3. 6. 1795 wurde der W. F. Ausschuß von folgenden Mitgliedern gebildet: Treilhard, Reubell, Sieyès, Cambacérès, Aubry, Tallien, Marec, Gillet, Roux, Vernier, Déformon, Rabaut, Doulcet, Blad, Gamont und Larivière. Vgl. hierzu auch Reynaud, II, 219 und 221.

Wiedereröffnung des Weseler Theaters, Weihnachten 1795, huldigte man dem König von Preußen begeistert als dem Friedensbringer und stellte seine Büste neben die der Friedensgöttin. Vor allem aber waren es nüchterne Alltagserwägungen, die die Berliner Politik bestimmten. Namentlich von Haugwitz darin bestärkt, wünschte der König nichts so sehr, als still zu sitzen und jeder Beteiligung an den großen Fragen der europäischen Staatskunst enthoben zu sein. Das neutrale Gebiet hinter der Demarkationslinie nicht noch einmal einem Krieg auszusetzen, galt ihm fortan als Inbegriff seiner Staatsweisheit. Ihr hätte er, wenn es sein mußte, jedes Opfer gebracht. Zwar wurde die preußische Friedenspolitik von den bisherigen Verbündeten einmütig verurteilt, aber es darf nicht vergessen werden, daß Preußen ernstlich bemüht war, die Beziehungen zu den großen Mächten nicht nur nicht abreißen zu lassen, sondern erneut sorgsam zu pflegen. Es war vor allem Hardenberg, der – seinen König hinter sich wissend – die Annäherung an Österreich betrieb. Wenn Reuß nach Wien meldete, der Basler Friede sei zwar geschlossen, aber dennoch müßten für die Zukunft beide Mächte eng zusammenarbeiten, denn der Weg nach Basel sei mehr gezwungen als freiwillig beschritten worden, so war das im Grunde Hardenbergs Ansicht, die aus diesen Worten sprach[6]. Das Fatale aber war dabei, daß Preußen seine Machtpositionen vornehmlich in der Richtung des südwestlichen Deutschlands suchen konnte und daß es dabei immer wieder auf den selbstverständlichen Widerstand Österreichs stoßen mußte. Hardenbergs so weit nach Süden ausgreifende Demarkationslinie blieb bestehen. Es gab sich kaum jemand der Illusion hin, daß die ausgehandelten Etappenstraßen Österreich versöhnen konnten. Darüber hinaus aber auch den übrigen Ständen zu ermöglichen, aus dem Kriege auszuscheiden, mußte sehr wahrscheinlich den völligen Bruch mit Wien bedeuten. Die Trennung von den bisherigen Verbündeten hätte wohl noch nicht zu einer so tiefgehenden Entfremdung geführt, wenn mit dem Frieden nicht zugleich jener Vorstoß in das «dritte» Deutschland verbunden gewesen wäre. Jeder Schritt Preußens mußte in Wien zu empfindlichen Reaktionen führen. Was Preußen erwarb, mußte Wien erst verlieren; was es sammelte, mußte es dem Kaiser erst abringen; was es seinen Mitständen im Westen und Süden zu bieten hatte, nämlich Frieden und Neutralität, dem hatte der Kaiser nichts anderes entgegenzusetzen als Kampf und wiederum Kampf um die Rückgewinnung des Verlorenen. Indem aber Frankreich die auf eine Schwächung

---

[6] Reuß an Thugut, 5. 7. 1795 (Vivenot-Zeißberg, Quellen, V, 273 ff.).

des Reichsgefüges gerichtete Politik seiner Könige fortsetzte und zugleich eine feste Gruppierung um den preußischen Norden im Grunde negierte, versetzte es den Hohenzollernstaat in die ungünstige Lage, nur mit leeren Händen vor die süddeutschen Stände treten zu müssen. Österreich aber gewann dadurch eine Möglichkeit, seine Gegenminen zu legen.

Für Wien war die Linie militärisch zunächst überhaupt nicht vorhanden [7]. Wer Jahrhunderte hindurch die Führung des Reiches innegehabt hatte, konnte weder freiwillig auf die alten Rechte verzichten, noch mit einem Schlage aus seiner reichsoberhauptlichen Stellung verdrängt werden. Die Geschichte hatte Österreich gleichsam ein Recht verliehen, das sich nun selbst verteidigte. Daß die allgemeine Erschöpfung Preußen gezwungen hatte, sich vom Kriege zurückzuziehen, fand in der österreichischen Staatskanzlei keinen Glauben. Nach der ersten Eruption des Zornes übte das Ministerium Thugut eine gewisse Zurückhaltung, um jedoch desto beharrlicher nach Mitteln zu suchen, die preußischen Absichten in ihr Gegenteil zu kehren. Das preußische Beispiel konnte im Süden Schule machen und zu einer Konstruktion führen, mit der sich selbst diejenige von 1785 nicht vergleichen ließ. An dieser Stelle hatte Österreich zuerst einzugreifen. Denn hier konnte jeder Schritt Preußens eine Niederlage des Kaisers bedeuten. Sie zu verhindern, gebot das Interesse des Erzhauses. Beide Mächte rangen um die Geltung ihrer Größe, und das Objekt ihres Ringens war das ohnmächtige Reich.

Thugut erkannte diese Lage. Er vermochte selbst Lucchesini zu täuschen, der schon bald nach der Unterzeichnung der Konvention von aufrichtigen und freundlichen Gesinnungen des Wiener Hofes berichten zu können glaubte [8]. Auf der Reise von Basel nach Berlin (Ende Mai) [9] hatte Hardenberg mit dem ihm schon seit

---

[7] Der Kaiser verbot kurzerhand jede Diskussion über die Linie. Clerfayt habe keine preußischen Vorschläge anzuhören, sondern seine offensiven Operationen fortzusetzen. Wenn man dann unter dem Vorwand der beanspruchten Demarkation von ihm die Räumung etwa besetzter Plätze verlange, solle er antworten, daß Kaiser und Reich diese Linie noch nicht anerkannt hätten. Es läge dann beim König, sich an den Kaiser zu wenden, um andere Befehle für Clerfayt zu erwirken. (Der Briefwechsel zwischen dem Kaiser und Clerfayt vom Mai und Juni 1795 bei Vivenot, Thugut-Clerfayt-Wurmser, 122 ff. Thugut an Clerfayt, 21. 5. 1795, daselbst S. 132.)

[8] Lucchesinis Bericht, Wien, 10. 6. 1795 (Pr. G. St. A.).

[9] Anlaß zu Hardenbergs schnellem Entschluß, sich zur Berichterstattung nach Potsdam zu begeben, war seine Begegnung mit Pichegru und Merlin de Thionville in Hüningen am 18. Mai. Seine Befürchtungen, es könne in geheimen Verhandlungen zu einem französisch-österreichischen Frieden auf der

seiner Studienzeit bekannten Grafen Lehrbach in Frankfurt eine Unterredung. Er war optimistisch genug, die unverbindlich zustimmenden Äußerungen des klugen Österreichers so zu deuten, daß selbst Österreich unter keineswegs unüberwindlichen Schwierigkeiten für das große allgemeine Friedenswerk unter preußischer Ägide zu haben sei [10]. Die Unterredung war ungewöhnlich herzlich verlaufen. In den stärksten Ausdrücken beteuerte Lehrbach, daß sein Hof nicht mit Preußen sich entzweien wolle, und selbstverständlich leugnete er auch die geringste Beteiligung Österreichs an einer neuerlichen Wiederaufnahme des bayerischen Projektes.

Inzwischen aber hatte Thugut bereits eine Gegenaktion eingeleitet. Schon am 4. Mai kam eine Abmachung zustande, in der sich der Kaiser gegen hohe englische Subsidien verpflichtete, für die Zukunft wenigstens 200 000 Mann ins Feld zu stellen [11]. Diese Verbindung verdichtete sich am 20. Mai zu einer förmlichen Allianz, die durch den am 29. September erfolgten Beitritt Rußlands den König von Preußen vollends isolierte. Denn auch alle auf das Reich gerichteten Aussichten hatten sich inzwischen zerschlagen. Die preußische Staatskunst stand am Grabe ihrer Hoffnungen.

Denn dieses und nichts anderes waren Absicht und Ergebnis der Reise Lehrbachs in das obere Deutschland [12]. Thugut ließ alle Minen springen. Der für diplomatische Sondermissionen so hochgeschätzte Graf war geschickt genug, die tatsächlichen Absichten Preußens zu sondieren, um sie hernach ganz zu vereiteln. Seine Aufgabe, die Stände von einem Anschluß an Preußen abzuhalten, war nicht leicht. Als nämlich Preußen am 1. Mai in Regensburg eine Erklärung über den Abschluß von Basel zirkulieren ließ und seinen Mitständen die verklausulierte Anfrage vorlegte, ob sie nicht die Gelegenheit des preußischen Friedens benutzen wollten, selber mit der Republik auf dem Umwege über Berlin ins Gespräch zu kommen, stieß es überall auf ein tiefes Friedensbedürfnis und oft genug auf eine deutliche Zuneigung zu seiner Politik. Aber es

---

Basis der Abtretung der Rheinlande und der Erwerbung Bayerns durch Österreich kommen, erreichten damals ihren höchsten Grad. Zur Klärung der Sachlage entsandte er Gervinus nach Paris, während er selbst noch am 20. Mai nach Potsdam reiste (Hüffer, I, 142 ff. und Ergänzungsband, 175 ff., ferner Schlumberger, 228).

[10] Vgl. Hardenberg an den König, 8. 7. 1795; an das Kabinettsministerium, 14. 5. 1795; an Gervinus, 27. 7. 1795; Möllendorff an Hardenberg, 31. 5. 1795 (Pr. G. St. A.).

[11] Die Höhe der Subsidien betrug insgesamt 4,6 Millionen Pfund. Schick nennt irrtümlich nur 600 000 Pfund (Schick, S. 185, Anm. 32).

[12] Ernstberger, a. a. O., 120 ff.

waren auch noch in fast allen Ständen reichspatriotische Gefühle lebendig, die Lehrbach klug zu nützen verstand. Zwar waren nur noch wenig Fürsten so kaisertreu wie Clemens Wenzel von Trier, der seine Zelte in Augsburg aufgeschlagen hatte und von einer Fortsetzung des Kampfes sich eine Rückkehr in sein verlorenes Territorium versprach. In München drängte Karl Theodor energisch auf Frieden und drohte, sich an Preußen zu wenden, wenn sich der Kaiser nicht dafür einsetzte. Der in Bad Mergentheim sich aufhaltende Max Franz von Köln verhielt sich ebenfalls zurückhaltend und suchte, wohl im Hinblick auf seine münsterschen Lande, seine Haltung gegenüber Preußen zu rechtfertigen [13]. In Aschaffenburg zeigte Friedrich Karl von Erthal wenig Neigung, vorbehaltlos dem Ruf des Kaisers zu folgen. Doch trotz all dieser Vorbehalte bekam Lehrbach vielfach Worte zu hören, die ihm unter den obwaltenden Umständen völlig genügen mußten [14]. Lehrbach gewann geradezu den Eindruck, daß letztlich nur geringe Neigung bestand, sich ganz dem selbstgerechten Vorgehen Preußens anzuschließen. Überall war noch ein deutliches Maß von Anhänglichkeit an das Reich und seine uralten Daseinsformen zu verspüren. Man begegnete den preußischen Sondierungen mit dem unmißverständlichen Hinweis auf die Notwendigkeit, die neue Lage im Rahmen der Verfassung auf dem Regensburger Reichstag zu überprüfen. So etwa dachten Kursachsen und Kurköln, und Mainz wünschte in geradliniger Fortsetzung seiner Anträge vom Jahre zuvor eine gemeinsame preußisch-kaiserliche Aktion zur Erlangung des Reichsfriedens und suchte nichts dringender zu verhindern als eine dauernde Entzweiung Preußens und Österreichs. Indem somit wichtigste Reichsstände die Friedensfrage erneut vor das Forum des Reichstages gebracht sehen wollten und im Rahmen des Reiches einen Frieden anstrebten, hatte Lehrbach im Grunde alles, was er wollte. Daß die Fürsten ihn nicht mit Kriegsgeschrei empfingen, hatte er ohnehin nicht erwartet. Seine Mission war schon ein Erfolg, wenn er verhinderte, daß die friedensbedürftigen Stände etwa mit wehenden Fahnen zu dem Rivalen im Norden überliefen. Das hat Lehrbach erreicht. Stärkte er die einen in ihren kaisertreuen Empfindungen, so machte er die anderen irre in ihren Neigungen zu Preußen. Wo man seiner Ankunft

---

[13] Braubach, Max Franz, 292, 296; Ernstberger, 127.

[14] Selbst Albini schrieb an Hardenberg (15. 4.), es könne kein Friede sein, solange Frankreich nicht von seiner Forderung nach der Rheingrenze abgehe; eher müsse man sich bis zur Verzweiflung schlagen (Vivenot, Sachsen-Teschen, II, 2, 565; vgl. daselbst auch S. 568 ff.).

mit Unbehagen entgegengesehen hatte, da sollte seine Warnung, Österreich werde sich gegebenenfalls auf sich selbst zurückziehen und das Reich einem ungewissen Schicksal überlassen, die Fürsten doch von der Notwendigkeit einer Hinzuziehung Österreichs überzeugen. Folgten diese aber nicht unmittelbar nach dem Basler Frieden den preußischen Angeboten, so war die ernsteste Gefahr für Österreich schon gebannt. Jeder Tag, der verstrich, kam ihm zugute. Nachdem Lehrbach gesprochen, kam es den meisten wie ein verwegenes Unterfangen vor, ohne den Kaiser dem König von Preußen zu folgen. Von Hessen-Kassel abgesehen, versprachen sich die Fürsten durchweg von einem auf dem Reichstag verabredeten gemeinsamen Vorgehen einen besseren Ausweg aus der Bedrängnis. In Regensburg war es dann auch, wo Lehrbach seine Reise mit der Vereitelung der preußischen Absichten krönte.

Die Vorgänge in Regensburg brauchen hier nicht ausführlich dargestellt zu werden. Was zu wissen nötig ist, hat neuere Forschung aufgewiesen [15]. Hardenbergs optimistischer Glaube, die Republik möchte am Ende doch noch auf das linke Rheinufer verzichten, erwies sich als trügerisch. Alle seine Gespräche mit Barthélemy über die Möglichkeiten eines von Preußen zu vermittelnden Reichsfriedens, über die Behauptung des linken Rheinufers, über die Neutralisierung von Mainz, über die Wiedereinsetzung der preußischen Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten blieben unfruchtbar [16]. Man hatte in Paris erkannt, daß von Preußen weder eine tatkräftige Unterstützung der eigenen Politik zu erwarten noch ein Wiedereinlenken in die Reihe der Feinde der Republik zu befürchten war. Nun aber konnte mit einer raumverlangenden Republik im Bunde Preußen nur schwerlich eine aktive Reichspolitik betreiben. Daß Frankreich nicht bereit war, seine Ansprüche zu beschneiden, hat Preußen auf das schwerste geschadet. Denn nur dann, wenn es mit einer Garantie der bisherigen Grenzen vor seine Mitstände trat, durfte es hoffen, die nach politischen Neigungen und Interessen so verschiedene Welt der deutschen Fürsten für den Gedanken eines Friedens unter seiner Führung zu gewinnen. Die Erklärung, die Görtz dem Reichstag übergab, legte zwar in glücklicher Formulierung die Zwangslage dar, in der der König gehandelt hatte, und verband damit eine ebenso geschickte Be-

---

[15] Siehe hierzu Schick und Ernstberger passim; ergänzend Schwarz, Rechtsrheinisch Nassau, 21 ff. und 30 ff. und Frankenstein, 202 ff.

[16] Bericht Hardenbergs vom 10. 4. 1795 und Weisung an ihn vom 20. und 27. 4. 1795; seine Note an Barthélemy, 14. 5. 1795 (Pr. G. St. A. und Bailleu, I, 1 ff.).

gründung dafür, daß auch dem Reich eigentlich nicht anders zu handeln übrigbleibe [17]. Wer sie las, mochte wohl glauben, daß hier der einzig mögliche Weg aus der allgemeinen Krise gewiesen würde. Aber Österreich führte den Kampf mit einer Verschlagenheit, der sich Preußen nicht gewachsen zeigte. Zunächst aus der Ferne der süddeutschen Hauptstädte, dann von seinen Regensburger Gemächern aus setzte Lehrbach im vollen Einvernehmen mit Thugut die Steine seines diplomatischen Spieles, die Görtz festlaufen ließen. Österreich tat, als strebe es selber den Frieden an. In der Maske der Friedensfreunde plädierten die österreichischen Vertreter für die unbedingte Geltung der Reichsverfassung und bekundeten offen ihren Abscheu gegen jedes separate Vorgehen in der Friedensfrage [18]. Da man in Wien Zeit gewinnen mußte, konnte man mit Zuversicht den Regensburger Verhandlungen folgen. Denn hier gab es nun jenes von Lehrbach so sehr ersehnte Beraten und Beschließen und Zerreden aller Anträge, und niemand wußte besser als Österreich Bescheid auf dieser so wunderlichen Klaviatur der Regensburger Versammlung.

Preußen war bald im Nachteil. Mit den Geheimklauseln bezüglich des linken Rheinufers konnte und durfte es nicht hervortreten. Österreich dagegen setzte seine eigene Politik ins rechte Licht. Das kaiserliche Hofdekret vom 19. Mai [19], noch mäßig zwar in seinen Ausdrücken, ließ keinen Zweifel darüber zu, daß Wien zutiefst den preußischen Frieden ablehnte und eine Vermittlung des Königs nicht zuließ. Der Kaiser forderte den Reichstag auf, ungesäumt über die Ernennung einer Friedensdeputation zu verhandeln. Auf die Unverletzlichkeit der Verfassung und der Reichsschlüsse sich berufend, sprach er die Erwartung aus, daß die Stände auch in Zukunft ihren Obliegenheiten getreulich nachkommen möchten.

Zunächst brauchte man in Berlin mit dem Gang der Beratungen gar nicht so unzufrieden zu sein. Dann aber rückten die Österreicher mit der unverhohlenen Drohung heraus, man werde niemals einer preußischen Vermittlung zustimmen und lieber eine Verwendung Dänemarks annehmen oder gar seine Streitkräfte zum Schutze des eigenen Territoriums aus dem Reiche zurückziehen,

---

[17] K. L. v. Haller, II, 15; E. L. Posselt, II, 154; Vivenot, Sachsen-Teschen, II, 2, 233 ff.; Ernstberger, 131 f.; Schick, 189 f.; Kaulek, V, 296; Frankenstein, 208 f.

[18] Buol-Schauenstein wurde am 24. 4. von Thugut angewiesen, den Friedenswillen des Kaisers im Sinne eines *Gesamt*friedens zu bekunden (Vivenot, Sachsen-Teschen, II, 2, 168 ff.). Vgl. auch bes. Ernstberger, 139 f.

[19] Posselt, II, 301 ff.; Haller, II, 32 ff.; Schick, 180 ff.

als mit dem Berliner Hof sein alleiniges Recht auf Eröffnung von Reichsfriedensverhandlungen zu teilen [20]. Diesen Drohungen gegenüber verfingen die Werbungen des Grafen Görtz nicht mehr. Selbst das einer preußischen Vermittlung nicht abgeneigte Kurmainz wurde unsicher und schwankend. Kurkölns bisher gezeigtes Verständnis für eine Hinzuziehung Preußens verblaßte. Görtz' Hoffnungen schmolzen schnell zusammen. Als es nach langen Beratungen endlich zur Abstimmung kam und am 3. Juli das Reichsgutachten vorlag [21], sahen zwar auch Thugut und Lehrbach nicht alle ihre Wünsche erfüllt, aber das Abstimmungsergebnis bot doch ein so mannigfaltiges Bild, daß aus ihm die unsagbare Schwere eines Zusammenschlusses um Preußen klar hervorging und nicht einmal von einem moralischen, geschweige von einem tatsächlichen Erfolg Preußens gesprochen werden konnte [22]. Preußen bedurfte nach dem Abschluß von Basel eines ganzen, nicht aber eines geteilten Erfolges. Einen solchen Teilerfolg stellte aber das Ergebnis des 3. Juli dar. Eine «konstitutionelle Mitwirkung» Preußens bei den Friedensverhandlungen, deren Einleitung jedoch dem Kaiser vorbehalten blieb, konnte Preußen keineswegs genügen. Der Wunsch, der König von Preußen möge «zu Erreichung eines allgemeinen, die Integrität und Verfassung des Reiches sichernden Friedens seine beihilfliche Verwendung und Mitwirkung eintreten lassen», entsprach nicht den Absichten eines Staates, dessen politische Lage doch wenigstens die Einleitung einer ernstgemeinten Friedensunterhandlung und die ausdrückliche Reklamation seiner Verwendung und guten Dienste verlangen mußte. Mehr aber als jene konstitutionelle Mitwirkung, von der Übertragung einer offiziellen Vermittlung an Preußen gar nicht zu reden, war auf der von Lehrbach so meisterlich regierten Bühne des Reichstages nicht zu erreichen. Daß Österreich überhaupt auf die vielfältigen Friedenswünsche einging, hatte wohl nur den Zweck, Preußen nicht gänzlich unkontrollierbar schalten und walten zu lassen. Wie weit war man doch jetzt von der Erfüllung ursprünglicher Hoffnungen entfernt! Zwar schien das Reichstagskonklusum Preußen vor allen übrigen Ständen hervorzuheben, aber im Unterton lehnte es doch jedes separate Vorgehen und somit auch jede Eigenmächtigkeit Preußens ab. Noch einmal hatte sich gezeigt, daß Österreich innerhalb des Reiches von größerem politischen Gewicht war. Deutlicher kam dieser Sieg Österreichs in dem kaiserlichen Rati-

---

[20] Ernstberger, 142.
[21] Haller, II, 41 ff.; Schick, 207 ff.; Frankenstein, 212 ff.
[22] Ernstberger, 147.

fikationsdekret vom 29. Juli zum Ausdruck [23], in dem es hieß, daß das Reich in ungeteilter Vereinigung sämtlicher Reichsstände mit dem Reichsoberhaupt einen allgemeinen Frieden im Wege der Konstitution verlange. Aber noch sei eine Vermittlung nicht erforderlich. Noch sei das Reich imstande, mit dem Kaiser zu einem annehmbaren Frieden zu gelangen, und wenn die Mehrheit eine preußische Vermittlung wünsche, so dürfe diese doch eine unmittelbare Verhandlung des Kaisers mit der Republik nicht ausschließen. Noch weiter ging Thugut. In geheimen Weisungen sprach er sich dahin aus, die Friedensbestrebungen nur dilatorisch zu behandeln und in Zukunft auf die Fortsetzung des Krieges bedacht zu sein [24]. Zwar wurde noch im August eine Reichsfriedensdeputation ernannt, aber ihre Zusammensetzung entsprach ganz den Wünschen der Wiener Staatskanzlei. Die Beratung ihrer Instruktion und Vollmacht zog sich planmäßig in die Länge. Der Reichstag war das gegebene Forum für derlei österreichische Absichten.

Überschattet wurden die Regensburger Verhandlungen zur größten Genugtuung Thuguts durch die Kriegsereignisse vom Herbst 1795. Unerachtet mancher Stimmen der Mäßigung, hatten die Verträge mit Preußen und Spanien den Annexionswillen der Franzosen noch gestärkt [25]. In Paris gab man deutlich zu verstehen, daß man weder eine Einschaltung Preußens bei der Anbahnung eines Reichsfriedens, noch eine dänische Vermittlung akzeptieren werde. In Berlin hatte Alvensleben in seiner Ernüchterung schon die Auffassung vertreten, daß Preußen sich unter Umständen einer aktiven Reichspolitik ganz werde enthalten müssen [26]. Allem Anschein nach haben Lucchesini und Finckenstein ähnlich gedacht. Haugwitz und Hardenberg hingegen betrachteten das Ergebnis der Regensburger Beratungen optimistischer. Dem entsprach es dann auch, daß Hardenberg nach seiner Rückkehr nach Basel Ende Juli dem französischen Gesandten Vorschläge unterbreitete, die auf einen sofortigen Waffenstillstand mit dem Reich,

---

[23] Posselt, II, 138 ff.; Haller, II, 43 ff.; Vivenot, Vertrauliche Briefe, I, 238; Schick, 207 ff.

[24] Thugut an Lehrbach, 26. 7. 1795 und die geheime Weisung für den Frhrn. v. Fahnenberg, den Nachfolger Buol-Schauensteins in Regensburg, 18. 8. 1795 (Ernstberger, 151 ff.).

[25] So übergab Roberjot im Herbst dem Konvent einen sehr weitgehende Forderungen enthaltenden Bericht, und Ende September 1795 bekannte sich auch Merlin de Douai noch einmal feierlich zur Forderung der natürlichen Grenzen (Sorel, IV, 428 und V, 25).

[26] Alvenslebens Denkschrift vom 29. 6. 1795 (Bailleu, I, 8 ff.).

auf eine Einstellung aller Kriegsmaßnahmen, auf die Beibehaltung der ursprünglichen Grenze und den Zusammentritt eines für Frankfurt vorgesehenen Friedenskongresses hinausliefen [27]. Allein die unmißverständliche Ablehnung eines Waffenstillstandes brachte Hardenberg mehr und mehr zu der Überzeugung, daß sich die preußische Verständigungspolitik völlig festgefahren hatte. In dieser peinlichen Lage hat Hardenberg «alle Gründe des Herzens und der Loyalität» geltend gemacht, in Berlin um eine Verständigung mit England und den Ostmächten nachdrücklich gebeten und, wie es den Anschein hat, in vollem Ernst an Haugwitz die Bitte gerichtet, in kühner und selbstloser Entschlossenheit durch eine persönliche Aussprache mit Thugut die preußische Politik geradezu auf eine ganz neue Basis zu stellen [28]. Er versicherte, wenn er könnte, so würde er selbst insgeheim bis vor die Tore Wiens gehen und Thugut eine Konferenz anbieten, da nur so die Verwicklung mit Österreich zu überwinden sei. Zu dieser Begegnung ist es nicht gekommen. Vornehmlich Haugwitz hielt ein solches Unterfangen wohl für aussichtslos, und da man in Berlin überzeugt war, daß ein Friede mit Frankreich auf der Grundlage des Status quo ante nicht möglich war, blieb nichts übrig, als das völlige Scheitern der preußischen Politik einzugestehen. Görtz und Hardenberg wurden angewiesen, zu erklären, daß die Bemühungen um einen allgemeinen Waffenstillstand gescheitert seien, daß Preußen alle weiteren Maßnahmen dem Reich überlassen müsse, daß es sich selbst einstweilen nur noch für einzelne Stände

---

[27] Ohne das Reichstagskonklusum abzuwarten, war Hardenberg am 9. 7. von Berlin aufgebrochen. Am 24. 7. traf er in Basel ein. Unterwegs hatte er in Bayreuth mit Görtz die weiteren Maßnahmen hinsichtlich des Reichsfriedens vereinbart (d. d. 13. 7. 1795; Pr. G. St. A.; vgl. auch Bailleu, I, S. XVIII). Noch vor seiner Ankunft in Basel teilte Hardenberg seine Absicht, Reichsfriedensgespräche einzuleiten, Pichegru und Merlin de Thionville mit (Mannheim, 21. 7. 1795, Pr. G. St. A.). Merlins Antwort war enttäuschend (7. 8. 1795, Pr. G. St. A.). Mit tönenden Worten bestätigt er den Friedenswunsch, aber er sei, gemeinsam mit Rivaud, bei der Armee, um die Soldaten zum Kampf zu führen und habe kein Recht zu verhandeln. In Basel legte Hardenberg sogleich, in Überschreitung des mit Görtz vereinbarten Programms, Barthélemy die preußischen Vorschläge vor (in Bayreuth hatten sie vereinbart, *gemeinsam* mit Österreich vorzugehen): 1. sofortiger Waffenstillstand zwischen Frankreich und dem Reich, 2. Einstellung aller Kontributionen und Requisitionen, 3. das von allen Truppen zu räumende Frankfurt sollte Verhandlungsort sein, 4. Frankreich sollte sofort bevollmächtigte Unterhändler dorthin entsenden (Hardenberg an Barthélemy, 24. 7. 1795; Pr. G. St. A.). Die französische Antwort vom 10. 8. war niederschmetternd; der Waffenstillstand wurde abgelehnt, und damit waren auch die übrigen Punkte hinfällig.

[28] Hardenberg an den König, 14. 8. 1795 (Pr. G. St. A.).

verwenden könne. Damit gab Preußen eine Politik auf, die den Sonderfrieden von Basel hatte rechtfertigen sollen [29]. Der Sonderfriede Hessen-Kassels, den Hardenberg vermittelte und der dann am 28. August zum Abschluß kam, blieb als wahrhaft bescheidener Rest allein von den hohen Erwartungen übrig, und selbst dieser blieb in seinem Wert so fragwürdig angesichts des kaiserlichen Hofdekretes vom 18. September, das mit ernsten Worten den Abfall des Landgrafen vom Reich rügte und ein Gutachten über die Vereinbarkeit des Vertrages mit der Reichsverfassung verlangte. Unterdessen aber hatten erneut die Waffen zu sprechen begonnen.

In der Nacht zum 6. September überschritten die Franzosen unter Jourdan in der Nähe von Düsseldorf den Rhein. Man brauchte darin noch nicht unbedingt eine Verletzung der Neutralitätskonvention zu sehen, denn der von den Franzosen besetzte und zum Herzogtum Berg gehörende Eichelkamp war als pfälzischer Besitz für die Franzosen noch Feindesland, aber praktisch bedeutete das Vorgehen Jourdans doch eine schwere Beeinträchtigung des preußischen Ansehens und widersprach, wenn nicht dem Buchstaben, so doch dem Sinn der Abmachungen vom 17. Mai. Trat hier im Norden die Fraglichkeit des preußisch-französischen Verhältnisses grell hervor, so versank im Süden im Feuer der österreichischen Gegenangriffe unter Wurmser und Quosdanowich auch der Rest jeder Friedensbereitschaft.

Damit hatten sich die Hoffnungen zerschlagen, die man preußischerseits an die Basler Verhandlungen geknüpft hatte. Die Stände waren dem Kaiser treu geblieben. Preußen hatte weder im Reich an Anhang gewonnen, noch hatte es die Spannung zu England und Rußland zu lösen vermocht. Auch zu Österreich blieb das Verhältnis gespannt. Und doch hat gerade Hardenberg sich dieses letztere ungewöhnlich angelegen sein lassen. In der Erkenntnis, daß weder Görtz noch Lucchesini für eine Politik der Wiederannäherung in Frage kam, richtete er im Herbst 1795 mehr und mehr die Augen auf den Erbprinzen von Hohenlohe, der für eine solch schwierige Aufgabe die besten Voraussetzungen mitzubringen schien. Sein militärischer Rang verpflichtete ihn dem Reich wie dem König von Preußen. Man wußte an der Donau, daß er das Gemeinsame von jeher über das Trennende zu stellen gewöhnt war und sein Reichspatriotismus ihn gelehrt hatte, in

---

[29] Erlasse an Hardenberg und Görtz vom 25. 8. 1795 (Bailleu, I, 15 f.). Vgl. auch I, S. XIX und Krauel, Prinz Heinrich, 118 f., ferner Hardenberg an den König, 27. 9. 1795 (Pr. G. St. A.); Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 22. 8. und 27. 9. 1795 (Kaulek, V, 423 ff. und 463 ff.), ferner Zierke, 73.

Frankreich den unwandelbaren gemeinsamen Gegner zu sehen [30]. Er empfahl ihm, sich zur allmählichen Überbrückung des Gegensatzes mit dem ihm meinungsverwandten österreichischen Finanzagenten Kornrumpf in Verbindung zu setzen, der sich gerade damals in diplomatischem Auftrag von untergeordneter Bedeutung in Frankfurt aufhielt [31]. Hardenberg wußte: Kornrumpfs Rat galt viel in Wien, vor allem bei Thugut, und Hohenlohe war bei den Österreichern hoch geschätzt, da er immer wieder das beste Einvernehmen mit den kaiserlichen Feldherren, zuletzt mit Clerfayt, gesucht und mit innerster Anteilnahme die Schicksale der österreichischen Armee verfolgt hatte. Guten Mutes griff er Hardenbergs Anregung auf; auch Kornrumpf war dem Gedanken geneigt, doch seine Berichte fanden in Wien eine Aufnahme, die bald alle Hoffnungen zerstörte. Der Unterton des Mißtrauens gegen Preußen blieb hier das alles durchdringende Motiv. Thugut verwies auf Basel und die Belassung Lucchesinis auf dem Wiener Gesandtenposten, und dann waren die österreichischen Erfolge im Oktober für Thugut Anlaß genug, in noch bestimmterem Ton jeden Annäherungsversuch abzuweisen.

Damit war Hardenbergs Versuch, die so verfahrene Politik des Königs noch einmal den Mächten der Koalition anzupassen, Episode geblieben. Zurückhaltung hieß jetzt die Parole. Um den Krieg von den Grenzen des Landes fernzuhalten, war Haugwitz zu Zugeständnissen gegen die Franzosen und die bisherigen Verbündeten bereit. Es kam ihm nicht so sehr darauf an, *wo* die Demarkationslinie verlief, als vielmehr darauf, daß sie überhaupt existierte und respektiert wurde. So unternahm er alles, um durch Hannover

---

[30] Erbprinz von Hohenlohe-Ingelfingen war Reichsgeneral und preußischer Generalleutnant, ein Mittelpunkt des Widerstandes gegen Frankreich. Die Neutralität mit dem Schwert zu verteidigen, war ihm selbstverständlich, während sich das Militärkabinett mit seinem Chef, dem Oberst v. Zastrow, mit einer totalen Passivität im Westen begnügen wollte. Nach energischsten Vorstellungen besonders Hardenbergs wurde die bereits erfolgte Ernennung des friedlichen Kalckreuth zum Oberkommandierenden des preußischen Observationskorps Mitte Juni 1795 rückgängig gemacht. Wenn Hohenlohe ihn dann auch ersetzte, so fand seine Forderung, die Linie zwischen Duisburg und Koblenz bis an den Rhein vorzuschieben, in Berlin jedoch kein Gehör. Im Gegenteil: er erhielt Befehl, die Linie durch Kordontruppen nur bezeichnen zu lassen, sie aber ernsthaft nicht zu verteidigen. Es kam sogar so weit, daß Hardenberg weisungsgemäß auf ultimative Forderungen der Franzosen hin auf die Linie im Raum von Frankfurt verzichten mußte und Hohenlohe sein Hauptquartier schnellstens von Frankfurt nach Ansbach zurückzuverlegen hatte.

[31] Hardenberg an Hohenlohe, 29. 8. 1795; an Haugwitz, 23. 9. 1795 (Pr. G. St. A.).

den Frieden nicht gefährden zu lassen; so wurde Hohenlohe angewiesen, Verletzungen der Linie stillschweigend hinzunehmen und nur eine Verwüstung der betreffenden Landstriche möglichst zu verhindern; und so erwirkte Haugwitz am 24. Oktober vom Monarchen vor allem den Befehl an Hohenlohe, die Demarkationslinie in der Gegend von Frankfurt und Gießen überhaupt aufzugeben und die Truppen nach Ansbach zurückzuführen [32].

Umsonst hatte sich Hohenlohe bei Clerfayt und Jourdan für die Anerkennung der Linie eingesetzt. Jetzt war durch ihre Zurücknahme im Grunde die Neutralität als solche gefährdet. War sie ohne ein neues Abkommen überhaupt aufrechtzuerhalten? Was geschah aber, wenn ein solches Abkommen nicht zustandekam? Niemand empfand so wie Hardenberg die Vereinsamung Preußens, und darum hat auch niemand so verzweifelt wie er einen, wenn auch noch so labilen, Wiedereintritt in das Konzert der großen Mächte gesucht, nachdem die Skrupellosigkeit der Republik ihm eine einseitige Bindung an Frankreich verboten hatte [33]. Allein die Erfolge der österreichischen Waffen im verklingenden Jahre 1795 bestärkten Thugut nur noch darin, jetzt erst recht allen Ständen und besonders Preußen vor Augen zu führen, wer denn eigentlich Herr im Reiche war und was es mit den Pflichten diesem gegenüber auf sich hatte. Alle sollten sie seine starke Hand zu spüren bekommen. Die vielfältigen, bis zur Verhaftung des Grafen Oberndorff und des Abbé Salabert führenden Vergeltungsmaßnahmen gegen Mannheim zeigten, wozu Thugut entschlossen war. Was unter dem Gesichtspunkt territorialer Sicherungspolitik geschah, wurde schonungslos als Verrat an Kaiser und Reich gebrandmarkt. Selten hat sich die österreichische Politik so uneingeschränkt gegen den Willen der Stände durchgesetzt wie damals.

So mußte sich Hardenberg – ein halbes Jahr nach dem Abschluß von Basel – den Fehlschlag der preußischen Politik eingestehen.

---

[32] Vgl. hierzu Friedrich Wilhelm an Romberg, 4. 8. 1795; an Hardenberg, 21. 8. und 26. 10. 1795; an Hohenlohe, 24. 10. 1795; Romberg an den König, 15. 8. 1795; Dohm an Hardenberg, 13. 9. 1795; Hardenberg an den König, 2. 9. 1795; an Dohm, 25. 9. 1795; Zastrow an Hohenlohe, 16. 9. 1795 (sämtlich im Pr. G. St. A. Vgl. auch Krauel, Prinz Heinrich, 120; Schwarz, Rechtsrheinisch Nassau, 56 f. und 65; ferner Bailleu, I, S. XXI und 29 ff.)

[33] Hardenberg an Haugwitz, 23. 11. 1795 (Pr. G. St. A.); ferner Hardenbergs Bericht an den König vom 31. 8. 1795. Zwar war die Weisung des im Oktober in Berlin eingetroffenen Gesandten Caillard noch ziemlich versöhnlich gehalten, aber auch sie lehnte bei Verhandlungen mit einzelnen Reichsständen einen vorhergehenden Waffenstillstand ab. Caillard durfte sich keines Wortes bedienen, dem man den Sinn beilegen konnte, als wolle Frankreich sich mit den alten Grenzen begnügen (Bailleu, I, 20 ff.).

Geduldiges Stillesitzen, das war alles, was er Ende September/Anfang Oktober dem Kabinettsministerium zu empfehlen hatte. Zu tief enttäuscht, um sich Frankreich anzuschließen, zu schwach, um sich noch einmal gegen die Republik zu erheben, zu mutlos, um die Reichsfriedenspolitik noch einmal energisch aufzugreifen, zu übel beleumundet, um nicht von Wien beargwöhnt zu werden, das war Preußen, das jetzt in Resignation den Dingen jenseits der Grenzen zuschaute. Der Verzicht auf die Demarkationslinie bei Frankfurt war nur der sinnfällige Ausdruck dieser Schwäche. Um den Reichsfrieden war es still geworden. Diese Stille nicht zu stören, wurde Görtz von Haugwitz verbindlich angewiesen [34].

In diesen trüben Stunden hat Hardenberg gleichsam sich selbst wiedergefunden. Nicht Lethargie, sondern Mut allein konnte die Ohnmacht überwinden. Noch bevor er am 11. Dezember 1795 Basel endgültig verließ, entwickelte er ein Programm, dem Gegner von gestern noch einmal die Zähne zu zeigen und zum bewaffneten Widerstand, mindestens aber zur bewaffneten Neutralität in Norddeutschland überzugehen [35]. Eine kriegsstarke Armee sollte die Linie hüten und Preußen nicht davor zurückschrecken, sie im Ernstfall gegen alle Angriffe wirksam zu verteidigen. Man dürfe keine Schwäche zeigen, meinte er, sondern müsse die Möglichkeit zu erkennen geben, noch einmal auf die Seite der Feinde Frankreichs zu treten. Nur so sei Preußen in der Lage, in Ruhe den weiteren Verlauf der Dinge abzuwarten, ganz Norddeutschland an sich zu ziehen und eines Tages das endgültige Schicksal der Westgrenze in seinem Sinne zu entscheiden.

Das war gleichsam sein letztes Wort über die Basler Politik. Wenn schon eine preußische Friedensvermittlung nicht zustandekam und das Reich im Kraftfeld der Wiener Politik verblieb, sich in Frankreich der Wunsch nach Eroberungen erneut versteifte und der Staat Friedrichs des Großen sich wieder mehr auf eine sonderstaatliche Politik zurückverwiesen sah, so versprach sich Hardenberg von einer bewaffneten Neutralität immer noch mehr als von einem Verharren im Schatten der Geschichte. Bewaffnete Neutralität lautete daher sein Richtwort, um wenigstens Norddeutschland als integrale Einflußsphäre gegen alle Übergriffe aus Süd und West zu behaupten. Die Republik sollte wissen, daß sie

---

[34] Weisung des Königs an Hardenberg, 7. 9. 1795; Haugwitz an Hardenberg, 12. 9. 1795; siehe auch die Instruktion für Sandoz-Rollin vom 21. 10. 1795 (Pr. G. St. A. bzw. Bailleu, I, 27 ff.).

[35] Ernstberger, 223 ff.; Hardenbergs Berichte vom 14. und 21. 11. 1795 bei Bailleu, I, 31 ff.

es mit einer militärischen Potenz zu tun hatte, und Habsburg erkennen, daß der Norden preußisches Revier war.

In der Tat ging Preußen im Februar 1796 zur bewaffneten Neutralität über. Der Widerhall, den dieser Schritt in Frankreich fand, ließ erkennen, daß man dort die Warnung verstanden hatte. Das war aber auch alles, wozu die Regierung sich aufschwang [36]. Die Bewahrung des Nordens vor der Springflut der Revolution war gewiß kein zu unterschätzender Gewinn, aber es war doch immer noch nicht ausgemacht, ob selbst eine vereinigte norddeutsche Observationsarmee jeden Übergriff Frankreichs hätte verhindern können, wo doch die Republik im Hinblick auf die Haltung Englands immer einen Anlaß zum Einschreiten in Hannover finden konnte. Indem Thugut seine Hand auf den Süden legte und Preußen den Norden vorerst dem Zugriff der Mächte entzog, hatte das Reich die Lasten der Politik beider Länder zu tragen. Für beide war dieses Reich keine Aufgabe und kein Anliegen mehr. Soweit man in die Runde sah, war nirgends ein Anzeichen erkennbar, die Schäden deutscher Staatlichkeit zu überwinden. Preußen hatte seine Fahnen gesenkt. Bald sprach man gar nicht mehr von einer Friedensvermittlung. Zähneknirschend hatte es Ende Oktober den Beitritt zur 3. Polenteilung vollzogen. Rußland hatte im Osten diktiert, Frankreich und Österreich hatten ihre Macht im Westen und Süden bewiesen, England hatte sich durch neue Verträge an Österreich geknüpft. Eingeengt zwischen ihnen lag Preußen, verachtet von den Franzosen, verfeindet mit den Österreichern, verlassen von den Engländern und Russen, verfehdet mit dem Reich, vereinsamt und entmachtet, ein Opfer der Angst und des Kleinmutes, den zu bannen das Geschlecht der Epigonen unfähig war. Mit großen Hoffnungen war man 1792 ausgezogen. Ohne auch nur in einer einzigen offenen Feldschlacht besiegt zu sein, hatte der Staat seine schärfste Waffe zurückgezogen. Heer und Staatswesen befanden sich gleichermaßen in einem verhängnisvollen Niedergang. Die Spaltung des Reiches an der Demarkationslinie war das fatale Ergebnis dieser Politik der Resignation und der mangelnden Tatkraft.

---

[36] In der Folge hat diese scharfe Sprache gegen Frankreich wieder an Heftigkeit verloren. Am 5. 8. 1796 kam es zur Unterzeichnung zweier Verträge, in denen Frankreich die Neutralität Norddeutschlands durch eine im preußischen Sinne abgeänderte Demarkationslinie anerkannte, Preußen dafür auf jeden Widerspruch gegen die Abtretung des linken Rheinlandes verzichtete (Bailleu, I, S. XXV und 61; Braubach, Frankreichs Rheinlandpolitik, 177; R. Guyot, Le directoire et la paix de l'Europe, 213 ff.). Vgl. auch Hüffer, 294 ff. u. Trummel, 22.

Rückblick

Einem großen Teil des Reiches hatte der König von Preußen den Frieden geschenkt. Wissenschaften und Künste entfalteten sich hier jetzt in Fülle und Überfluß. Nie zuvor war die Weltgeltung des deutschen Geistes so offenbar geworden wie in dem nun anhebenden Friedensjahrzehnt. Mitten in einer von Kriegslärm erfüllten Welt genoß man hier die Vorteile des Friedens. Während der Kaiser seine Kräfte in fernerem Kampfe verzehrte, sparte der König von Preußen Truppen und Geld und hatte dabei noch die Führung im deutschen Norden übernommen.

Aber man wird auch die Kehrseite dieser Politik bedenken müssen. War die Stellung Preußens jetzt wirklich stärker als 1786? Überwog der Gewinn im Osten tatsächlich den Verlust im Westen? Preußen bekam nicht alles, was es sich wünschte. Der Oberlauf der Weichsel wurde von Österreich kontrolliert. Das kostbare Schlesien, das immer noch kein wahrer Patriot an der Donau verschmerzt hatte, war von drei Seiten umklammert. Preußen hatte sich im Osten mit slawischen Bevölkerungselementen angefüllt bis zum Rande. Die unmittelbare Nachbarschaft mit Rußland und die lange, offene Grenze gegen Österreich bargen für die Zukunft ernste Gefahren in sich. Selbst der Prinz Heinrich verhehlte sich nicht, daß für den Staat die kleinste Erwerbung innerhalb des Reiches wichtiger war als alle polnischen Gebiete [1]. Vor allem aber war durch die Vorgeschichte der dritten Polenteilung das Verhältnis zu den Kaiserhöfen in einer Weise vergiftet, daß das nach außen so notdürftig gewahrte Gleichgewicht der Kräfte praktisch gar nicht mehr bestand, sondern Preußen gezwungen war, sich deren Politik unterwürfig anzupassen.

Frankreich konnte hier keinen Ersatz bieten. Niemand durchschaute Ziele, Möglichkeiten und Kräftequellen der Republik. Insgesamt gesehen, blieb das Verhältnis zu ihm gespannt. Preußen hatte Grund, mißtrauisch zu sein. Da immer wieder auf Hannover die Augen der Aufmerksamen sich richteten, wurde selbst Haugwitz allmählich klar, daß über der preußischen Friedenstaube bereits der Adler eines neuen Krieges stand.

Es ist nicht nötig, den Basler Frieden noch einmal im Lichte des historischen Reichsrechts zu betrachten. Im Norden wurde dieser Akt eigenmächtiger Politik namentlich in den gebildeten

---

[1] Denkschrift des Prinzen «Sur la situation de la Prusse dans l'état actuel des affaires de l'Europe», undatiert, spätere Abschrift mit Datum vom 27. 11. 1795 (Krauel, Prinz Heinrich, 121, 214–222).

Schichten weithin gutgeheißen. Im Süden erhob sich lauter Protest gegen die Handlungsweise des Königs, den man des Eidbruches und des Verrates bezichtigte an der uralten politischen Daseinsform der Deutschen. Nun wurden freilich schon früher reichsgesetzlich höchst bedenkliche Entscheidungen in deutschen Landen getroffen. Der Basler Friede hebt sich in dieser Kette doch eigentlich nur deswegen heraus, weil er gerade von Preußen geschlossen wurde und seine Tendenz nicht verborgen blieb, diesen Staat zum dominierenden Mittelpunkt des Reiches zu machen, mit ihm also eine politische Aktion einzuleiten, die der Kaiser niemals hinnehmen durfte. Diese Planung blieb freilich in ihren Anfängen schon stecken. Was in den Vorstellungen preußischer Staatsmänner zunächst als Einheitsstreben begann, erwies sich nunmehr als Egoismus und Eigennutz, als Rückschritt und Schwäche, als Verletzung beschworener Pflichten, als Unrecht und Verleugnung des Reichsgedankens. Zwar wurde auch in Wien die Politik in erster Linie von dem österreichischen Sonderstaatsinteresse bestimmt – das sich freilich im Westen weitgehend mit den großen Anliegen deutsch-patriotischer Politik deckte –, zwar hat auch Thugut alles Erdenkliche getan, um Preußen von dem Wiedereintritt in das europäische Konzert als souveräne Macht fernzuhalten. Auch Österreich war von einem ähnlichen territorialen Machthunger ergriffen wie sein norddeutscher Rivale, den es in der Beraubung des dahinsiechenden Polens bewußt hat übertölpeln wollen. Aber dennoch bleibt es wahr, daß Preußen in alledem dem Kaiserhause vorangegangen ist, daß es mit der zweiten Polenteilung das Erzhaus rücksichtslos von sich stieß, daß es so wenig wie Österreich selbst zu einer Einigung über den Osten bereit war, daß es nach den Worten Thuguts durch die Abschnürung des Nordens der kaiserlichen Armee einen Hauptzustrom an Truppen, Geld, Verpflegungs- und Rüstungsmitteln entzog, der Wehrkraft des Reiches dadurch das Rückgrat brach, die Reichsverfassung tödlich traf, Österreich auf das schwerste schädigte, daß es das Reich auseinanderriß und den Weg in die unvermeidliche Katastrophe freimachte [2]. Denn von Basel führte der Weg geradlinig über Campo Formio, Rastatt, Lunéville zur Auflösung des Reiches selbst. Der Vorgang bewies, wie sehr das Reich das Opfer des Gegensatzes wurde, der die beiden deutschen Führungsmächte trennte. Diese aber hatten sich doch nur zu Beginn des Krieges zu einer leicht wieder aufzulösenden Erwerbsgesellschaft zusammengefunden, die den zwischen ihnen bestehenden tiefen

[2] H. v. Srbik, Deutsche Einheit, I, 156; Ernstberger, 269.

Lebensgegensatz nicht aus der Welt schaffte, die nach Treitschkes Wort ein im Kern unwahres Bündnis darstellte, das den Keim der Auflösung in sich trug. Im Wettlauf um die Beute in Polen zerrissen die beschworenen Verträge, brach der Gegensatz in alter Heftigkeit wieder auf, begann der letzte Akt einer Tragödie, den das Heilige Römische Reich nicht überdauern sollte. Was insbesondere Preußen betraf, so war es eine gefährliche Halbheit, sich die Rolle eines Friedensstifters anzumaßen, ohne sich für dieses Ziel bis zuletzt auch einsetzen zu wollen. Es war eine Utopie, zu glauben, man könne sich von den vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Koalition lossagen, aber trotzdem mit ihr in gutem Einvernehmen bleiben und von so brüskierten Ostmächten eine loyale Mitbeteiligung in Polen erwarten. Womit man auch immer den Basler Frieden erklären mag, der friderizianische Staat war untreu gegen sich selbst geworden. Man verleugnete die Überlieferung und vergaß, daß man nur unter den unglaublichsten Drangsalen und Entbehrungen einst den Aufstieg zu Macht und Ansehen sich hatte erzwingen können. Graf Hauterive, ein Staatsmann Napoleons, hat Talleyrand gegenüber die preußische Politik jener Tage mit folgenden Worten gekennzeichnet: «Die Nachfolger Friedrichs des Großen haben Geist und Grundsätze seiner Regierung nicht ergriffen. Dieser Fürst wußte sehr wohl, daß er mit seinem Heere und mit seinem Schatze immer in der Lage sein würde, die Macht, die er geschaffen, und den Rang, den er sich in Europa angeeignet, zu behaupten. Aber er wußte auch, daß nichts auf dem Kontinent sich ereignen konnte, das ihn nicht angegangen wäre, und daß kein politischer Vorgang von einer gewissen Bedeutung ohne seine Beteiligung stattfinden durfte . . . Er wußte, daß, wenn alle europäischen Heere sich aufrafften, kämpften, in Sieg und Niederlage sich immer kriegstüchtiger machten, sein eigenes Heer nicht in träger Ruhe erschlaffen durfte.» Die preußischen Minister haben noch lange nach dem Abschluß von Basel darauf hingewiesen, daß nicht politische Rücksichten, sondern einfach die Erschöpfung der Finanzen zum Frieden zwang [3]. Aber eine Großmacht hat Geld zu haben und darf nicht sang- und klanglos die Dinge laufen lassen, solange sie noch beansprucht, als Großmacht respektiert zu werden. Man befand sich in Preußen in einem verhängnisvollen Irrtum, wenn man glaubte, nach dem Muster von 1772 auf dem Wege von Verhandlungen und mittels diplomatischer Kunstgriffe bedeutsame territoriale Verschiebungen herbeiführen zu können, ohne dabei des Wortes des toten Königs ein-

[3] Bailleu, I, 25, 51.

gedenk zu sein: «Unterhandlungen ohne Waffen sind wie Noten ohne Instrumente.» Und gebot denn wirklich die Not des Augenblicks den Abschluß eines Friedens? Die Geschichte kennt andere Beispiele des Ausharrens in scheinbar schwierigster Lage. Nicht zuletzt hat Thugut damals ein Beispiel dafür gegeben. Gewiß befand sich der Staat in großen Schwierigkeiten, aber wer so schwach ist, wie Preußen zu sein vorgab, darf sich nicht anmaßen, dem ungleich Stärkeren den Frieden zu bescheren. Preußen war groß geworden in der Auseinandersetzung mit dem Reich. Seine stolzesten Erinnerungen knüpften sich an die Siege der Jahrhundertmitte. Sein karger Boden, die Beschränktheit seiner natürlichen Kraftquellen, die ständige Bedrohung seiner Landfetzen in Ost und West, die Dynamik seiner Herrscher hatten beizeiten dahin geführt, alles dem Staate zu geben, sich ihm zu verschreiben und das zu ersetzen, was die Natur ihm versagt hatte. Das Ergebnis war ein Staatsgefühl ganz eigener Prägung. Potsdam stand gegen Schönbrunn, Friedrich gegen Maria Theresia, Kants Pflichtethik gegen Mozarts Melodienzauber. Wer den Ursachen dieser Entfremdung nachgehen möchte, hat auch diese Imponderabilien mit zu befragen.

Auch Österreich folgte seinem eigenen Gesetz. Aber seine Interessen wichen nicht in gleichem Maße von denen des Reiches ab. Sein Herrscherhaus repräsentierte auch jetzt noch den imperialen Ordnungsgedanken. Wollte es diese hergebrachte Ordnung verteidigen, so durfte es den Kampf gegen die Republik nicht aufgeben. Preußen hingegen hatte die Reichsgliedschaft mehr und mehr als lästige Fessel empfunden, wenn es bindende Verträge mit den europäischen Mächten eingehen wollte. Sein Bund mit Wien hatte sich gelöst. Es zeigte sich, daß es nur solange als Großmacht gewertet werden konnte, wie eine überlegene Führung seine Kräfte auf eine bestimmte Aufgabe zu lenken vermochte. Als man sich in Berlin vom Kriege nichts mehr versprach, als eine Krise einsetzte, als die Kassen leer waren und die Hilfe der Verbündeten ausblieb, beendete man ihn. Im Osten konnte man billiger haben, um was man sich im Westen so lange vergeblich bemüht hatte. Man fand sich mit der Abtretung des linken Rheinlandes ab und richtete gegen das Kaiserhaus eine Barriere auf, um alsdann über sie hinweg den Süden an sich zu ketten, das Erzhaus aber nach und nach aus seiner Stellung als Reichsoberhaupt zu verdrängen. Aber die Ungunst der preußischen Stellung im Westen war doch offenkundig. Frankreich verlangte nach dem linken Rheinufer, das Preußen dem Reich erhalten wollte; Preußen verlangte die Neutralisierung von Mainz; Frankreich verlangte seine

Übergabe; Preußen schlug eine Reichsfriedensvermittlung vor; Frankreich war nur bereit, die guten Dienste des Königs in vagen Umrissen zuzulassen. Hatte Frankreich zu wählen, so wählte es nach Sorels Worten den Rhein und ließ Polen im Stich; hatte aber Preußen sich zu entscheiden, so entschied es sich für Polen und ließ den Rhein im Stich. Gegenüber diesem preußischen Sonderinteresse trat das Reich in den Hintergrund. Über allem stand die historisch gewordene, eigengesetzliche Stellung Preußens, die es veranlaßte, den Basler Frieden zu unterzeichnen, durch den es zum Mitschuldigen an der Auflösung der alten Ordnung wurde. Die kleinmütige Aufgabe des Kampfes leitet sozusagen das Schlußkapitel der alten Reichsgeschichte ein.

Dieser Prozeß war zu einem guten Teil auch das Ergebnis jener schwankenden Politik des preußischen Königs, der immer mehr von seiner anfänglichen Festigkeit gegen die Revolution verlor. Mit Polen hatte er im Bunde gestanden und dennoch sich beutegierig an der Aufteilung des Landes beteiligt. Mit Wien und Petersburg zunächst verfeindet, hatte er dann versucht, Österreich auf seine Seite zu ziehen, um gegen die Zarin zu kämpfen. Dann hatte er sich mit dieser verständigt, um Wien bei der zweiten Polenteilung zu überlisten. Am Ende hat er sich dann doch dem Machtspruch der beiden Kaiserhöfe fügen müssen. Die Folgen blieben nicht aus. Die Lösung Preußens von der Koalition offenbarte die Aufspaltung aller politischen Energien im Reich und die Brüchigkeit der alteuropäischen Gefüge, wenn ein neuer Gedanke sich spontan gegen sie erhob. Mit dem Jahre 1795 beginnen die Kräfte Gestalt anzunehmen, die die Entwicklung der europäischen Staaten im folgenden Jahrhundert bestimmten und denen zum Sieg zu verhelfen Frankreich vom Schicksal ausersehen war. Preußen hat diese Entwicklung durch seinen Frieden nicht unmittelbar vorwärtsgetrieben. Es bleibt auch die Vermutung berechtigt, daß es selbst dann mehr zum leidenden als zum mitgestaltenden Faktor der Politik geworden wäre, wenn es sich in bedenkenloser Fortsetzung des nach Basel führenden Weges gänzlich der französischen Staatskunst angeschlossen hätte. Mit dem Vertrag von Basel ist die Heterogenität des alten Erdteils gekennzeichnet, die jetzt ihrem Gipfelpunkt zusteuerte. In ihrem Zeichen versank das alte Europa, und emporgetragen ward das neue vom Wellenschlag der Revolution, die wie ein tiefes Atemholen der Geschichte sich ausnimmt.

Literatur

(Das nachstehende Verzeichnis erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aus Gründen der Raumersparnis bleiben in ihm namentlich Untersuchungen älteren Datums unberücksichtigt. Sie können zum guten Teil ohnehin als überholt angesehen werden.)

Adams, Ephraim Douglas, The influence of Grenville on Pitt's Foreign Policy 1787–1798, Washington, 1908.
Aris, R., History of political thought in Germany from 1789 to 1815, London, 1936.
Asch, Rudolf, Mecklenburgs auswärtige Politik, insbesondere seine Beziehungen zu Preußen vom Reichskriege gegen Frankreich (1792) bis Jena (1806), Maschinenschriftdissertation, Rostock, 1922.
Aulard, Fr. Alphonse, Histoire politique de la Révolution Française 1789–1804, Paris, 1901; deutsch von F. v. Oppeln-Bronikowski, 2 Bde., München, 1924.
Bailleu, Paul, Zur Vorgeschichte der Revolutionskriege, H. Z. 74, 1895.
– König Friedrich Wilhelm II. und die Genesis des Friedens von Basel, H. Z. 75, 1895.
– Woellner und die preußische Politik Friedrich Wilhelms II., H. Z. 62, 1889.
– Haugwitz und Hardenberg, Deutsche Rundschau, XX, 1879.
– Zwei Briefe Alexander von Humboldts an Hardenberg aus dem Jahre 1794, H. Z. 71, 1893.
– Preußen und Frankreich von 1795–1807, Diplomat. Korrespondenzen (Publikationen a. d. k. preuß. Staatsarchiven, Bd. 8 u. 29, Leipzig, 1881 bis 1887).
Bain, R. N., The second partition of Poland 1793, Engl. hist. Rev. 6. London, 1891.
Berney, Arnold, Reichstradition und Nationalstaatsgedanke 1789–1815, H. Z. 140, 1929.
Bianquis, G., Les écrivains allemands et la Révolution française (Revue des Cours et Conférences, juin/juillet 1939).
Biermanns, Paul, Die Politik des Kurfürsten von Köln Maximilian Franz gegenüber der französischen Revolution in den Jahren 1789–1792, Diss. Münster, 1910.
Blanc, Louis, Histoire de la Révolution française, 12 Bde., 1847–62.
Blennerhasset, Lady, Die Deutschen und die französische Revolution, Dt. Rundschau 60, 1889.
Bourgoing, François de, Histoire diplomatique de l'Europe pendant la Révolution française, 4 Bde., Paris, 1865–85.
Braubach, Max, Max Franz von Österreich, letzter Kurfürst von Köln und Fürstbischof von Münster, Münster, 1925.
– Frankreichs Rheinlandpolitik im Zeitalter der französischen Revolution, A. f. Pol. u. Gesch. 2, Berlin, 1927.
Carnot, H., Les premiers Echos de la Révolution française au delà du Rhin, Compte rendu des séances et travaux de l'Académie des sciences morales et politiques, Paris, 1888.
Cassel, P., Friedrich Wilhelm II., Gotha, 1886.
Chuquet, Arthur, Les guerres de la révolution, 11 Bde., Paris, 1886–95.
Clapham, J. H., The causes of the war of 1792, Cambridge, 1899.

Dehio, L., Gleichgewicht und Hegemonie, Krefeld, 1948.
Dembinski, B., Documents relatifs à l'histoire du deuxième et troisième partage de la Pologne, Lemberg, 1902.
Dohm, Chr. W. v., Denkwürdigkeiten meiner Zeit, 5 Bd., Lemgo/Hannover, 1814/19.
Driault, J. Edouard, La République et le Rhin, Paris, 1916.
Droz, Jacques, L'Allemagne et la Révolution française, Paris, 1949.
Easum, Chester V., Prince Henry of Prussia, Brother of Frederick the Great, Madison (USA.), 1942.
Engels, Ernst, Friedrich Nicolais «Allgemeine Deutsche Bibliothek» und der Friede von Basel, Diss. Bonn, 1936.
Erdmannsdörffer, B., und Obser, K., Polit. Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden 1783–1806, 5 Bde., Heidelberg, 1888–1900.
Ernstberger, Anton, Österreich-Preußen von Basel bis Campo Formio 1795 bis 1797, I. Teil, Der Westen, Krieg und Frieden mit Frankreich, Prag, 1932.
Essers, K., Zur Geschichte der kurkölnischen Landtage im Zeitalter der französischen Revolution 1790–1797, Gotha, 1909.
Ford, G. St., Hanover and Prussia 1795–1803, New York, 1903.
Frankenstein, Julius, Die auswärtige Politik Sachsen-Gotha-Altenburgs und der Reichskrieg gegen Frankreich bis zum Ausscheiden des Herzogtums (1790–1797), Berlin, 1935.
Gerhard, Dietrich, England und der Aufstieg Rußlands, München/Berlin, 1933.
Glagau, Hans, Die französische Legislative und der Ursprung der Revolutionskriege 1791/92, Berlin, 1896.
Göhring, Martin, Geschichte der Großen Revolution, 2 Bd. Tübingen, 1950/51.
Gooch, G. P., Germany and the French Revolution, London, 1920.
Griewank, Karl, Die französische Revolution 1789–1799, Berlin, 1948.
Guglia, Eugen, Die ersten literarischen Gegner der Revolution in Deutschland 1789–1791, Zs. f. Gesch. u. Pol., Bd. 5, Stuttgart, 1888.
Guyot, Raymond, Le Directoire et la Paix de l'Europe dès traités de Bâle à la 2e coalition (1795–1799), Paris, 1911.
Hansen, Joseph, Das linke Rheinufer und die französische Revolution 1789 bis 1801, Mittlgn. d. Akad. z. wiss. Erforschung u. zur Pflege des Deutschtums, Nr. 12, München, 1927.
– Quellen zur Geschichte des Rheinlandes im Zeitalter der französischen Revolution 1780–1801, 4 Bde., Bonn, 1931–38.
Hashagen, Just., Das Rheinland und die frz. Herrschaft, Bonn, 1908.
Hassell, W. v., Das Kurfürstentum Hannover vom Baseler Frieden bis zur preußischen Okkupation 1806, Hannover 1894.
Hassel, Paul, Das Verhältnis Kursachsens zu den Präliminarien des Baseler Friedens 1794/95, N. A. f. sächs. Gesch. u. Altertumskunde, 12, Dresden, 1891.
Häußer, Ludw., Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des Deutschen Bundes, 4 Bde., Berlin, 1854–57.
Heigel, K. Th., Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Auflösung des alten Reiches, 2 Bde., Stuttgart/Berlin, 1899/1911.
Herrmann, Ernst, Die österr.-preuß. Allianz v. 7. 2. 1792 u. die 2. Teilung Polens, Gotha, 1861.
– Diplomatische Korrespondenzen aus der Revolutionszeit 1791–1797, – Gotha, 1867.

Höhm, Willy, Der Einfluß des Marquis von Lucchesini auf die preußische Politik 1787–1792, Diss., Kiel, 1925.
Hopf, Die Wilhelmsbader Konferenz im Jahre 1794, Mittlgn. a. d. Mitgl. d. Vereins f. hess. Gesch. u. Landeskunde, Jg. 1908/09, Kassel, 1909.
Hüffer, Hermann, Diplomatische Verhandlungen aus der Zeit der französischen Revolution, 2 Bde., Bonn, 1868/79.
– Die Politik der dt. Mächte im Revol.kriege bis zum Abschluß des Friedens v. Campo Formio (Ergänz.-Bd. z. vorigen, zugleich als Erwiderung auf Sybels Ergänzungsheft z. Gesch. d. Rev.Zeit), Münster, 1869.
– Lebenserinnerungen, hgb. v. Ernst Sieper, Berlin, 1912.
Kaulek, Jean, Papiers de Barthélemy, 5 Bde., Paris, 1886–1910; Bd. 6 herausgegeben v. Alexandre Tausserat-Radel, Paris, 1910.
Klose, C. L., Das Leben Hardenbergs, Halle, 1851.
Kohl, O., Das Tagebuch von G. H. Schmerz über den Baseler Frieden 1794 bis 95, Progr. Kreuznach, 1906; auch als Veröffentlichung d. antiquar.-histor. Vereins zu Kreuznach, XXII, 1906.
Koser, R., Die preußische Politik von 1786–1806, Dt. Monatsschrift f. d. gesamte Leben der Gegenwart, Bd. 11, 1907.
Krauel, Rich., Prinz Heinrich v. Preußen als Politiker, Quellen u. Untersuchungen z. Gesch. d. Hauses Hohenzollern, hgb. v. E. Berner, Bd. 4, 3. Reihe, Einzelschrift 2, Berlin, 1902.
– Graf Hertzberg als Minister Friedrich Wilhelms II., Berlin, 1899.
Kühn, Joachim, B. V. Ephraims Geheimsendung nach Paris 1790/91, Diss., Gießen, 1916.
Lang, Wilh., Graf Reinhard, ein deutsch-französ. Lebensbild, Bamberg, 1916.
Langwerth v. Simmern, Frhr. H., Österreich u. das Reich im Kampf mit der französischen Revolution 1790–97, 2 Bde., Berlin/Leipzig, 1880.
Lefebvre-Guyot-Sagnac, La Révolution française, Paris, 1930.
Le Forestier, Les Illuminés de Bavière et la Franc-Maçonnerie allemande, Paris, 1914.
Liesenfeld, Franz, Clemens Wenzeslaus, der letzte Kurfürst von Trier, seine Landstände u. die frz. Revolution 1789–1794, Westdt. Zs. f. Gesch. u. Kunst, Ergänz.-Heft 17, Trier, 1912.
Lord, R. H., The second partition of Poland, Harvard Historical Studies, vol. 23, Cambridge, Mass., 1915.
Lorenz, R., Volksbewaffnung u. Staatsidee in Österreich 1792/97, Wien/Leipzig, 1926.
Luckwaldt, Friedr., Zur Vorgeschichte d. Konvention von Reichenbach, Festschrift f. H. Delbrück, Berlin, 1908.
Lüdtke, Wilh., Preußen u. d. elsäss. Frage 1789–1791, Diss., Berlin, 1931.
– Friedrich Wilhelm II. u. d. rev. Propaganda (1789–1791), F. B. P. G., 44, 1932.
– Der Kampf zwischen Österr. u. Preußen um die Vorherrschaft im «Reiche» und die Auflösung des Fürstenbundes (1789/91), M. Ö. I. G., 45, 1931.
– Preußen u. Frankreich vom Bastillesturm bis Reichenbach (1789–1790), F. B. P. G., 42, 1929.
Maenner, Ludw., Bayern vor u. in der französ. Revol., St./Bln/Lpzg 1927.
Malmesbury, James Harris First Earl of M., Diaries and Correspondance of James Harris, First Earl of Malmesbury, 4 Bde., London, 1845.
Marceau, N., L'Allemagne et la Révolution française, Paris, 1939.
Marcère, E. de, La Prusse et la rive gauche du Rhin; Le traité de Bâle, 1918.

Massenbach, C. v., Historische Denkwürdigkeiten zur Geschichte des Verfalls des Preuß. Staates seit dem Jahre 1794 nebst einem Tagebuch über diesen Feldzug von 1806, 2 T., Amsterdam, 1809.
– Memoiren zur Geschichte des preuß. Staates unter Friedrich Wilhelm II. u. III., 3 Bde., Amsterdam, 1809.
Masson, Frédéric, Le département des affaires étrangères pendant la révolution, 1787–1804, Paris, 1877.
Mathiez, Albert, La révolution française, 3 Bde., Paris, 1922/27.
Meinecke, Friedrich, Weltbürgertum und Nationalstaat, 7. Aufl., Mchn., 1928.
Meyer, Chr., Preußen u. Frankreich von 1795–1800, Hohenzollerische Forschungen, VII, München, 1902, 1. Halbband.
Michailowski-Danilewski, A. J., Geschichte des Krieges Rußlands mit Frankreich 1799, 5 Bde., dt. Übersetzung München, 1856.
Michelet, Jules, Histoire de la Révolution française, 7 Bde., Paris, 1847/53.
Oncken, Wilh., Das Zeitalter der Revolution, des Kaiserreiches und der Befreiungskriege, 2 Bde., Berlin, 1884/87.
Otto, Friedr., Theobald Bacher, ein elsässischer Diplomat im Dienste Frankreichs, Straßb. Beitr. z. n. Gesch., III. Bd., 1. Heft, Straßburg, 1910.
Pariset, Georges, La Révolution 1792–1799, Paris, 1921.
Pélissier, Autour des négociations de Bâle, Rev. Hist. de la rév. franç., 4, 1915.
Philippson, Martin, Geschichte des preuß. Staatswesens vom Tode Friedrichs des Großen bis zu den Freiheitskriegen, 2 Bde., Leipzig, 1880/82.
Pracht, J., Zur Geschichte d. poln. Frage 1792–1807, Diss., Hamburg 1936.
Pröhle, Heinrich, Der Dichter Günther v. Göckingk über Berlin und Preußen unter Friedrich Wilhelm II. u. Friedrich Wilhelm III., Zs. f. preuß. Gesch. u. Landeskunde, XIV, 1877.
Prybila, P., Österreich im Jahre 1794. Der Verlust Belgiens, Wiener Progr. 1896.
Rambaud, A., Les Français sur le Rhin, Paris, 1880.
Ranke, Leop. v., Ursprung u. Beginn der Rev.-Kriege 1791 und 1792, S. W., 45, Leipzig, 1875.
– Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg, 5 Bde., Leipzig, 1877. Vgl. dazu Pr. Jbb., 39, 1877 u. H. Z. 39, 1878.
Reiche, B., Die polit. Literatur unter Friedr. Wilh. II., Diss., Halle, 1891.
Reynaud, Jean, Vie et Correspondance de Merlin de Thionville, Paris, 1860.
Rhenius, Luise, Die Idee der natürl. Grenzen u. d. frz. Rev., Diss., Jena, 1918.
Rose, J. Holland, The Revolutionary and Napoleonic Era 1789–1815, Cambridge, 1894.
Sagnac, Philippe, Le Rhin français pendant la Révolution et l'Empire, Paris, 1917.
– La Révolution 1789–1792, Paris, 1920.
Schick, Johannes, Der Reichstag zu Regensburg im Zeitalter des Baseler Friedens 1792–1795, Diss., Bonn, 1931.
Schlitter, H., Kaunitz, Philipp Cobenzl und Spielmann, ihr Briefwechsel, 1779–1792, Wien, 1899.
Schlumberger-Vischer, E., Beiträge zur Geschichte Basels in den 90er Jahren des 18. Jahrhunderts, Basler Zeitschrift f. Gesch. u. Altertumskunde, XIII, Basel, 1914.
Schultze, Adalbert, Kaiser Leopold II. u. d. frz. Rev., Diss., Göttingen, 1899.
Schultze, Johannes, H. R. v. Bischoffwerder, Mitteldt. Lebensbilder, 3, 1928.

Schultze, Hans Rudolf von Bischoffwerder und Friedrich Wilhelm II. im Urteil des Gen. v. Rüchel, F. B. P. G., 43, 1930.
– Die Rosenkreuzer u. Friedr. Wilh. II., Mittlgn. d. Ver. f. d. Gesch. Berlins, 46, 1929.
Schwarz, E., Rechtsrheinisch Nassau, die Mächte und das Reich im Jahre 1795, Diss., Berlin, 1915.
Schwarz, Ferdinand, Der Basler Friede 1795, Basler Jahrbuch, 1924.
Sommermeyer, Julius, Preußen und die Kampagne von 1794 gegen Frankreich, Diss., Berlin, 1905.
Sorel, Albert, Les frontières constitutionelles, Rev. hist., XIX, 1882.
– La Paix de Bâle, Rev. hist., V–VII, 1877/78.
– L'Europe et la Révolution Française, 8 Bde., Paris, 1885–1904.
– La neutralité de l'Allemagne du Nord en 1795, Rev. hist., XVII, 1881.
– Le Comité de salut public et la question de la rive gauche du Rhin en 1795, Rev. hist., XVIII, 1882.
Srbik, Heinrich v., Deutsche Einheit, 4 Bde., München, 1935–42.
Stahn, K., Die Ursachen der Räumung Belgiens im Jahre 1794, Diss., Halle, 1889.
Steiner, Gustav, Die Korrespondenz des Peter Ochs 1752–1821, 3 Bde., Basel, 1927.
Stern, Alfr., Der Einfluß der frz. Revol. auf d. dt. Geistesleben, Bln., 1928.
Sybel, Heinr. v., Geschichte d. Revolutionszeit, 5 Bde., Düsseldorf, 1853–1870.
– Österreich und Preußen im Revolutionskrieg, H. Z., 15, 1866.
– Kaiser Leopold II., H. Z., 10, 1863.
– Österreich u. Deutschland im Revolutionskriege, Ergänz.-Heft, Düsseldorf, 1868.
– Polens Untergang u. d. Revolutionskrieg, H. Z., 23, 1870.
– Noch einmal über Leopold II., H. Z., 12, 1864.
Thiry, Jean, Jean-Jacques-Régis de Cambacérès, archichancelier d'Empire, Paris, 1935.
Trummel, W., Der preußische Schutz der Demarkationslinie nach dem Frieden von Basel, Diss., Münster, 1913, erweitert u. d. Titel «Der norddeutsche Neutralitätsverband 1795–1801», Beiträge f. d. Gesch. Niedersachsens und Westfalens, Bd. 41, Göttingen, 1913.
Tschirch, Otto, Geschichte d. öffentl. Meinung in Preußen i. d. Friedensjahrzehnt vom Baseler Frieden bis zum Zusammenbruch des Staates 1795–1806, 2 Bde., Weimar, 1933/34.
Utz, Hans, François Barthélemy, französischer Botschafter bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft 1792–1797. (Schweizer Beiträge zur Allg. Geschichte, hgb. v. W. Näf. Bd. 3, Aarau, 1945).
Valjavec, Fritz, Die Entstehung d. polit. Strömungen 1770/1815, München, 1951.
Vezin, Liselotte, Die Politik des Mainzer Kurfürsten Friedrich Karl von Erthal vom Beginn der frz. Revol. bis zum Fall von Mainz, 1789–1792, Diss., Bonn, 1932.
Vialles, Pierre, L'Archichancelier Cambacérès 1753–1824, Paris, 1908.
Vivenot, A. v. u. Zeißberg H. v., Quellen z. Gesch. der dt. Kaiserpolitik Österreichs während der Revol.-Kriege 1790–1801, 5 Bde., Wien, 1873 bis 1890.
– Thugut u. s. polit. System, A. f. österr. Gesch., Bd. 42 u. 43, Wien, 1870.
– Thugut-Clerfayt-Wurmser, Wien, 1869.
– Vertrauliche Briefe des Freiherrn von Thugut, 2 Bde., Wien, 1872.

Vivenot, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen als Reichsfeldmarschall. Ein Beitrag z. Gesch. d. Reichsverfalles u. des Baseler Friedens, 2 Bde., Wien, 1864/66.
– Zur Genesis der 2. Teilung Polens, Wien, 1874.
Wahl, Adalbert, Gesch. d. europ. Staatensystems i. Zeitalter der frz. Revol. u. d. Freiheitskriege 1789/1815, Berlin/München, 1912.
Wittichen, Friedr. Carl, Zur Vorgeschichte der Rev.-Kriege, F. B. P. G., XVII, 1904.
Wittichen, P., Zur inneren Gesch. Preußens während d. frz. Rev., F. B. P. G., XIX, 1906.
Witzleben, A. v., Prinz Friedrich Josias v. Coburg-Saalfeld, Herzog zu Sachsen, 3 Bde., Berlin, 1859.
Wohlwill, Adolf, Frankreich u. Norddeutschland v. 1795–1800, H. Z., 51, 1883.
Zeim, Elisabeth Charlotte, Die rhein. Literatur d. Aufklärung, Diss., Köln, 1932.
Zeißberg, H. v., Zur dt. Kaiserpolitik Österreichs, ein Beitr. z. Gesch. d. Revolutionsjahres 1795, Sitzungsberichte d. phil.-hist. Klasse der Wiener Akad. d. Wiss., 118, Wien, 1889.
– Erzherzog Karl v. Österreich, Wien u. Leipzig, 1895.
– Zur Geschichte d. Räumung Belgiens u. des poln. Aufstandes 1794, A. f. österr. Gesch., Bd. 72, Wien, 1888.
– Erzherzog Karl u. Prinz Hohenlohe-Kirchberg, Zur Gesch. d. Feldzuges i. d. Champagne 1792, A. f. österr. Gesch., Bd. 73, Wien, 1888.
Zierke, Fritz, Die deutsche Politik Hardenbergs i. d. ersten Periode seines staatsmännischen Wirkens 1770–1807, Diss., Frankfurt, 1932.

Archivalien

Aus den reichen, z. Zt. in der Ostzone Deutschlands (Merseburg) befindlichen und daher jetzt nicht zugänglichen Beständen des Preußischen Geheimen Staatsarchivs (abgekürzt Pr. G. St. A.) kommen für das Zeitalter des Basler Friedens folgende Nummern in Frage:

Rep. XI Frankreich 89, Fasc. 292–353.
Rep. XI Frankreich 91, Fasc. 23–49.
Rep. 96 Friedrich Wilhelm II., Fasc. 145–149, 155–160, 166–173, 255–260.
Rep. I Österreich, Fasc. 168–172, 174–182.
Rep. 67 B (Reichskrieg gegen Frankreich), Fasc. 1–19.
Rep. 63 rotes Buch, Nr. 84 u. 86.
Rep. 2 (Militärkabinett) A Generaladjutantur Friedrich Wilhelms II., Fasc. 43–121, 125–166.
Rep. XI Fränkischer Kreis 94, Fasc. 4–24.
Rep. XI Polen 27–28.
Rep. X, Bd. II, numerierte Serie, Nr. 79, Fasc. 264–310.
Rep. 92 Hardenberg, B Fasc. 3–21; C Fasc. 1–28; D Fasc. 1–25; I Fasc. 1; K Fasc. 5, 31, 52, 53; L Fasc. 21–23.
Rep. 92 Lucchesini, Nr. 5, 12, 14, 15, 19, 23–25, 30–42.
Rep. 92 Lucchesini, A 1–4, B 2–3.

Rep. 92 Dohm, I–III.
Rep. 92 Möllendorff, Nr. 14 u. 17.
Rep. 92 v. d. Goltz, Nr. 1–3.
Rep. 92 Joh. Rud. v. Bischoffwerder, Nr. 3 u. 6.
Rep. 92 Prinz Heinrich v. Preußen, Nr. 10 u. 11.
Rep. 92 Caesar, Nr. 12–30 u. 39.
Rep. 92 Massenbach, A 27–29; E 1, 3, 4.
Rep. 92 Knesebeck, K 4 Nr. 40–47.
Ergänzungen im Hausarchiv in Berlin-Charlottenburg.

Der Text des Basler Friedens ist in folgenden Werken zugänglich:

G. F. de Martens, Recueil des principaux traités... depuis 1761 jusqu'à présent, 8 Bde., 2. Aufl., Göttingen, 1817–1835, hier Bd. VI, 495 ff. Die Konvention vom 17. Mai 1795 daselbst Bd. VI, 503 ff.

E. L. Posselt, Europäische Annalen, Tübingen, 1795, II, 48 ff.; die Konvention vom 17. Mai 1795 daselbst S. 151 ff.

F. W. Ghillany, Diplomatisches Handbuch, 3 Bde., Nördlingen, 1855–1868, hier I, 267 ff.

A. u. J. de Clerqu, Recueil des traités de la France depuis 1713 jusqu'à nos jours, 23 Bde., Paris, 1864–1917, hier I, 232 ff.